

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 12. September 2015
bis zum 1. April 2016**

NWO-Sonderheft Nr. 112



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 12. September 2015 bis zum 1. April 2016**

NWO-Sonderheft Nr. 112

Terror der Antichristen vom 12.09.2015-01.04.2016

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 12. September 2015 bis zum 1. April 2016	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 12. September 2015 bis zum 1. April 2016

Das Kennzeichen der modernen Zeit ist die metaphysische Verdummung des Menschen. <i>Franz Werfel (1890-1945, österreichischer Schriftsteller)</i>
--

2015

Der Däne Jens Kristian Bech Pedersen (pensionierter Oberstleutnant) schrieb wegen der Masseneinwanderung von Migranten am 12. September 2015 einen "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x856/...):

>>Liebe Frau Merkel, geehrte Kanzlerin von Deutschland!

Ich bin Däne, darum bin ich natürlich auch EU-Bürger. Als solcher muß es mir erlaubt sein, daß ich mich öffentlich an Sie wende.

Über Jahrzehnte habe ich Deutschlands Politik und Rolle in Europa seit dem 2. Weltkrieg verfolgt. Deutschland hat sich sehr stark für den politischen Frieden, Angleichung zwischen den Ländern und für die Entwicklung zur Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Darum war Deutschland immer die große Triebkraft für eine engere Integration und Union zwischen den Ländern Europas, für die freie Beweglichkeit, für die Aufhebung der nationalen Grenzen - ja, und für die stetige Minimierung der Bedeutung und Rolle der Nationen in Europa. Es ist deutlich, daß diese Politik von Deutschlands nationalem Trauma des Nationalsozialismus und Deutschlands eigener Aufarbeitung gesteuert wurde. ... Verzeihung!

In keiner Weise möchte ich die alte wohlbekannte und böse Nazi-Beschuldigung Deutschland und den Deutschen an den Kopf werfen; weit gefehlt! Das fürchterliche Schicksal, daß der Nationalsozialismus über die europäischen Völker und Deutschland selbst gebracht hat, hätte aus jedem Volk dieser Erde erwachsen können, die Geschichte kennt viele Beispiele solch religiöser Gewalt- und Machtausübung.

Vielmehr preisen wir uns heute glücklich, Nachbar eines lebensstarken und sehr inspirierenden Deutschlands zu sein. Die ganze europäische Geschichte hindurch und auch heute verdanken wir Deutschland so viel: Sprache, Kultur, Literatur, Kunst, Politik, industrielle Kraft, Handel und Marktmöglichkeiten. Hier sind Viele, die Deutschland bewundern. Hier sind Viele, die sich über Reisen in Deutschlands Landschaften und Städte freuen, und wir lieben es, deutsche Literatur und Zeitungen zu lesen.

Es ist wichtig, daß der Nationalsozialismus heute nicht in Form eines großen deutschen Schuldkomplexes existiert, sondern (nur) als wichtige historische Erfahrung, die uns lehrt, welch große Kraft die Nationalität ist und warum sie deshalb weder pervertiert, unterdrückt noch aufgehoben werden sollte. Zum großen Schaden für Europa ist das nicht so.

Deutschland fürchtet sich vor sich selbst und seiner eigenen Nationalität. Die ganze deutsche Politik in Europa ist eine ewige nationale Entschuldigungspolitik wegen der Pervertierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. Darum zwingt Deutschland allen anderen Ländern ständig den gleichen Schuldkomplex und die gleiche Unterwürfigkeit gegenüber dem Nationalen auf.

Deutschland will sich als Nation abschaffen: Deutschland schafft sich ab (auf deutsch geschrieben), weil Deutschland dieses verkrampfte, neurotische, unvernünftige, ja, gänzlich unreife Verhältnis zur Nationalität hat. So definiert Deutschland weiterhin seine Politik mit einer negativen Abhängigkeit zum Nationalsozialismus.

Das ist gefährlich; das ist heute Europas große politische und gesellschaftliche Tragödie. Und so ist es Deutschland, das wieder Europas Länder in schicksalhafte und vielleicht katastrophale Konflikte hineinzieht - selbst wenn Deutschland das Gute wollte.

Weder ein Mensch noch Volk kann sich ewige Buße oder Selbstzerstörung auferlegen, ohne daß es in Krankheit und Unnatürlichkeit endet und vielleicht mit einem selbstgerechten und gewaltsamen Versuch, anderen die gleiche Buße und schuldbewußte Haltung aufzuzwingen. Jeder Mensch oder jede bürgerliche Identität wird sich erheben und sollte das dürfen. Es ist gefährlich, die nationale Wirklichkeit zu ignorieren. Egal, ob man es mit Nationalsozialismus, durch eine negative Abhängigkeit des Nationalsozialismus oder wie heute über einen supranationalen internationalen Sozialismus macht.

Der Nationalsozialismus pervertierte das Nationale. Er machte das Nationale zu einer Religion, die den Überfall der so geheiligten deutschen Nationalität auf andere Nationen rechtfertigte. ... Ein Unglück war das! Aber es ist nicht die Nationalität selbst, die pervers ist, sondern die religiöse Pervertierung der Nationalität. Der Nationalsozialismus kann wahrlich die Nationalität als notwendig, gesund, glücklich, lebensstüchtig und unausrottbare Realität im Leben der Menschen und Nationen nicht aufheben. ...

Der Kommunismus und der internationale Sozialismus, der heute immer noch sein gefährliches Spiel treibt, war eine Pervertierung des Nationalen. Der internationale Sozialismus hat - als Fortsetzung des Sowjetkommunismus - das Internationale zu einer Religion gemacht, die den politischen Überfall auf das Nationale und auf Nationen als selbständige Faktoren der Politik rechtfertigen soll.

Dieser internationale Sozialismus, Internationalismus, sorgt noch heute für unnatürliche Beziehungen zwischen den Nationen Europas. Und Deutschland ist zusammen mit Frankreich die treibende Kraft. ... Das Nationale ist die Voraussetzung für das Internationale; man kann das Internationale nicht durch die Aufhebung des Nationalen fördern. ...

Liebe Frau Merkel.

Ich habe Ihre Neujahrsansprache 2015 gelesen. Ich las Ihre heftige Verurteilung der Pegida-Demonstrationen, an denen Tausende ganz normale friedliche Deutsche teilnahmen. Sie sagten:

"Heute rufen wieder viele am Montag: Wir sind das Volk. Aber eigentlich meinen sie: Ihr gehört nicht dazu - aufgrund eurer Hautfarbe oder eurer Religion. Darum sage ich allen, die an solchen Demonstrationen teilnehmen: Folgt denen, die dazu auffordern, nicht. Denn so oft sind da Vorurteile, Kälte, ja, Haß in deren Herzen!"

Frau Merkel: Eigentlich meinen Sie, daß das deutsche Volk nichts ist. Denn nach dem Nationalsozialismus dürfen Deutsche kein Volk sein. Ihrer Meinung nach darf niemand - in einem begrenzenden Sinn - sagen: Wir sind das Volk. Und kein Mensch hat Ihrer Meinung nach das

Recht, sich selbst und sein Volk gegen Hunderttausende von fremden Einwanderern, die die Kultur und Nationalität eines Landes auszulöschen drohen, zu verteidigen.

Ein Volk darf sich nicht lieben. Für Sie ist es offensichtlich böse, wenn jemand sich gegen die Auflösung der nationalen Grenzen verteidigt. Das verteidigt, was im hohen Maße die Existenz- und Identitätsgrundlage des Menschen ist.

Man sollte Sie wirklich fragen: Ist es nicht eine größere Bosheit, daß sie zu ihren Landsleuten sagen: "Ihr dürft nicht Deutsche sein; ihr dürft euch nicht als Deutsche abgrenzen und meinen, ihr hättet etwas Wichtiges gegenüber anderen und fremden Kulturen zu verteidigen. Ihr dürft keine Grenzen setzen, wer oder wie viele herkommen dürfen."

Ich frage noch einmal: Ist das nicht weitaus böswilliger?

Warum lassen Sie Ihre Sicht auf das Recht des deutschen Volkes, seine Nationalität zu verteidigen zu dürfen, von einer pervertierten Sicht des Nationalsozialismus dirigieren? Es gibt ja eine andere und wirklichkeitstreue Sicht auf das Nationale. Aber Nationalität kann nicht ausgelöscht werden. Und hier reden wir nicht platt und undurchdacht über Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit in einer freien Gesellschaft.

Hier reden wir darüber, daß die Volkszugehörigkeit nicht Nichts ist. Im Gegenteil, sie ist etwas Besonderes, das man nicht ohne schwerwiegende Folgen politisch, sozial und persönlich löschen und ohne Verteidigung hergeben kann.

Sie haben hart und deutlich über eine gesamteuropäische Verteilung von Flüchtlingen und Einwanderern gesprochen. Und Sie sagen, das sei nur der Anfang. Sie haben die Regeln über die Registrierung im ersten Land der Dublin-Absprache aufgehoben. Sie haben eine Masseneinwanderung nach Österreich zugelassen. Eine Masseneinwanderung, die nicht ohne Auswirkungen auf Deutschlands Nachbarn bleibt.

Das ist gegenüber den Nachbarn unanständig. Nun dürfen also auch Deutschlands Nachbarn nicht mehr nein sagen, um ihre Nationalstaaten zu verteidigen. In dieser Situation ist Deutschland unsolidarisch und ohne politischen Instinkt für den Faktor, der in Europa von größter Bedeutung ist: die Nationalität.

Finden Sie es nicht merkwürdig, daß gerade die osteuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn die Länder sind, die Stopp gesagt haben? Sie sind offenbar die größten Gegner der europäischen Quotenverteilung.

Die Länder, die sowohl den Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus kennen, das heißt die Unterdrückung der Volksnationalitäten durch den internationalen Sozialismus. ... Genau diese Länder haben Stopp gesagt, weil sie wissen, was sie verteidigen müssen - als Volk. Ich empfehle Ihnen, intensiv auf diese Länder zu hören.

Als Dänemark vor einigen Jahren (2011) die Grenzkontrollen wieder einführte, hat das zu einer scharfen Kritik der deutschen Regierung und vielen deutschen Politikern geführt. Mit Freude konnte ich lesen, daß sie dafür von deutschen Lesern kritisiert wurden; es gibt also deutsche Bürger, die verstehen, was nationale Verteidigung (hier gegenüber krimineller Grenzüberschreitung) bedeutet. Das ist positiv. Ich fühle mich in einer deutsch-dänischen Verständnis-Allianz mit diesen deutschen Bürgern. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns gemeinsam und friedlich mit Respekt begegnen können. ...

Wenn Sie und Deutschland jetzt so eifrig Europas Migrationsprobleme mit einer gemeinsamen europäischen Verteilungs-Vereinbarung lösen wollen, dann verbreitet Deutschland das Problem. ...

Man kann keinen Brand löschen, indem man ihn verbreitet. Sie können als deutsche Toppolitikerin und Bundeskanzlerin nicht umhin, die Größe und Bedeutung dieser Probleme zu sehen und zu hören, wie alle Gesellschaften in Europa verängstigt auf die Vorkommnisse reagieren. Wie können Sie so hartnäckig darauf bestehen und dagegen vorgehen, daß Europas Nationen dafür kämpfen, das zu verteidigen, was sie haben und das, was sie selbst sind?

Deutschland ist eine große, starke und einflußreiche Nation. Deutschland sollte vorangehen mit der Verteidigung der Menschen in Europa gegen die katastrophale Masseneinwanderung: Starke Überwachung und Schließung der Außengrenzen der EU - mit der Härte und dem Zynismus, die das erfordert.

Zum Beispiel mit einer starken maritimen Flotte im Mittelmeer. Stoppen Sie die Völkerwanderung über das Mittelmeer (Beispiel: Australien). Kontrolle und Bewachung von allen Binnengrenzen Europas und der EU. Rückführung von illegalen Flüchtlingen und Einwanderern. Aber zur gleichen Zeit Hilfe für die Länder außerhalb Europas, die unter den Flüchtlingsproblemen leiden, z.B. mit dem Aufbau und starker militärischer Bewachung der Flüchtlingsdörfer. ...

Aber wir können deutlich an der Politik die Deutschland in der EU und auch in der aktuellen Einwanderungsfrage verfolgt, merken, daß Deutschland die Länder Europas als Nationen, die etwas zu verteidigen haben, nicht respektiert. In der heutigen Situation ist Deutschland unsolidarisch.

Und die Ursache ist: Deutschland respektiert sich selbst nicht. Die Deutschen dürfen nicht sagen: Wir sind das Volk. Und die Deutschen dürfen sich nicht als Volk verstehen und verteidigen. Und Deutschland will offenbar auch nicht respektieren, daß Nachbarländer sich so verstehen und das sagen. Deutschland schafft Europa ab.

Es ist eine Tragödie, Zeuge sein zu müssen, daß Deutschland Europas Nationen nicht verteidigen kann und will, weil Deutschland sich selbst nicht verteidigen will. Wünscht sich Deutschland wieder, den größten Teil Europas gegen sich zu haben, weil deutsche Politiker nicht verstehen wollen, was Nationalität für die europäische Gesellschaft bedeutet?

Das Beste, das heute Europa geschehen könnte, wäre, wenn Deutschland seinen Selbstrespekt für seine eigene Nationalität und als Volk wiedergewinnen würde, und mit diesem Selbstbewußtsein anfangen würde, die Nationalitäten der übrigen europäischen Länder zu respektieren und ihnen bei der Verteidigung ihrer Nationalitäten unterstützen würde.<<

Die monatlich erscheinende deutsche Zeitschrift "Cicero " berichtete am 14. September 2015:

>>Flüchtlingspolitik - Merkels verhängnisvollster Fehler

Man muß nicht Viktor Orbán heißen und ungarischer Hardliner sein, um zu sagen: Angela Merkel hat einen Fehler gemacht. Und zwar den größten in ihrer bisherigen Kanzlerschaft. Damit schadet sie dem Land - und sich selbst

Etwas über 25.000 Quadratmeter Nutzfläche bei 620 Mitarbeitern bietet das Berliner Kanzleramt, zahllose sanitäre Einrichtungen, eine funktionierende Heizung und einige für gewisse Zeit verzichtbare Abteilungen obendrein. Mit Hubschrauberlandeplatz umfaßt das Terrain knapp 75.000 Quadratmeter. Viel Platz also für Zelte und Container.

Ideal. Man sollte ohne weitere Umschweife daran gehen, das Kanzleramt vorläufig und teilweise als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Schließlich hat die Amtsinhaberin selbst in ihrer denkwürdigen Sommerpressekonferenz dargetan, daß jetzt nicht Vorschriften und beamtenhaftes Bedenkenträgertum Richtschnur sein dürfen, wenn es gilt, die Abertausenden Flüchtlinge schnell und unbürokratisch unterzubringen.

Merkels Marschbefehl

In dieser Pressekonferenz hat Angela Merkel den katastrophalsten Fehler ihrer Amtszeit begangen, indem sie sagte, "wir schaffen das" und damit all jene Flüchtlinge in Marsch setzte, die Deutschland und Europa jetzt an die und über jede Grenze der Hilfsbereitschaft führt.

Vor einigen Tagen habe ich an dieser Stelle noch darüber sinniert, was Merkel zu diesem unbedachten Wording (Äußerung) gebracht haben mag, nachdem sie sechs Wochen vorher einem palästinensischen Mädchen genau das Gegenteil gesagt hatte: "Wir können nicht alle nehmen."

Es ist aber eigentlich auch egal, warum sie es getan hat. Fakt ist: Es war ein katastrophaler

Fehler, der alle Schleusen geöffnet hat. Am Wochenende hat in einer Not-Presseskonferenz ihr Innenminister einen hilflos anmutenden Versuch unternommen, in Merkels Auftrag die Schleusen wieder zu schließen, in dem Schengen befristet außer Kraft gesetzt wurde. Sie hatte nicht den Schneid, vor ihr Volk zu treten und selbst einzuräumen, daß sie - aus welchem Motiv auch immer - einen fatalen Fehler gemacht hat.

Dieser Fehler stellt nun Deutschland und Europa auf eine ungeheure Belastungsprobe. Im Prinzip, es tut mir leid das zu sagen, bewahrheitet sich nun, was Ungarns Regierungschef Viktor Orbán immer gesagt hat: Das sind Merkels Flüchtlingsströme.

Was da kommt, kann weder dieses Land noch die Europäische Union noch der Kontinent Europa in dieser Geschwindigkeit und dieser Massierung schultern.

Es wird Verwerfungen geben. Was Merkel getan hat, wird gefährlich für die innere Stabilität dieses Landes und Europas.

Seehofer hat recht und Gabriel steht bereit

Und es wird gefährlich für sie selbst und ihre Kanzlerschaft. Es fällt einem nicht leicht, das nach all dem Unsinn zu sagen, den die CSU in den vergangenen Monaten und Jahren zu verantworten hat: Maut und Betreuungsgeld und so weiter. Aber jetzt hat Horst Seehofer eines, und nur eines: recht. Vielleicht ist die Wortwahl etwas schwierig, wenn es um Menschen in höchster Not geht und man dann von Flaschen und Stöpseln spricht: Aber wie soll dieser Strom, dieser Merkel-Strom wieder in einigermaßen geordnete Bahnen gelenkt werden?

Es wird auch gefährlich für sie selbst. Zum ersten Mal in ihrer fast zehnjährigen Kanzlerschaft. Da braut sich was zusammen. In der Union und in der Gesellschaft. Horst Seehofer und die CSU haben sich schon von ihr distanziert, ihre treuen Knappen Volker Kauder und Thomas de Maiziére halten ihr die Treue und versuchen zu halten, was zu halten ist. Aber auch in der CDU erodiert der Rückhalt für Merkel. Sie hat in einer Krisensituation in einem entscheidenden Moment Schwäche gezeigt. Das merkt eine Meute, und jede Partei ist eine Meute.

Und sie hat eine kolossale Fehlentscheidung getroffen, die noch dazu inhaltlich quer zum Denken großer Teile des konservativen Spektrums steht.

Der Mann, der ihr im Unterschied zu Seehofer noch scheinbar treu zu Seite steht, tut das in Wahrheit schon nicht mehr. Es ist kein Zufall, daß Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel die Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge dieses Jahr von 800.000 auf eine Million erhöht hat.

Gabriel wird von nun an tun, was er am besten kann: Scheinbar zu ihr stehen und sie gleichzeitig grillen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schreibt im September 2015 wegen der unregelmäßigen Masseneinwanderung von Migranten folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x854/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir Bürger werden immer wieder aufgerufen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Ich tue dies mit dieser Eingabe zur Lösung des augenblicklichen Problems der Migration an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, und einige Ihrer Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen. Da ich mehrfach die schlechte Erfahrung gemacht habe, daß Minister und Ministerpräsidenten meine Eingaben nicht beantwortet haben, erlaube ich mir, diesen Brief als "offenen Brief" zu behandeln und ihn auch an alle Länder-Ministerpräsidentinnen und Präsidenten, an die Damen und Herren Parteivorsitzenden und an einige andere Politiker zu senden, mit der Bitte, Sie zu unterstützen, sowie an einige Zeitschriften und Privatpersonen.

Mit freundlichem Gruß Gerd Schultze-Rhonhof

Grenzenlose Gastfreundschaft

Ich möchte nicht als ausländerfeindlich gelten. Habe ein halbes Jahr lang einem Armutsflücht-

ling ohne Gegenleistung ein Zimmer mit Bad gestellt, ihn an den Mahlzeiten der Familie teilnehmen lassen, ein Fahrrad geschenkt und ihn unfallversichert.

Trotzdem meine ich, daß die jetzige, in Deutschland gewährte grenzenlose Gastfreundschaft gegenüber Migranten sinnlos ist, unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstört, das bisher noch vorhandene Vertrauen unserer Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Parlament, Demokratie und Kommission der Europäischen Union im allgemeinen und die Fähigkeiten der hier politisch handelnden Funktionsträger im besonderen schwer beschädigt, wenn nicht gar bei Teilen der Bevölkerung völlig zerstört. Rund 50 % Nichtwähler unter den deutschen Wahlberechtigten zeigen, wie weit dieser Enttäuschungs- und Entfremdungsprozeß jetzt schon ohne den neuen Einwanderungsdruck gediehen ist.

Wir erleben derzeit sehenden Auges einen Zustrom von mehrheitlich nicht integrierbaren Migranten und Flüchtlingen nach Deutschland und einigen anderen Ländern Europas, der unsere Gesellschaft sprengen, unsere Demokratie als handlungsunfähig vorführen, unsere Kommunen auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit treiben und unser eigenes Volk langfristig auf seinem Territorium zur Minderheit werden läßt. Wir sind die tatenlosen Zuschauer des Beginns einer Völkerwanderung, die Sie als solche offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen.

Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden es durch ihre bisherige Konzeptlosigkeit und Unentschlossenheit vor unseren Enkeln mit zu verantworten haben, daß wir in wenigen Jahren Rassenprobleme wie in den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in England haben, wenn Sie der jetzigen Entwicklung weiter konzeptlos und ohne wirksame Taten zusehen.

Ich bitte sie deshalb dringend, zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird,
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird,
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige dieser Staaten und Gebiete ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden,
- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden und
- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird. (Einzelheiten zu diesen Vorschlägen lesen Sie bitte auf dem letzten Blatt.)

Zur Begründung meines Begehrens lesen Sie bitte Folgendes:

Falsche Prognosen

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle "die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheinbar zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich.

Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen "Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue

Wanderer in Marsch.

Anfang einer Völkerwanderung

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest "aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migrantensicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewußt Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen.

Armutsbekämpfung

Im Jahr 1962 habe ich auf einem Seminar im Auswärtigen Amt gehört, daß Westdeutschland die Armut der Welt durch Entwicklungshilfe am Entstehungsort bekämpfen werde. Das hat in Fernost und in Südamerika da ganz und dort weitgehend funktioniert. In weiten Teilen Afrikas sind die Lebensumstände heute aber bedrückender als damals. Im Jahr 1990 hat der UNHCR prognostiziert, daß die Flüchtlingsströme auf 50 Millionen Menschen pro Jahr anschwellen werden.

Ich habe damals auf einer Parteiveranstaltung gefragt, wie Deutschland darauf reagieren werde. Die Antwort war: "Wir bekämpfen die Armut am Ort ihres Entstehens." Was die Politiker-Worte von 1962 und 1990 und heute zu dieser Frage wert sind, sieht man. Auch die jetzige Einlassung eines deutschen Parteivorsitzenden, man brauche einen neuen Marshall-Plan für bedürftige Staaten, läßt außer Acht, daß Deutschland die Marshall-Hilfe zurückzahlen mußte. Der Herr Parteivorsitzende hat aber dem Anschein nach wieder nur an geschenktes Geld gedacht.

Drei Migranten-Ströme

Wir werden jetzt von drei Migranten-Strömen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

Afrika

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten.

Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu "Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migranten-Ströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, daß sich unsere Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migranten-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Wei-

se beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden.

Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken.

Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

Kriegsgebiete

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabilisierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muß zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriert werden.

Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, daß das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauererwerb und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.

Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen.

Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in "Wähler-Angst". So verbleiben bei etwa 97 % der abgelehnten Asylanträge 85 % der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

Südliche Balkanländer

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

Verpflichtungen

So verständlich es ist, daß Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, daß sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen.

Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z.B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbstzerstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.

Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z.B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, daß sie ihre Familien nachzuholen gedenken.

Gegenseitige Forderungen und Ablenkungsmanöver

Deutsche Politiker auf allen Ebenen vom Europäischen Parlament bis zu den Gemeinderäten sind offensichtlich unfähig, die angesprochenen Probleme grundsätzlich, durchgreifend und nachhaltig zu lösen. Sie verlangen gegenseitig voneinander die Lösung der Probleme oder Hilfen dazu: mal soll es eine EU-Lösung sein, mal sollen es die Kommunen richten, mal der Gesetzgeber, mal soll der Bund mehr Geld geben, mal soll die freiwillig helfende Bevölkerung mehr leisten.

Offensichtlich ist unser System nicht mehr dazu tauglich, Probleme dieses Ausmaßes in den Griff zu bekommen. Politiker und Medien überbieten sich statt dessen im Nebelkerzen-Werfen und Ablenken. Sie verweisen auf die Nützlichkeit zuwandernder Arbeitskräfte.

Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer, und der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist. Zahlreiche Medien überbieten sich gegenseitig mit der Darstellung erfolgreicher Integrations-Initiativen und suggerieren damit eine falsche Wirklichkeit. Tausend gelungene Integrationsbeispiele bei einer Millionenzuwanderung betreffen nur ein Promille der Realität.

Diese Medien versuchen hiermit, die öffentliche Stimmung zu manipulieren. Andere Politiker und Medien preisen die multikulturelle Vielfalt. Sie wissen offensichtlich nichts von "Multikulti" in Belgien, im alten Serbien, in der Ukraine und in Syrien, geschweige denn von "Multikulti" in mehreren Stadtteilen deutscher Großstädte. Die Geschichts- und Landeskenntnis der deutschen Durchschnittspolitikern reicht diesem Anschein nach nur zur Wiederholung anderenorts schon gemachter Fehler.

Falscher Vergleich

Manche Politiker kommen uns mit falschen Vergleichen, so z.B. mit der Aufnahme der ostdeutschen Vertriebenen 1945 und 1946. Die damaligen Vertriebenen wurden samt und sonders von Polen, Tschechen und Sowjets mit roher Gewalt aus ihrer Heimat ausgetrieben, in der sie trotz aller Kriegszerstörungen sonst gern geblieben wären. Die Vertriebenen flohen auch nicht in ein reiches, "gelobtes Land", um besser zu leben. Sie flohen in einen ebenfalls verwüsteten, verarmten Teil ihres eigenen Landes.

Ihre Perspektive ergab sich aus ihrer Integrationsfähigkeit, aus ihrem Fleiß und ihrer Fähigkeit, das zerstörte Westdeutschland wieder mit aufzubauen. Alles das ist bei der übergroßen Mehrheit der heutigen Migranten nicht vorhanden. Es handelte sich damals einerseits um die Flucht innerhalb des eigenen Landes und andererseits um die Aufnahme von Landsleuten. Vielen deutschen Politikern und Medienschaffenden ist aber offensichtlich das Empfinden für die Besonderheit einer Solidarität unter Landsleuten abhanden gekommen.

Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist häßlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher "Kollateralschaden".

Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwanderungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, "aus der Front der Demokraten"

exkommuniziert, als "dumpfes" Pegida-Volk und "empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmake unterstellt, ihre Bedenken werden als "ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen.

Es gibt statt dessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen.

Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Daß dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, daß alle Politiker Angst haben, Ihre Wähler darüber zu informieren und daß die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehrate gelenkt werden.

Zuwanderungskritik

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten.

Es mag nicht häufig vorkommen, aber es "verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Mißachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempelen und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, daß die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Ge-

genrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: "Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen."

Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: "Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, daß er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und daß die Nationen erhalten bleiben."

Drei Jahre später Bundespräsident Rau: "Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999).

Innenminister Schönbohm (Brandenburg): "Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999)

Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten.

Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zuläßt. Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozeß an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, "Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: "Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert".

Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mit vollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, daß sie, ihre Kinder und Kindeskinde der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, daß die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.)

Bitte verkennen Sie auch nicht, daß die häßlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

Belastungen contra Bereicherung

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine "Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen.

Es wird verschwiegen, daß diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, daß der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Mißstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
- das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarktauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absinken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,
- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das "Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer "Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus "armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müßten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muß man bemerken, daß die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

Asyl

Nach Artikel 16a des GG genießen "politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der "politisch Verfolgten" erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen "Großwetterlagen" hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z.B. zu den Bundeswehreinsätzen im Ausland.

Durch den 2015 einsetzenden Massen-Ansturm von Migranten ist wieder eine neue Großwetterlage für Deutschland entstanden. Die Zahl der Asylanträge ist sprunghaft angestiegen. Zwei Drittel der abgelehnten Antragsteller gehen mit Berufungen in den oft Jahre dauernden Gerichts-Instanzenweg. Deutsche Gerichte können sich wegen der Überlastung nur noch unzureichend mit den Rechtsverfahren deutscher Parteien befassen. Hohe Prozeß- und Dolmetscherkosten belasten den deutschen Steuerzahler.

Die verursachte jahrelange Dauer der Asylverfahren führt in der Regel anschließend zur Aufenthaltsgeldung der Antragsteller oder diese tauchen mit großer Mehrheit unter, um einer Ab-

schiebung zu entgehen. Abschiebebehindernisse sind oft nicht zu überprüfen oder sie sind fragwürdig.

Warum z.B. dürfen junge Eritreer, die ihren langen Nationaldienst im Heimatland nicht leisten wollen, nur deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie bei Rückkehr dafür bestraft würden. Internetportale geben Argumentationshilfen für Asylanträge. Angaben über Herkunftsstaaten sind oft nicht zu verifizieren. Syrische Pässe werden gehandelt. So ist eine Grauzone um ein edles Grundrecht entstanden, in der deutsche Dienststellen für Asylverfahren und Gerichte jetzt und vorhersehbar in Zukunft überfordert sind.

Politiker-Aussagen wie, "Asyl hat keine Obergrenze" oder "Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen" sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepaßt werden.

Ich bitte Sie, eine Änderung der Gesetze und Bestimmungen zu erwirken, die den Kreis der anerkannten Asylanten wieder auf wirklich "politisch Verfolgte" begrenzt, wie das GG es vorsieht, eine Änderung, die Abschiebeverbote auf drohende Lebensgefahr begrenzt und Berufungen und Revisionen zu den Verfahrens-Erstentscheidungen ausschließt.

Europäische Lösung

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muß eine europäische Lösung sein. Ein "Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außerdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig.

So wie ein deutscher EU-Abgeordneter gefordert hat, daß Deutschland ein Vorbild als Aufnahmeland geben soll "und den anderen anbieten soll, sich anzuschließen", so fordere ich, daß Deutschland mit einer zukunftsfähigen, stringenten Haltung ein Vorbild für ein Unterbinden der Völkerwanderung setzt, das die anderen EU-Staaten zum Mitmachen anreizt. Die erkennbare Tendenz unter anderen EU-Staaten ist dazu bei Großbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Italien und vermutlich weiteren Staaten vorhanden.

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in einer bedeutenden Rede gefordert, die deutsche Europa-Politik solle sich auch an den Vorstellungen unserer europäischen Nachbarn orientieren. Heute fordert ein Landes-Ministerpräsident: "Nicht wir müssen uns von Positionen verabschieden, sondern die anderen." Ich neige Altpräsident Rau zu.

Viele andere Regierungen mit schwierigen Erfahrungen mit Massenzuwanderungen aus ihren früheren Kolonien oder mit großen ethnischen Minderheiten sehen die auf sie zukommenden Probleme, die eine neue Zuwanderung für ihre Länder mit sich bringt, realistischer und äußern sie ehrlicher als die Mehrheit der deutschen Politiker.

Deutschen Politikern ist eine Klarsicht in der Migranten-Frage nach ihren vielen Fehlprognosen und nicht eingehaltenen Versprechungen vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und zu Beginn der Griechenland-Finanzkrise nicht mehr zuzutrauen. Auch insofern ist der Vorwurf des ungarischen Ministerpräsidenten nicht unberechtigt, die Massenzuwanderung sei ein deutsches Problem. Deutschland hat seit vielen Jahren weltweit signalisiert, daß Zuwanderer willkommen sind, und zwar unterschiedslos.

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn "aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muß in der EU eine Vorreiterrolle

le für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, daß der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen.

So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. Die nachfolgenden Vorschläge aus den Reihen deutscher Politiker und Parteien sind allesamt untaugliche Versuche, das eigentliche Problem zu lösen und der offensichtliche Versuch, von ihm abzulenken:

- Quoten für die 28 EU-Staaten lösen das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht.
- Die deutsche Forderung nach europäischer Solidarität ist nur minimal erfolgversprechend.
- Legale Wege für Migranten schaffen zwar eine humane Erleichterung für die, die unterwegs sind, und stören den Schleppern die Geschäfte, aber auch sie lösen das Mengenproblem der Migration nicht, sie verstärken es statt dessen.
- Ein "Beschäftigungs- und Ausbildungs-Korridor" aus dem Balkan nach Deutschland befreit uns nicht vom Zuwanderungsdruck. Selbst wenn deutsche Arbeitsämter in den Herkunftsländern die für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Bewerber auswählen würden, kämen andere weiterhin auf "illegalen" Wegen.
- Seenotrettung im Mittelmeer ist eine humanitär unumgängliche Maßnahme, aber auch sie löst das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht. Sie verstärkt es eher.
- Deutsche Unterstützung Griechenlands und Ungarns bei der Aufnahme und Registrierung lindert zwar die Not der dort wartenden Migranten, aber sie verstärkt eher den Anreiz für weitere Migranten, als daß sie bremst.
- Die Vorschläge, bessere Aufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, unsere Willkommenskultur zu stärken und Wohnungen für Migranten zu bauen, nehmen zwar den Druck von den angekommenen Migranten, aber sie erzeugen nur Anreize für immer neue Migranten.
- Mit der "ganzen Härte des Gesetzes gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen". Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber keine Lösung des Problems.
- Auch der Vorschlag eines Parteichefs "Der Bund muß dauerhaft mehr Kosten übernehmen." wirkt angesichts der Lage ziemlich hilflos.
- Der Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes ist mindestens 30 Jahre alt. Daß wir keines haben, zeugt davon, daß die Parteien sich nicht einigen können, was sie damit bezwecken wollen.
- Ein Vorschlag der EU-Kommission, 1,8 Milliarden Euro für Projekte in Afrika zur Verfügung zu stellen, um dort Not zu lindern, verschließt die Augen vor der dortigen Bevölkerungsexplosion und der Wirkungslosigkeit der vielen schon bisher dorthin transferierten Milliarden.

Vorwurf und Bitte

Was wollen Sie der deutschen Bevölkerung noch alles zumuten? Reichen die verspielten Milliarden für die Griechenland-Finanzhilfen und die meiner Meinung nach damit begangene Konkursverschleppung nicht?

Ist Ihnen die Verkaufszahl für das Sarrazin-Buch "Deutschland schafft sich ab" mit 1,5 Millionen Exemplaren in kürzester Zeit keine Warnung gewesen? Wollen Sie die nachfolgenden Generationen in unserem Land noch mit weiteren Transferleistungen und Sozialkosten belasten? Schrecken Sie die rund 50 % Nichtwähler nicht, die Ihnen bei jeder Wahl den Rücken zeigen? Wollen Sie Ihre politische Legitimation durch einen weiteren Anstieg der Nichtwäh-

ler-Prozente weiter untergraben?

Ich bitte sie, dringend zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,
- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden,
- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien) und
- daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylananten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden.

Bitte schieben Sie das Problem nicht in Erwartung einer EU-einheitlichen Lösung vor sich her. Gehen Sie voran. Sie können sicher sein, daß sich viele EU-Staaten schnell der vorgeschlagenen Regelung anschließen werden, und daß die sehr umstrittene europäische Quotenregelung damit bald obsolet sein wird.

Sie sind eine deutsche Politikerin und zuerst dem Wohle des deutschen Volks verpflichtet, und Sie sollten nicht versuchen, mit dem Drängen auf eine Quotenregelung schon wieder den "EU-Schwarzen Peter" in die Hand zu nehmen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr Gerd Schultze-Rhonhof<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 6. Oktober 2015: >>Sex im Kanzleramt

Willy Brandt und seine erotischen "Zuführungen"

1974 erschütterte ein Geheimdossier die Regierung Brandt. Das Bundeskriminalamt hatte eine Liste mit Damen aufgestellt, die dem Bundeskanzler zu Diensten waren. Schlüsselfigur war Spion Guillaume.

Bei der einen Reise mit dem Sonderzug war es eine Schwedin, die nachts ins Chef-Abteil vorge lassen wurde, bei der anderen eine Französin. Bei Hamburg-Aufenthalten kam meist die Journalistin in die Hotelsuite, in Berlin handelte es sich oft um eine Jugoslawin, in Paris um eine bekannte Publizistin. Auch Prostituierte waren im Spiel.

In dem Dossier, mit dem Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher seinen Ministerialrat Klaus Kinkel per Hubschrauber von Bonn nach Hamburg geschickt hatte, waren solche Schäferstündchen dutzendweise aufgeführt. "Zuführungen" hieß es da. Kinkel ging ins Hotel "Atlantic" und legte das Schriftstück einem Herrn neben die Frühstückstasse. Der war tief schok-

kiert. Nicht darüber, was er da las, sondern daß er es lesen konnte, als amtliches Protokoll. Neu war es für Bundeskanzler Willy Brandt nämlich nicht, was er da am frühen Morgen des 1. Mai 1974 von Kinkel aufgetischt bekam. Er war es schließlich selbst, dem jene Frauen "zugeführt" worden waren, weil er in Anflügen von Dringlichkeit danach verlangt hatte, so oft es irgend ging. Aber daß ihm dies nun in dem sogenannten Herold-Papier - benannt nach dem damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamts Horst Herold - alles aufgelistet worden war, paßte ihm gar nicht.

"Der Referent bezahlt dann alles"

Schon gar nicht manches Detail. Etwa der Eintrag über einen mehrtägigen Hotelaufenthalt des Kanzlers in München. Der Security-Chef habe da einen neuen Mitarbeiter angewiesen: "Wenn ich mal weg bin, und der Chef braucht was, dann gehst du runter in die Halle und nimmst eine von denen, die da rumsitzen. Du fragst nach dem Preis und schickst sie dem Kanzler rauf. Der Referent bezahlt dann alles."

Heftiger geschockt als der seinen Trieben offenbar rettungslos ausgelieferte Kanzler war Horst Herold gewesen, als er mit den Mitarbeitern des Kanzlerbegleitkommandos der "Sicherungsgruppe Bonn" das Dossier zusammengestellt hatte. Dabei hatte sich nämlich herausgestellt, daß diese Zuführungen allzu oft buchstäblich unter den Augen der DDR-Staatssicherheit stattfanden. Der Kanzler war entblößt.

Ausgerechnet jener Referent Brandts, der in den meisten Fällen den Damen die Tür zum Kanzlergemach geöffnet hatte, war wenige Tage zuvor als Top-Spion verhaftet worden: NVA-Hauptmann Günter Guillaume. Das BKA vermutete nun, daß Guillaume Tonbänder von den Gesprächen und anderen Lautgebungen in den Liebesnächten nach Ost-Berlin geschickt hatte. Guillaume soll sich laut Protokoll gelegentlich selbst Frauen in den Zug geholt haben. Doch das ließ ihn nicht mit seinem West-Chef fraternisieren. Sein Ohr und sein Auge gehörten der Stasi.

Der Job der Frauenzufuhr

Dabei konnte man dem Kanzler nicht einmal Ahnungslosigkeit zugute halten. Seit einem Jahr war er darüber informiert, daß gegen Guillaume ermittelt wurde. Zwei Monate zuvor hatte man ihn in Kenntnis gesetzt, daß der Verdacht hart war und die Verhaftung unmittelbar bevorstand. Trotzdem beließ er dem Spion noch weitere Wochen den Job der Frauenzufuhr.

Jeden Politiker oder Geschäftsmann, der durch allzu starke Libido in den Interhotels der DDR in die Hände von Stasi-Prostituierten geriet, sich rundum ungeschützt von versteckten Kameras filmen ließ, sich somit erpreßbar machte und nolens volens wenige Monate später eine Nebentätigkeit als IM bekleidete, zieh man damals grober Unvorsichtigkeit und Blauäugigkeit - völlig zu Recht. Und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland?

Die Eingeweihten, Horst Herold, Generalbundesanwalt Buback, Justizminister Jahn, Innenminister Genscher, Verfassungsschutzchef Nollau sowie SPD-Zuchtmeister und -Fraktionschef Wehner - sie alle schlugen die Hände über dem Kopf zusammen. Nollau bat Wehner, Brandt davon zu überzeugen, daß sich die Bundesrepublik keinen erpreßbaren Bundeskanzler leisten könne. Wie intensiv er dies tat, ist unbekannt. Jedenfalls trat Brandt kurz darauf zurück und machte den Platz frei für Helmut Schmidt.<<

Herbert Ludwig berichtete am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes (x969/...): >>Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."

Heinrich Heine

Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt

werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.

Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Veranlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom 7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlenen äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: *"Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschistische Barbarei ... und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. ... Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen: *"Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: *"Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird"* und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

Vom Wesen des Volkes

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen

schen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist.

Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.

Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekannten komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankenvollen Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.

Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvollerweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.

Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handle, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehörten.

Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw.

eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volkskultur.

Vom Wesen der deutschen Kultur

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorsticht.

Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!"* ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte:

Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados" einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste "Atom-Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungs-

gungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Oktober 2015: >>**Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr**

Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.

Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles?

Drei der führenden Ökonomen Deutschlands beantworten genau diese Fragen. Zwei davon warnen Deutschland davor, sich in der Flüchtlingskrise zu übernehmen. Clemens Fuest, Noch-Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und bald Nachfolger von Hans-Werner Sinn am Münchner Ifo-Institut, sagte der "Welt am Sonntag": "Eine Politik der unkontrollierten Zuwanderung wird Deutschland schnell überfordern." Um die Fähigkeit Deutschlands zu bewahren, Menschen aufzunehmen, die Schutz vor Verfolgung suchen, müsse Deutschland die Immigration insgesamt begrenzen und qualitativ steuern.

Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg fordert: "Die Asylpolitik muß völlig neu und europäisch überdacht werden. Wenn Deutschland das im Alleingang macht, dann werden wir uns übernehmen." Deutschland sei zwar schon seit mehr als 150 Jahren ein Einwanderungsland - "allerdings ohne Einwanderungsregeln. Das müssen wir ändern." Zu entscheiden sei, wie viele Flüchtlinge jeweils die einzelnen Länder Europas aufnehmen wollen.

Höhere Steuern unumgänglich?

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), betont dagegen die Chancen der Flüchtlingskrise. Auch andere Länder hätten solche Herausforderungen erfolgreich bestanden. "Es gibt keinen guten Grund, wieso Deutschland die Herausforderung dieses Mal nicht bestehen sollte." Anstelle von kontraproduktiven und populistischen Diskussionen, ob wir es uns "leisten" können oder ob wir uns "übernehmen", sollten Politik und Wirtschaft endlich die Ärmel hochkrempeln und Lösungen für eine erfolgreiche Integration präsentieren, fordert Fratzscher.

Laut Fuest wird die Integration der Flüchtlinge allerdings mit hohen Kosten verbunden sein. "Wenn man annimmt, daß pro Jahr 800.000 Menschen zuwandern und diese im Durchschnitt innerhalb von zwei bis drei Jahren so in den Arbeitsmarkt integriert werden, daß sie mit ihren Steuern und Abgaben die öffentlichen Leistungen finanzieren, die sie erhalten, ergibt sich eine zusätzliche Belastung von ungefähr 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr, solange der Zuwanderungsstrom anhält", sagte Fuest. Der Finanzwissenschaftler rechnet daher wieder mit steigenden Staatsschulden.

Sozialexperte Raffelhüschen hält dagegen deutlich höhere Steuern und Abgaben für unumgänglich, um die Flüchtlingskrise finanziell zu stemmen. Zwar lasse sich über die wahren Kosten der Flüchtlingskrise nur spekulieren. Allerdings arbeite er in der Denkfabrik Stiftung Marktwirtschaft an einer Aktualisierung einer Studie aus dem Jahr 2008. "Demnach müßte man pro 100.000 Zuwanderer, die sich wie in der Vergangenheit integrieren, etwa eine Abga-

benerhöhung über alle Steuern und Beiträge von circa 0,3 Prozent rechnen", sagte Raffelhüschen. "Bei einer Million, die sich dann noch schlechter integrieren, sieht es entsprechend düster aus."

"Sie sind eine Chance für Deutschland"

Würden dieses und nächstes Jahr, wie inoffiziell vermutet, eine Million Flüchtlinge kommen, müßten laut Raffelhüschen die Steuern und Abgaben also um sechs Prozent steigen. Darüber hinaus müsse Deutschland seine Sozialversicherungen deutlich umbauen. Der massive Anstieg von Altersarmut würde eine Tendenz zu einer steuerfinanzierten Grundversorgung auslösen, sagte Raffelhüschen. Ähnlich wären die Entwicklungen bei Gesundheits- und Pflegeversorgung.

DIW-Chef Fratzscher ist da ganz anderer Auffassung: "Es müssen keine Steuern erhöht werden und auch keine Leistungen für irgend jemanden gekürzt werden." Der deutsche Staat werde im kommenden Jahr voraussichtlich 20 Milliarden Euro an Überschüssen - nach Berücksichtigung von zusätzlichen zehn Milliarden Euro für Flüchtlinge - erzielen. "Das ist mehr als ausreichend, um alle Aufwendungen abzudecken", sagte Fratzscher. Die Frage sei vielmehr, wie man diese Gelder und technische Unterstützung den Kommunen zukommen lassen kann, die diese dringend benötigten.

Fratzscher fordert, man müsse endlich aufhören, Flüchtlinge als "Kosten" zu sehen. "Sie sind eine Chance für Deutschland, die auch helfen, unsere Probleme der Demographie und des zunehmenden Fachkräftemangels zu lindern", sagte er. Wie gut die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden, werde der Schlüssel für deren langfristigen wirtschaftlichen Beitrag sein. Eine erfolgreiche Integration hänge aber nicht nur von den Flüchtlingen selbst ab, sondern mehr noch von den Bemühungen, diesen Menschen eine Chance und Unterstützung zu geben.

Belebende Effekte am Arbeitsmarkt

Fuest und Raffelhüschen sind da pessimistischer. Für den Sozialstaat seien die Zuwanderer nicht schon dadurch eine Entlastung, daß sie im Durchschnitt jünger sind als die einheimische Bevölkerung, sagte Fuest. "Um den Sozialstaat zu entlasten, müßten die Zuwanderer mittelfristig mehr in die Sozialsysteme einzahlen, als sie an Leistungen erhalten. Dazu müßten die Migranten beruflich hinreichend qualifiziert sein."

Kurzfristig werde es durch die Flüchtlinge eine Nachfragesteigerung geben, weil der Staat Geld für die Versorgung der Flüchtlinge bereitstellt, sagte Fuest. "Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen neutralisieren diese Wirkung allerdings teilweise." Hinzu komme, daß diesen Nachfrageeffekten höhere Staatsschulden gegenüberstehen. "Die Bedienung dieser Schulden dämpft die künftige Nachfrage." Am Arbeitsmarkt seien durch die Flüchtlinge belebende Effekte zu erwarten. "Neben den Unternehmen werden auch heimische Arbeitskräfte profitieren, allerdings vor allem die mit guter Qualifikation", sagte Fuest.

Raffelhüschen sagt, wirklich fundierte Prognosen über die wirtschaftlichen Folgen der Flüchtlingskrise ließen sich bislang nicht machen. Fakt sei jedoch, daß sich ein erheblicher Teil der Zuwanderer erst einmal für den hiesigen Arbeitsmarkt qualifizieren müsse. "Der syrische Arzt ist doch einfach Unfug, der ist doch schon längst da gewesen!", sagte der Sozialexperte. Angelernte und unqualifizierte Arbeitskräfte hätten es trotz der guten Arbeitsmarktlage noch immer schwer auf dem Arbeitsmarkt. "Und wenn wir es nicht schaffen, Hunderttausende von Hartz-IV-Empfängern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wie soll das dann bei den Zuwanderern gelingen?", so Raffelhüschen.<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?

Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

"Refugees welcome!" - Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. Gespendete Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen für Kinder und anderes stapeln sich für die, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, wo Krieg, Zerstörung, Elend, Not und Verfolgung herrschen, wie immer wieder von Politik und Medien im Einklang betont wird, um im sicheren Europa Schutz und Asyl zu suchen. Sie kommen auf der sog. Balkan-Route aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und anderen Ländern. Die Balkan-Route beginnt in der Türkei, verläuft über Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich bis hin nach Deutschland.

Ihnen schließen sich viele Menschen aus den West-Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien an. Die andere Flüchtlingsroute verläuft über das Mittelmeer, ausgehend von Nord-Afrika, besonders Libyen. Die Menschen kommen auf halb abgewrackten, aber gestopft vollen Booten und betreten auf der italienischen Insel Lampedusa europäischen Boden, ziehen in aller Regel weiter nach Norden, ungehindert von den Staaten mit EU-Außengrenzen, etwa Griechenland und Italien.

Man kommt auf zwei Routen, hat aber in der Regel ein und dasselbe Ziel: Einige wollen in westeuropäische Länder, beliebt ist auch Schweden, die meisten aber wollen nach Deutschland. "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit (11.9.2015). Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang.

In den letzten vierzig Jahren hat es keine deutsche Regierung geschafft, die Zahl der Geburten in Deutschland durch familien- und kinderfreundliche Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen, man wollte es wohl auch nicht wirklich. Erschwerend kommt hinzu, daß Jahr um Jahr etwa einhunderttausend Kinder nach staatlichen Gesetzen legal schon vor ihrer Geburt getötet werden, die Dunkelziffer dürfte noch einmal so hoch sein. Sind es fünf, sechs oder gar sieben Millionen Kinder, deren Leben in den letzten vier Jahrzehnten vernichtet wurde?

Im Jahre 2012 kamen 77.000 Menschen aus den genannten Regionen nach Deutschland. Zwei Jahre später waren es schon 200.000, explosionsartig stieg ihre Zahl aber seit dem Frühjahr 2015 an und erreichte bis September immer neue Höhepunkte. Im Laufe dieses Jahres wurde die Zahl der prognostizierten Ankömmlinge mehrfach regierungsamtlich nach oben korrigiert. Im Augenblick erwartet man bis Ende des Jahres 800.000, es können aber auch 1.000.000 werden, im Jahre 2016 voraussichtlich noch mehr.

Allein am ersten Septemberwochenende 2015 kamen rund 20.000 Menschen in Deutschland an, am darauffolgenden Montag weitere 10.000 plus x, wie der oberbayerische Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sagte (Bild online, 7.9.2015).

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.

Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."

In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar (Spiegel.de, 8.9.2015).

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen.

Ist es nun eine zwangsläufige Entwicklung, daß in das kinderarme und alternde Europa die Menschen aus den Ländern mit einem hohen Geburtenüberschuß einwandern, sozusagen ein Bevölkerungsausgleich stattfindet, wobei der europäische Wohlstand noch einen zusätzlichen Anreiz bietet?

Immer öfter wird dagegen die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. Beweise gibt es natürlich keine, höchstens Indizien, aber auch da muß man schon genau hinschauen. Gehen wir der Reihe nach vor.

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen krieglerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.

Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.

Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen

Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?

Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? Historiker werden später eine Antwort finden.

Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften (Daily Mail online, 6.9.2015). Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.

Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet (Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen." (Europe News, 13.10.2009)

Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." (Sure 61,9)

Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden (S. 64). Ernst genommen haben das nur wenige, leider.

Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft (siehe neben Sure 61,9 auch Sure 2,193; 8,39). Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten juden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.

Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke (N-TV, 25.8.2015).

Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung ein probates Eroberungsmittel war (Einwanderungs-Dschihad), das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 n. Chr. anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand.

Daß die Massenimmigration von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die

Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben." (Tagesspiegel, 27.8.2015)

Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrempelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.

Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. ... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen." (Jugendmagazin der Muslimischen Jugend TNT, Nr. 1/9, 1996). Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.

Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegesischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegesischen Mitteln, eben durch Einwanderung. Die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien gehen mit Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz anders um. Niemand, der bestimmten Kriterien nicht genügt, kommt ins Land. Auch Polen, Ungarn, Tschechen und andere weigern sich, die jetzt Ankommenden aufzunehmen, wenn überhaupt, dann nur christliche Flüchtlinge.

Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.

Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).

"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).

"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen).

"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).

"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-

Parlaments).

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.

Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.

Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.

Auch ein Volk kann sich ändern (Jona, Kap. 3), und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. (Hes. 18, 1-24). Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.

Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zugunsten des Islam zurückzudrängen.

Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstützen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.

Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greuelthaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle.

Letzter Stand der Annäherung: Der EKD-Chef Bischof Bedford-Strohm ist Mitglied im Kuratorium des Münchener Islam-Zentrums. Leider ist auch die katholische Kirche im Islam-Zentrum vertreten, allerdings nicht mit einem Bischof. Auch hier ist man seit dem 2. Vatikanischen Konzil überzeugt, mit den Muslimen denselben Gott zu verehren, eine biblisch unhaltbare Position.

Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müßten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde." (Bild online, 12.9.2015)

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa (FAZ, 13.9.2015). Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. Am 13.9.2015 zog die deutsche Regierung die Notbremse und führte wieder Grenzkontrollen ein. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv sie sind.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden die größten Probleme, die lawinenartig hereinströmenden Menschenmassen unterzubringen. Turnhallen werden beschlagnahmt und als Unterkünfte hergerichtet, leerstehende Gebäude mit beträchtlichem Kostenaufwand renoviert. Private Hauseigentümer fordert man bereits auf, nichtgenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, das sei "Gold wert für die Integration", so Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen (Junge Freiheit, 6.9.2015).

Da voraussichtlich zu wenig privater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, sind schon Zwangseinquartierungen angedacht. Hamburg will noch im Oktober ein Gesetz verabschieden, wonach leerstehende Gewerbeimmobilien im Privatbesitz beschlagnahmt werden können (N-TV, 23.9.2015). Die ersten Städte werfen Mieter aus stadteigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf für die Neuankömmlinge an, wie in Paderborn (Neue Westfälische, 28.7.2015), oder quartieren eine ganze Schule aus, wie in Lübbecke, wo Hals über Kopf innerhalb einer Stunde die Realschüler ihr Schulgebäude verlassen mußten, also vertrieben wurden, um Platz zu schaffen (Westfalenblatt, 18.9.2015), bundesweit bisher einmalig.

So geht man nicht mit Menschen um, die Eltern dieser Schüler sind Steuerzahler, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger. Die ursächliche Schuld liegt natürlich bei der Regierung, die die Fremden massenweise ins Land läßt, ausbaden muß es das Volk. Man hat den Eindruck, daß die Behörden völlig überfordert sind. Mit derartigen Zuständen hatte niemand gerechnet. Der Winter steht vor der Tür, viele Menschen in Zeltstädten müssen in feste Quartiere, aber wohin? Schon jetzt brodelte es im Volk, wie man in Gesprächen leicht herausfinden kann.

Haben die Zuwanderer ein Recht, hier zu sein?

Ganz deutlich muß man sagen: Nein! Juristisch gesehen sind es Illegale, die jetzt ins Land strömen. Sie hätten laut EU-Gesetzgebung (Dublin-Abkommen) in dem Land Asyl beantragen müssen, wo sie zuerst den Boden eines EU-Mitgliedslandes betreten haben. Sie sind Rechts-

brecher. Als Illegale haben sie mehrere sichere EU-Staaten durchquert, wenn sie in Deutschland ankommen. Auch das deutsche Grundgesetz legt in Artikel 16a, Absatz 2 fest: "Ausländer, welche über einen Staat der EU oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, können sich nicht auf das Asylrecht berufen."

In gigantischem Maß wird demnach Rechtsbruch begangen und zugelassen. Interessant ist, daß die Einreisenden in allen Medien und politischen Verlautbarungen als Flüchtlinge bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist mit Absicht gewählt, eine Manipulation durch Sprache, um die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen zu erhöhen. Denn ein Flüchtling ist nach allgemeiner Auffassung und Sprachgebrauch ein Mensch, der ein schweres Schicksal hinter sich hat, dem man helfen muß, alles andere wäre unmenschlich, so bestimmt es unsere christlich geprägte Kultur, Nächstenliebe und Humanität. Das Handeln des barmherzigen Samariters (Lukas 10, 30 ff.) ist Grundbestandteil unserer Ethik.

Die Frage aber, ob diese Menschen wirklich Flüchtlinge sind, wird gar nicht erst gestellt. Sie sind es zu einem großen Teil nicht, und ein Anrecht auf Asyl hat keiner, da sie bereits aus einem Lager in einem sicheren Land kommen. Nur wenige dürften direkt aus dem Kriegsgebiet kommen, aber auch sie hätten im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen. Nach internationalem Recht ist für Kriegsflüchtlinge der UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, zuständig. Er wird von den Mitgliedern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist.

Und wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: Flüchtlingen wird im Nachbarland des Krieges geholfen bzw. im ersten Land, in dem Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen gewährleistet sind. Und das ist im Falle Syriens zum Beispiel die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es nicht.

Nun kann sich Deutschland ganz abgesehen vom internationalen Recht natürlich freiwillig bereit erklären, die Türkei oder Jordanien zu unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen. Das ginge ohne weiteres, der UNHCR würde es organisieren. Die Menschen würden dann ganz regulär etwa mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht. Erhöht es aber die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen und ist es medienwirksamer zu berichten, sie seien Tausende Kilometer unter großen Strapazen zu Fuß hierher gekommen?

In dem besagten Interview antwortet der ungarische Ministerpräsident Orban auf die Frage, wohin denn die Menschen gehen sollen, wenn ab dem 15.9.2015 Ungarn, wie angekündigt, seine Grenzen dicht macht.

Orban: "Dorthin, wo sie herkommen. Diese Migranten kommen ja nicht aus dem Kriegsgebiet zu uns, sondern aus Lagern in den Nachbarstaaten Syriens. ... Dort waren sie in Sicherheit. Diese Menschen fliehen also nicht vor der Gefahr, sie sind bereits geflohen und mußten nicht mehr um ihr Leben fürchten. Diese Menschen kommen nicht nach Europa, weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern. Sie wollen ein deutsches Leben, vielleicht ein schwedisches.

Die Lebensumstände in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich genügen ihnen nicht. Persönlich kann ich das verstehen. Aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Recht auf Sicherheit und Menschenwürde." (Bild online, 12.9.2015)

Mit anderen Worten: Es sind Wirtschaftsflüchtlinge, etwa 80 % der Ankommenden sind aus diesem Grund hier. Das aber verschweigt man oder sagt es nur ganz kleinlaut.

Alle, die hierher kommen, müssen einen Asylantrag stellen. Viele haben unterwegs allerdings ihre Papiere "verloren". Wer angibt, er komme aus dem Bürgerkriegsland Syrien, hat gute Aufnahmechancen. Oder er legt sogar gefälschte Papiere vor, für 750 Euro erhältlich in zwei Tagen, hergestellt wahrscheinlich in der Türkei, wie der niederländische Journalist Harald Doornbos recherchierte (N24.de, 17.9.2015).

Spiegel online meldete am 11.9.2015, die deutsche Botschaft in Kabul/Afghanistan habe mit-

geteilt, es gebe Anzeichen, daß die afghanische Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichen. Die Personen aus den Westbalkanstaaten fliehen definitiv nicht vor Krieg und Terror, ihre Anträge dürften abgelehnt werden. Aber die Aussicht, selbst bei Ablehnung wieder abgeschoben zu werden, ist gering. Die 145.000 abgelehnten Asylbewerber der Vorjahre sind immer noch hier (Bild.de, 5.10.2014). Abschiebungen werden nur in etwa 10 % der Fälle durchgeführt, zudem oft verhindert von Einheimischen aus dem linken politischen Lager.

Die besondere Attraktivität Deutschlands erklärt sich aus den hohen Leistungen, die die Einwanderer hier erhalten, nur wenig unter Hartz-IV-Niveau, was man zu Hause durch reguläre Erwerbsarbeit meist nicht erreicht. Von Anfang an werden sie in die Sozialsysteme aufgenommen, faktisch gleichgestellt den Mitgliedern der Solidargemeinschaft, die jahre- und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben. Auch die medizinische Versorgung, die Unterbringung in hier üblichen Wohnungen, die Bildungseinrichtungen und anderes sind für die Menschen sehr attraktiv.

Deutschland aber wird angesichts der zu erwartenden Menschenmassen schnell überfordert sein, es kann nicht die Rolle des Welt-Sozialamtes spielen. Dies und die beinahe bedingungslose Aufnahmebereitschaft für alle, die kommen, üben eine starke Sogwirkung aus. Almaniya scheint das "gelobte Land" zu sein. Klar ist, die Menschen sind gekommen, um zu bleiben. Und die gegenwärtige Politik läßt das zu.

Es sei ausdrücklich vermerkt, daß unter den Hunderttausenden mit Sicherheit viele Menschen sind, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und um Gesundheit und Leben fürchten müssen, etwa Jesiden und andere Minderheiten, insbesondere aber Christen. Wir erleben seit vielen Jahren eine in der Geschichte noch nie dagewesene, brutale Christenverfolgung weltweit, ein Christen-Schlachten, nicht nur, aber insbesondere in islamischen Ländern.

Pro Jahr werden etwa 100.000 nur ihres christlichen Glaubens wegen umgebracht, ein Ende ist nicht absehbar. Aber auch politisch Verfolgte sind unter ihnen. Für alle diese Menschen gilt ohne wenn und aber, daß man ihnen hier Schutz gewähren muß. Man kann ihnen ohne weiteres freiwillig ein Bleiberecht einräumen, selbst wenn sie als Illegale ins Land gekommen sind. Denn ein Zurückschicken würde ihren fast sicheren Tod zu Hause bedeuten. Das geht selbstverständlich nicht.

Die Rolle der Medien

Wer die Berichterstattung in den Medien aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß sie in ihrer Mehrheit positiv über die gegenwärtige Einwanderungswelle sprechen. Sie stehen auf der Seite des linkspolitischen Gesellschaftsexperimentes. Das ist nicht verwunderlich, da die meisten Journalisten politisch im linksgrünen Lager zu Hause sind.

Problematisch für die Medien ist nur, daß den Einheimischen keineswegs verborgen blieb, daß die Masse der ankommenden Menschen keinen abgekämpften und erschöpften Eindruck macht. Man sieht keine Kriegsverletzten, dafür aber viele, die mit Smartphone, sauberen Jeans und neuen Adidas ausgestattet sind. Woher haben sie das? Andererseits gibt es Bilder, wo gespendete Lebensmittel achtlos weggeworfen, manchmal gar vernichtet wurden.

Auch gespendete Kleidung fand sich schon zahlreich in Müllcontainern, Straßengraben und auf Bahngleisen, Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes wurden an der mazedonischen Grenze abgelehnt, weil auf die Kästen ein Kreuz aufgedruckt war, was für Muslime ein verabscheuungswürdiges Symbol ist.

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 24.9.2015, daß 30 Asylsuchende nur zwei Tage nach ihrer Ankunft in einem Ort bei Wittenberg in einen Hunger- und Sitzstreik traten, weil ihnen die Unterkunft, eine Turnhalle, nicht gefiel, sie wollten keine Sammelunterkunft, sondern Wohnungen mit Privatsphäre.

Was werden sie wohl in einem Jahr fordern? Schwer zu vermitteln, daß hier der Satz Jesu zu-

treffen soll, wonach Christen die Hungrigen speisen, den Durstigen zu trinken geben, Nackte kleiden und Fremde aufnehmen sollen (Matthäus 25,31 ff.). Denn so verhalten sich nicht Menschen, die in großer Not Elend und Verfolgung entkommen sind.

Die Stimmung unter den Einheimischen hier ist natürlich nicht verborgen geblieben. Vereint nach Art eines Kartells halten Politik und Medien dagegen. Ein besonders deutliches Beispiel ist die Plakataktion "Refugees welcome" - Ihr seid willkommen", eine Aktion der Kieler Nachrichten, der Segeberger Zeitung, unterstützt von der Landeshauptstadt Kiel, der Stadt Neumünster, den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg. Die Plakate wurden an alle Haushalte verteilt, waren gedacht für die Haustüren, man sah aber nur wenige, außer an einigen Geschäften und natürlich öffentlichen Gebäuden, sonst nirgends.

Unablässig mahnen Politik und Medien eine Willkommenskultur an. Man stellt die Hilfsbereitschaft in Form von Sachspenden als beispielhaft heraus, zeigt Bilder, wie Flüchtlinge im Bahnhof begeistert willkommen geheißen werden. Viele haben auch den Eindruck, daß traurige Schicksale instrumentalisiert werden, um Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Tagelang sah man in den Medien das Bild des kleinen ertrunkenen Jungen, der in Bodrum an die türkische Küste gespült wurde. Der Tod des kleinen Aylan, der nur drei Jahre alt wurde, ist ein trauriges Geschick, ohne Frage, aber gehört so ein Bild in die öffentlichen Medien? Viele empfinden das als pietätlos. Sollte damit signalisiert werden: Wer nicht hartherzig sein will, kritisiere bitte nicht mehr die gängige Aufnahmepraxis der Flüchtlinge.

Man täusche sich nicht, Bilder haben eine große Wirkung, man denke nur an das Foto des kleinen Mädchens, das 1972 durch einen amerikanischen Napalmangriff in Vietnam schwer verletzt wurde. Auch das Bild ging um die Welt. Verschwiegen wurde im Falle des kleinen Aylan allerdings, daß sein Vater aus der Türkei kam und nach Europa wollte, weil er neue Zähne brauchte, für etwa 14.000 Euro, die er nicht hatte, aber 4.000 für Schlepper bezahlen mußte, so hat die Tante des Kleinen im kanadischen Fernsehen erklärt, von Sky News veröffentlicht.

Es ist bitter, jetzt hat er Frau und zwei Kinder verloren und hat sie in Kobane regulär beerdigt, will auch in Syrien bleiben. Tage später tauchten Meldungen auf, der Vater selbst sei ein Schlepper, habe leichtfertig den Tod von Menschen riskiert. Auch sei der kleine Aylan an ganz anderer Stelle an die Küste getrieben worden, medienwirksam habe man ihn an eine gut überschaubare Küstenstelle gelegt und dann "geborgt".

Die Wahrheit wird wohl nie herauskommen. Aber so oder so: Es fällt schwer, an eine verfolgte Familie zu glauben. Warum berichteten die Hauptmedien das nicht, als es bekannt wurde? Die vielen, brutal vom IS ermordeten Christenkinder kamen fast gar nicht in den Medien vor. Eine sachliche Auseinandersetzung über den Flüchtlingsstrom ist im Augenblick kaum möglich. Ganze Fragenkomplexe werden nicht thematisiert:

Wieso gerade jetzt diese Flüchtlingsmassen?

Sind diese Menschen wirklich Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des deutschen Grundgesetzes?

Wieso gehen sie nicht, da die allermeisten Muslime sind, in die reichen muslimischen Ölstaaten, sondern ausgerechnet in das säkulare und christlich geprägte Europa?

Woher haben sie das Geld für die Schlepperbanden? 4.000 bis 5.000 Dollar und mehr sind für den Transfer zu entrichten.

Wieso kommen überwiegend junge Männer, deren Leistungsfähigkeit doch eigentlich zu Hause gebraucht würde? Hier sind sie ohne Frauen, wie wirkt sich das aus?

Wieso lassen sie ihre Familien zurück, wenn diese in der Heimat bedroht sind?

Wieso zeigen die Medien aber vornehmlich selektiv Familien mit kleinen Kindern, wie es der Journalist Claus Cancel vom dänischen Radiosender "Radio 24.7" beobachtet hat, der in Mazedonien und Serbien mit den Menschenströmen nach Norden zog.

Sickern mit den faktisch unkontrollierten Massen auch IS-Terroristen ins Land?

Fragen über Fragen. Auch die Frage nach den Kosten des Einwanderungsstromes wird nicht öffentlich in den Medien thematisiert. Man erfährt nichts Genaues. Mancherorts zerfällt die Infrastruktur, Brücken und Straßen müssen saniert werden, manche Schulen sind dringend renovierungsbedürftig. Geld ist keines da. Aber für die Flüchtlinge jetzt plötzlich doch. Wie kann das sein?

Weiter hört man im Umkreis von Aufnahmeeinrichtungen immer wieder von Problemen mit den neuen Mitbürgern:

Nachbarn beschwerten sich über laute nächtliche Musik und über Vermüllung der Umgebung. Man hört von Streitereien, die untereinander mit Brachialgewalt ausgetragen werden, hört von Drogenkriminalität, sexuellen Belästigungen und sogar von Vergewaltigungen einheimischer Frauen. Christliche Flüchtlinge werden von muslimischen in den Unterkünften belästigt oder gar angegriffen. Warum wird darüber nicht offen gesprochen?

Wer kritische Fragen stellt, gerät indes leicht in den unangenehmen Ruf, ein Ausländerfeind zu sein bzw. ein Rassist oder ein Rechtspopulist. Mit der Nazi-Keule wird jede noch so sachliche Kritik an der Flüchtlings- und Ausländerproblematik vom Tisch gefegt. Alles wird niedergebügelt, was nach Kritik und Widerstand aussieht, bis hin zu üblen Beschimpfungen durch die Politik ("Pack", "Mischpoke", "Dunkeldeutsche"), was die Medien ausführlich darstellen. Eine kontroverse, mit sachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung ist kaum mehr möglich. Ein schwerer Fehler.

Natürlich sind Brandstiftungen in Unterkünften ein schlimmer Rechtsbruch, man hat aber den Eindruck, daß die Medien so berichten, daß Rechte die Täter gewesen sein könnten, indes die Aufklärungsquote ganz minimal ist. Nicht selten sollen Flüchtlinge selbst schon Feuer gelegt haben. Und was ist mit linker Gewalt? Die redet man eher klein.

Es ist besorgniserregend, wie groß die Kluft zwischen "denen da oben" und "dem Volk da unten" inzwischen geworden ist. Die Sorgen und Ängste der Einheimischen dürfen offensichtlich keine Rolle spielen, Ängste der Eltern um ihre Kinder, Ängste der Großeltern um Kinder und Enkelkinder. Auch seit Jahren oder gar Jahrzehnten gut integrierte Ausländer sind entsetzt über die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland und besorgt, was die Zukunft bringt. Da die Medien ganz offensichtlich einseitig berichten, weichen immer mehr Leute auf das Internet als Informationsquelle aus.

Sind die Ankommenden integrationsfähig?

Alle treten für eine rasche Integration der Neuankömmlinge ein. Aber wie realistisch ist das? Wer soll die Hunderttausende Schüler unterrichten, die kein Deutsch sprechen? Die Wirtschaft hofft auf billige Arbeitskräfte, was selbst die Arbeitsministerin Nahles kritisch sieht (Junge Freiheit, 11.9.2015). Diejenigen, die einen christlichen Hintergrund haben, sind in der Regel sicherlich integrationsbereit und -fähig, werden es aber nicht leicht haben.

Anders sieht es bei den Muslimen aus, und die stellen die Masse der Neuankömmlinge. Schon im Jahre 2005 sagte Bassam Tibi: "Man muß offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht. Ein Muslim darf sich einem Nicht-Muslim nicht fügen. Wenn er in der Diaspora lebt, dann ist das eine Notsituation, und er kann sich absondern. Das sagt die normale Religion und nicht eine fundamentalistische Variante." (Focus 29/2005)

Sogar bei den bereits seit vielen Jahren hier lebenden Muslimen sieht es mit der Integration nicht besonders gut aus.

Waren die Einwanderer der 70er und 80er Jahre durchaus noch offen für die Integration, so sind es die jungen der dritten oder vierten Generation immer weniger, Parallelgesellschaften sind entstanden. Diese verfestigen sich natürlich durch die Massen der neu hinzukommenden Muslime. In vielen Städten ist die Integration schon heute gescheitert.

Im Jahre 2008 wurde in Duisburg-Marxloh die bis dahin größte Moschee in Deutschland er-

öffnet, die Merkez-Moschee, hohe Repräsentanten aus Politik und Kirche waren anwesend. Der Bau war von der EU und dem Land NRW mit 3,2 Millionen Euro gefördert worden (Idea, 29.10.2008). Man sprach vom "Wunder von Marxloh", es sollte eine Begegnungsstätte und Vorzeigeprojekt für das reibungslose Zusammenleben verschiedener Kulturen sein, wie auch der Stadtteil Marxloh überhaupt ein Vorzeigevierviertel der Einwanderung werden sollte. Die Moschee wurde gelobt für ihre gute Integrationsarbeit (Armin Laschet, CDU). Aber schon zwei Jahre später kamen erste Zweifel auf.

Heute, nur sieben Jahre später, ist die ursprünglich ansässige deutsche Bevölkerung zum großen Teil weggezogen und eine Art muslimisches Ghetto entstanden, in dem andere Werte und Verhaltensmaßstäbe gelten, in das sich selbst Polizisten nur mit Vorsichtsmaßnahmen hineintrauen.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert ein Gegensteuern, spricht von rechtsfreien Räumen, Polizeibeamte werden "ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen." (Blu-News, 30.6.2015; siehe auch Focus vom 30.6.2015 und news.de vom 20.8.2015). Duisburg-Marxloh, nur ein verunglückter Einzelfall? Keineswegs.

Auch in Dortmund, Essen, Berlin-Neukölln und anderswo klagt die Polizeigewerkschaft über ähnliche Zustände. Niemand hat damals auf warnende Stimmen gehört. Natürlich gibt es säkularisierte Muslime, die nur noch Namens-Muslime sind, aber wie werden diese sich verhalten, wenn die Islamisierung zügig voranschreitet, wenn Salafisten und ähnliche Gruppen immer mehr Einfluß bei uns gewinnen? Der Islam, ein Integrationshindernis?

Man muß die Frage leider bejahen. Es hat keinen Zweck mehr, darum herumzureden. Der Glaube ist für die allermeisten Muslime eminent wichtig, was nur die wenigsten im Westen verstehen. Muslime, die in westliche Länder kommen, erleben einen Kulturschock, sind empört über westliche Lebensweise, Werte und Moralvorstellungen, die man für dekadent hält. Homo-Ehen verachtet man, auch sexuelle Freizügigkeiten der Geschlechter und manches andere. Als Reaktion besinnt man sich verstärkt auf die eigenen islamischen Werte, fühlt sich erhaben über diese verwahrloste Kultur, die man als identisch mit dem Christentum ansieht.

Normalerweise liest ein Moslem seinen Koran nicht. Aber koranische Grundsätze und Werte prägen durch die Tradition und Erziehung in der Familie, durch Koranschule, Moscheebesuche usw. fest das Leben dieser Menschen. Allahs Wille ist ewig gültig, und zwar für alle Menschen, er bestimmt das Leben bis in Einzelheiten hinein.

Allah hat festgelegt, daß Juden und Christen Ungläubige und Verfluchte sind (Sure 9,30), die schlechtesten Geschöpfe, die garantiert in die Hölle kommen (Sure 98,6), sie stehen noch unter dem Vieh (Sure 8,55; 7,179; 47,12), einige von ihnen hat Allah gar in Affen und Schweine verwandelt (2,65; 5,60; 7,166). Sie sind Muslimen zu Tribut verpflichtet (Sure 9,29).

Von sich selbst nimmt man dagegen an, daß man als Moslem zur besten Gesellschaft gehört, die es überhaupt gibt (Sure 3,110). Gewarnt werden Muslime vor einer Freundschaft mit Ungläubigen: "O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden, sie sind untereinander Freunde, und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen. Siehe, Allah leitet nicht ungerechte Leute." (Sure 5,51; siehe auch 3,118; 60,13) Menschen, die diese Grundsätze verinnerlicht haben, können eben nicht integrationsfähig sein. Die Angst vor Allahs Zorn ist zu groß.

Die Flüchtlinge von heute, unsere Herren von morgen? Durch eine Willkommenskultur begeistert aufgenommen? Leider spricht vieles dafür. Während viele noch ihren gesellschaftspolitischen, multikulturellen, multireligiösen und mehr oder weniger antichristlichen und antideutschen Träumen nachhängen, hat die Gegenseite längst die völlige Islamisierung Europas im Auge.

Schon 1980 erklärte der "Europäische Islamrat" in London: "Islam ist ein Glaube, eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt." (Evangelische Zentralstelle für

Weltanschauungsfragen Nr. 7, 1.7.1980).

Aktuell hat der Scheich Mohammed Ayad, einer der führenden Imame in Jerusalem, die muslimischen Flüchtlinge öffentlich aufgerufen, Europa zu erobern, indem sie sich mit den Europäern verschmelzen: "Wir werden sie fruchtbar machen. Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden", (Sputniknews.com, 22.9.2015). Das kann man nur als Bedrohung empfinden, zumal die Bürger hier merken, daß der eigene Staat die Islamisierung stillschweigend zuläßt oder gar fördert, worauf oben hingewiesen wurde.

Das Beispiel des Libanon, der bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch ein überwiegend christlicher Staat war, ist ein Menetekel, durch islamische Einwanderungswellen und einen daraus resultierenden Bürgerkrieg führen die dort zurückgebliebenen Christen heute ein unterdrücktes Schattendasein.

Bürgerkriegsähnliche Unruhen drohen auch unserem Land, von der Regierung schon seit 2009 erwartet (Udo Ulfkotte, Vorsicht Bürgerkrieg, S. 47 ff.). Der Erzbischof der Stadt Mosul/Irak, Amel Shimon Nona, wendet sich mit eindringlichen Worten an die Europäer und Christen des Westens:

"Unser heutiges Leiden (Anm.: das der Christen im Irak) ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet. Ich habe mein Bistum verloren ... doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Der Islam sagt nicht, daß alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen heißen habt." (Unsertirol24.com, 18.9.2015)

Die Masseneinwanderung als Gottesgericht

Durch den gegenwärtigen Massenansturm bahnt sich ein Gericht Gottes über das einstmals christliche Europa und das einstmals christliche Deutschland an. Der Glaubensabfall ist immens in unserem Volk, Kirchen werden geschlossen und abgerissen. In dem Maße, wie sich der Glaube an den drei- einigen Gott der Bibel verflüchtigt, macht er einem Zeitgeist Platz, nach dem der autonome Mensch glaubt, selbst bestimmen zu können, was gut und böse, richtig und falsch ist.

Die Gebote Gottes spielen eine immer geringere Rolle im Leben der meisten Menschen. In den Kirchen hat eine linksliberale Theologie das Sagen. Durch die historisch-kritische Theologie hat man einen Selbst-Säkularisierungsprozeß ausgelöst, der vom christlichen Glauben nicht viel mehr übrig läßt als die Aufforderung, ein guter Mensch zu sein und gut zu handeln. Der Sühnetod Jesu Christi am Kreuz von Golgatha und seine Auferstehung, Kernpunkte christlichen Glaubens, sind längst nicht mehr selbstverständlich für viele Pfarrer.

Wenn die frühere Bischöfin und jetzige "Reformationsbotschafterin", Frau Käßmann, öffentlich ausspricht, ihrer Meinung nach sei Maria, die Mutter Jesu, keine Jungfrau und Joseph sei der leibliche Vater von Jesus gewesen (Spiegel-Interview 30/2013), dann muß man schon die Frage stellen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Bibel und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses steht. Von Kirchenleitungsseite hat man noch keine Kritik an Frau Käßmann gehört. Wie viele Theologen mögen denken wie sie? Gott allein weiß es.

Dem Gericht Gottes geht immer ein Glaubensabfall voraus. Dem Volk Israel hatte Gott Segen und Fluch vorgelegt: "Siehe, ich lege euch heute vor den Segen und den Fluch: Den Segen, wenn ihr gehorcht den Geboten des Herrn, eures Gottes, die ich euch heute gebiete, den Fluch aber, wenn ihr nicht gehorchen werdet den Geboten des Herrn, eures Gottes, und abweicht von dem Wege, den ich euch heute gebiete, daß ihr anderen Göttern nachwandelt, die ihr nicht kennt." (5. Mose, 11,26-28)

Dazu zwei Beispiele: Immer wieder hat Gott sein Volk Israel in Zeiten des Glaubensabfalls durch Propheten zur Umkehr gerufen. "O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort", rief der Bußprediger Jeremia dem Volk seiner Zeit zu (Jeremia 22,29). Vergeblich. Das Volk war ver-

blindet und wandelte neben dem lebendigen Gott auch weiterhin anderen Göttern nach, die Konsequenz war das Gericht, die Babylonische Gefangenschaft.

"Jerusalem, Jerusalem, die du tötest die Propheten und steinigst, die zu dir gesandt sind! Wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen, wie eine Henne ihre Küken versammelt unter ihre Flügel, und ihr habt nicht gewollt", ermahnte Jesus zu seiner Zeit das Volk (Matthäus 23,37). Vergeblich. Das Volk Israel war verblindet und wandelte seinen eigenen Vorstellungen vom Messias nach. Die hochgerüstete römische Kriegsmaschinerie vollzog das Gottesgericht im Jahre 70 n. Chr., eine fast 2.000jährige Diaspora folgte.

Was für das Volk des Alten Bundes galt, gilt auch für das Volk des Neuen Bundes. Gott läßt nicht zu, daß wir außer IHM noch Allah nachfolgen, gar erklären, ER und Allah seien identisch, wie dies viele Kirchenleitungen tun. Das Erste Gebot steht dem entgegen. Daran gibt es keinen Zweifel. "Was der Mensch sät, das wird er ernten", sagt die Bibel (Galater 6,7). Gott ist ein Gott nicht außerhalb unseres Lebens, er ist ein lebendiger Gott und greift in das Leben ganzer Völker ein.

Aus dem Glaubensabfall folgt die Verblendung, danach das Gericht. Ausgerechnet den zutiefst jüden- und christenfeindlichen Islam läßt er durch die Masseneinwanderung über unser Volk kommen. Es wird verheerend sein, wenn wir nicht umkehren. Gibt es die Chance der Umkehr noch?

Im Prinzip ja, aber danach sieht es überhaupt nicht aus. Man huldigt nach wie vor seinen multikulturellen und multireligiösen Ideen, will die dunklen Seiten des Islam nicht sehen. Man hat den Eindruck, daß Politik, Medien und überhaupt die Öffentlichkeit gar nicht so genau wissen wollen, was im Islam steckt, wer Allah ist, man ist regelrecht informationsresistent. Hat Gott uns schon dahingegeben? (Römer 1,24-28)

Die euphorische Willkommensbegrüßung für die Einwanderer und die Aufrufe zur Willkommenskultur sollte man als Verblendung sehen. Gott gebraucht andere Völker, um sein Gericht zu vollstrecken, seien es in der Antike die Babylonier, die Römer oder eben heute ganze Völkerscharen aus islamischen Ländern. ER ist souverän und allmächtig, auch wenn das vielen lächerlich sein mag.

Wie gehen Christen mit der gegenwärtigen und zukünftigen Situation um? Die Gemeinde Jesu Christi hat keine Machtmittel. Sie lebt das Wort Gottes im Alltag, schließt sich unbiblischen Strömungen nicht an, ruft auf zur Umkehr und betet zum drei-einigen Gott für die verantwortlichen Entscheidungsträger in Staat, Kirchen und Gesellschaft, sind so Salz der Erde, das eine bewahrende, konservierende Funktion hat, und Licht der Welt, weisen auf das wahre Licht, Jesus Christus, hin.

Sie versuchen, die hereinströmenden Moslems mit dem Wort Gottes zu erreichen, gemäß dem Missionsauftrag Jesu (Matthäus 28,19 f.), da nur Jesus der alleinige Heiland für alle Menschen ist, auch für Moslems, die laut Koran alle in die Hölle kommen (Sure 19,71).

Es ist zu unterscheiden zwischen dem antichristlichen Islam und dem Moslem als Mensch, der nicht selten besser als seine Religion ist. Es gilt das Interesse vieler Moslems am christlichen Glauben aufzugreifen. Denn ernüchtert durch die entsetzlichen Greueltaten von Allahs Kriegen besonders im Nahen Osten und in Afrika (IS, Boko Haram usw.) haben noch nie in der Geschichte des Islam so viele Allah-Anhänger ihrer Religion den Rücken gekehrt und sind zum christlichen Glauben konvertiert wie heute, unter Gefahr für Leib und Leben.

Für Christen ist die bestehende Staatsgewalt eine von Gott gegebene Ordnungsmacht zum Schutz vor Anarchie und Chaos (Römer. 13,1 ff.). Daß diese Staatsgewalt selbst dem christen- und jüdenhassenden Islam Tür und Tor öffnet, ist bereits Zeichen des göttlichen Gerichtes und ein deutlicher Hinweis Gottes auf gebotene Umkehr. Das muß in öffentlichen Verlautbarungen und in Gottesdiensten deutlich gesagt werden.

Christen haben aber noch eine weitere Möglichkeit. Grundlegend für unsere staatlich-

demokratische Ordnung ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das bestimmt in Artikel 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." (GG, Art. 20,4)

Leider ist mit Gewaltausbrüchen zu rechnen. Das kommt für Christen jedoch nicht in Frage, auch nicht die Teilnahme an Putsch- und Umsturzversuchen. Als stärkste Waffe des Widerstandes haben Christen das Gebet.

Sie können sich aber auch als Bürger des Staates in Briefen, Telefonanrufen usw. an die Politiker und ihre Abgeordneten wenden, können ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gesprächen, Leserbriefen und öffentlichen Vorträgen wahrnehmen, Petitionen unterschreiben, an friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen und Info-Ständen in Fußgängerzonen teilnehmen. Sie können Mitglied in islamkritischen, nicht fremdenhassenden Bewegungen sein.

Sie haben das Wahlrecht und überlegen bei der nächsten Wahl genau, welche Partei sie auf dem Wahlzettel ankreuzen. Nicht zur Wahl zu gehen, bringt nichts, es stärkt nur die Parteien, die uns in diese heutige Lage gebracht haben.

Wird ein Umdenken und eine Umkehr erfolgen zu dem lebendigen Gott, um Gottes Gericht noch abzuwenden?

"Herr, unser Gott, wir wissen nicht, was jetzt auf uns zukommt, du aber weißt es. Wenn es sein kann, schenke unserem Volk Buße und Umkehr zu dir, dem einzigen und ewigen Gott. Wenn dies nicht mehr dein Wille ist, sei uns gnädig im Gericht. Amen."<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

Von Henry Paul (freischaffender Künstler)

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuelt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln geirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfähige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

Sie hat geschickt agiert. Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und

allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen.

Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfianzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten. Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsföttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

Weil unsere eigene Regierung, die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015:

>>Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird.

Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichts-determinismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. Jahrzehntelang wurde die "Festung Europa" gehalten - in der stillen Übereinkunft, daß eine Lockerung des Grenzregimes unser Gemeinwesen bis zur Unkenntlichkeit verändern würde.

Man hatte zu akzeptieren gelernt, daß Hunger, Leid und religiöser Fanatismus anderswo zu Hause waren und uns nur mittelbar berührten. UN-Appelle, Entwicklungshilfen und humanitäre Einsätze wurden zum Ablasshandel: Wir tun, was wir können, aber ihr bleibt, wo ihr seid. Seit diesem Sommer gilt das nicht mehr, jedenfalls nicht in Deutschland.

Die Parallele, die einige zum Untergang des weströmischen Reiches ziehen, ist nicht ohne Witz. Ob es die Völkerwanderung war, die das Reich beendete, oder das ermüdete Reich, das die Völkerwanderung möglich machte, bleibt eine offene Frage. Jedenfalls begann auch sie langsam und auf Bitten der nach Hilfskräften suchenden Römer, wurde dann ungeordneter und aggressiver, bis sie die alte Ordnung unter sich begrub. Guido Westerwelle, der uns "spät-römische Dekadenz" vorhielt, und Thilo Sarrazin, der von der "Abschaffung" Deutschlands warnte, erfahren durch Merkel eine späte, sicher ungewollte Rechtfertigung.

Ausmaß? Es wird so getan, als gehe nur alles oder nichts, so wie 1945 und 1946, als Millionen Deutsche aus den Ostgebieten flohen und vertrieben wurden. Aber ihre Aufnahme war, um mit Merkel zu sprechen, "alternativlos". Es waren Landsleute, und sie wären anderswo nicht aufgenommen worden. Für syrische Kriegsflüchtlinge und pakistanische Wirtschaftsmigranten gilt das nicht.

"Berlin hat eine Meise"

Länder wie Großbritannien oder Dänemark kommen daher ihrer Verantwortung nach, indem sie einen kleinen Teil der Flüchtlinge ins Land lassen. Sie haben Sorge, ihre Gesellschaften zu überfordern, und finden es vernünftiger, die UN-Lager in Grenznähe zu Syrien besser auszustatten. Sie stellen auch die Frage, warum reiche islamische Länder wie Saudi-Arabien ihre Grenzen für die Glaubensbrüder und -schwestern schließen.

Wo andere Europäer Augenmaß walten lassen, geben sich Deutsche einem Gefühl hin, das aus zwei sonderbaren Quellen gespeist wird. In der einen sprudelt ein Idealismus, der sich an der Phantasie berauscht, wir könnten etwas schaffen, für das andere zu kleinmütig sind; britische Kritiker sprechen von "Tugendprotzerei". Die andere Quelle ist eine schicksalsgläu-

bige Geschichtsauffassung.

In ihrer naiven Variante sieht sie den ungeregelten Zustrom als natürliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, der ein bißchen frisches Blut schon immer gut getan habe. Die pessimistische Schule folgt der dunklen Logik, daß alle Hochformen der Kultur irgendwann ermüden und ab einem bestimmten Punkt geradezu wollüstig dem Niedergang entgegenstreben.

Dieser Ansicht begegnet man nicht nur in Deutschland. Der Franzose Michel Houellebecq spielt in seinem Roman "Unterwerfung" mit der atavistischen Energie der muslimischen Kultur und läßt sie schließlich die Nachfolge des erschlafenen christlichen Atheismus in Europa antreten. Räumt Merkel am Ende nur den Stein aus dem Weg, der zwischen unserer kraftlosen, verspielten Gegenwart und einer robusteren Zukunft liegt?

Womöglich ist Merkel ihrer Zeit voraus und sieht die globalen Verschiebungen realistischer als ihre Kollegen im Westen. Das ändert aber nichts daran, daß diese es vorziehen, sich noch ein Weilchen zu behaupten und nicht in Jahrhunderten, sondern weiter in Jahren und Jahrzehnten zu denken. Von Australien bis Amerika, von Großbritannien bis Polen hält man Grenzen für sinnvoll und kontrollierbar. Berlin habe eine "Meise", hieß es kürzlich auf einer internationalen Konferenz in London.<<

Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten" (DWN) berichten am 3. November 2015: >>>**Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos**

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn.

Politische Beobachter rätseln, was mit Angela Merkel los ist. Die Kanzlerin sei "überfordert" schreibt die Neue Zürcher Zeitung und spricht gar von der "Merkeldämmerung".

Tatsächlich werden die Botschaften der Kanzlerin immer wirrer: Zuerst öffnete sie die Grenzen für alle. Nachdem die Freiwilligen am Ende ihrer Kräfte waren, rief sie ihnen zu: Wir schaffen das! Schließlich bemühte sie den "Herrgott", der ihr das Problem auf den Tisch gelegt habe. Nun sagt sie: Wenn Deutschland seine Grenzen zu Österreich schließt, drohen militärische Auseinandersetzungen in Europa.

Diese Aussage ist besonders bizarr: Wie kommt die Kanzlerin dazu, die Deutschen in Angst und Panik zu versetzen? Die öffentlich geäußerte Warnung vor einem Krieg in Europa aus dem Mund der deutschen Bundeskanzlerin ist unverantwortlich. Entweder, sie weiß nicht, was sie redet - das wäre schlimm.

Noch schlimmer wäre allerdings, wenn die Kanzlerin wirklich Hinweise auf militärische Gefahren hat - und dann der durch ihre Aussage aufgeschreckten Bevölkerung sagte, weil Krieg droht, müsse man die Grenzen offen lassen. Die Reaktion jedes normalen Menschen auf solch eine bedrohliche Aussage ist nämlich, daß man sich wünscht, daß die Grenzen schnellstens geschlossen werden - wenn wirklich ein Krieg droht.

Die konkreten politischen "Lösungsvorschläge" der Union sind dementsprechend verheerend. Im Papier zu den "Transitzonen" heißt es:

"In diesen Transitzonen wird für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreiseperrre, mit Folgeanträgen und ohne Mitwirkungsbereitschaft ein beschleunigtes Asylverfahren einschließlich Rechtsmittelverfahren und Rückführung durchgeführt. Die Ausgestaltung des Verfahrens erfolgt in enger Anlehnung an das Flughafenverfahren, das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keine Hafteinrichtung ist."

Diese Idee ist schlicht Wahnsinn. Einmal abgesehen von der inhumanen Form eines solchen kollektiven Abschiebehaftlagers: Wie stellt sich Merkel denn das praktisch vor? Man pfercht all diejenigen in ein Lager, die wieder zurückgeschickt werden sollen - auch wenn sie nach

wochenlanger Reise in Deutschland angekommen sind und sich auf die Einladung Merkels samt Selfies mit glücklichen Flüchtlingen berufen?

Erwartet Merkel allen Ernstes, daß sich tausende Menschen mit der offiziellen Vorgabe der Aussichtslosigkeit geduldig in ein Lager setzen, um dann mit gebeugtem Kopf der höflichen Aufforderung der Polizei Folge zu leisten, nun bitte wieder zu verschwinden? Ist nicht eher zu erwarten, daß die Leute den Behörden künftig aus dem Weg gehen werden, weil sie verständlicherweise nicht interniert werden wollen? Ist das nicht die Aufforderung an alle, sich in die Illegalität zu begeben?

Schon jetzt ist die Lage in den "normalen" Lagern äußerst kritisch - weil Lager immer Aggressionen hervorrufen und die aufgeheizte Stimmung zwischen den einzelnen Gruppen jederzeit zu einer Explosion führen kann. Man hat in den vergangenen Tagen immer wieder gesehen, daß die Nervosität bei den Flüchtlingen dazu führt, daß sie die Behörden nicht als Hindernis ansehen. Will Merkel die Bundeswehr in die Lager schicken? Schon jetzt fordert die Polizei bei gewalttätigen Auseinandersetzungen die Bundeswehr an, weil sie sonst die Kontrolle verlieren würde.

Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Merkels an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben - das sie natürlich nicht halten kann. Die Flüchtlinge haben, anders als die Mehrheit der Deutschen, den Versprechen der Kanzlerin Glauben geschenkt. Sie haben gehofft, daß sie es schaffen werden.

Nun sitzen sie in der Falle - gemeinsam mit den völlig überforderten Behörden und Hilfsorganisationen. Merkel sitzt immer noch im Kanzleramt, in ihrer eigenen Welt. In der Union wächst der Unmut. In Europa schütteln die ehemaligen Partner nur noch den Kopf. Alle fragen sich: Wie lange noch?<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. November 2015: >> **Energiewende:**

So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen

Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben - Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich.

Eine Grundsatzrede Sigmar Gabriels zur Energiepolitik? Lange her. Das letzte Energiegesetz im Bundestag? Noch länger her, Herbst 2014. Ruhig war es um die Energiewende fast schon geworden. Der Wirtschaftsminister arbeitete in den vergangenen Monaten zwar am Ausstieg aus der Kohle. Doch schwarz auf weiß konnte er zuletzt wenig vorweisen.

Das ändert sich in der kommenden Woche. Das Bundeskabinett wird das große Strommarktgesetz beschließen. Zum "Energie-Kabinett" hat das Wirtschaftsministerium die Sitzung am Mittwoch erklärt. Am Donnerstag tagt dann zum ersten Mal die Atom-Kommission, die eine Lösung für die Rückstellungen der Energiekonzerne für den Atomausstieg suchen soll. Freitag berät der Bundestag über die Reform der Kraft-Wärme-Kopplungs-Förderung.

Die Energiewende rückt wieder in den Blickpunkt. Doch für Gabriel wäre es vielleicht besser, das Großprojekt wird weiter von der Flüchtlingskrise überlagert. Zur Halbzeit seiner Amtszeit zeigt sich: Auch er kann die Kostendynamik nicht durchbrechen. Und die Klimaziele sind weiter in Gefahr - weil die Politik auf die falschen Zahlen schaut.

Steigende Systemkosten werden versteckt

Dabei sollte die Energiewende so etwas sein wie Gabriels Meisterstück. Zunächst war er auch auf einem guten Weg. Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) boxte er 2014 gegen Widerstände durch. Sogar die EEG-Umlage, über die die Stromverbraucher den Ökostrom subventionieren, sank (im) vergangenen Herbst. Doch nur ein Jahr später steigt die Umlage wieder, wenn auch nur geringfügig auf 6,35 Cent pro Kilowattstunde. Gabriel wertete das dennoch als Erfolg. Es sei gelungen, "die EEG-Umlage zu stabilisieren und den Haushalts-

strompreis sogar leicht zu senken".

Bei seiner Jubelmeldung unterschlug Gabriel allerdings, daß es sich bei der Umlage für 2016 immer noch um einen Rekord handelt. Und zudem kommt es darauf allein nicht mehr so an. Entscheidender sind die "Netzentgelte", in denen die Politik die steigenden Systemkosten der Energiewende versteckt. Die Abgaben erheben die Netzbetreiber von den Stromkunden für die Bereitstellung der Stromnetze. Sie machen inzwischen 23 Prozent des Strompreises aus, Tendenz steigend.

So müssen die Verbraucher über die Netzentgelte jene 1,6 Milliarden Euro tragen, die die Kraftwerksbetreiber für den Reservebetrieb ihrer Kohleleiler erhalten sollen. Dies hatte Gabriel vergangene Woche mit den Betreibern von Kohlekraftwerken ausgehandelt. Zudem treibt die Erdverkabelung neuer Stromtrassen, die CSU-Chef Horst Seehofer Gabriel abgerungen hat, die Kosten um bis zu zwölf Milliarden Euro in die Höhe.

Zusätzliche Kosten von 540 Euro pro Haushalt

Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs rechnet daher bei den Netzentgelten für 2016 mit einem kräftigen Aufschlag von acht bis zehn Prozent - rund zehn Euro plus Mehrwertsteuer für einen Haushalt. "Ich frage mich, wie der Verbraucher das alles noch stemmen soll", sagt Fuchs. Denn schon in den vergangenen Jahren sind die Belastungen stark gestiegen, wie Berechnungen der Energieexpertin Esther Chrischilles vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) für die "Welt am Sonntag" zeigen. Demnach werden für einen Durchschnittshaushalt Ende 2016 seit dem Atomausstieg 2011 zusätzliche Kosten in Höhe von 540 Euro angefallen sein.

Versprochen hatte Angela Merkel anderes. In ihrer Regierungserklärung zur Energiepolitik drei Monate nach dem Reaktorunglück in Fukushima erklärte die Kanzlerin im Juni 2011, Strom müsse bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage von damals 3,5 Cent solle nicht weit über dieses Niveau steigen. Vier Jahre später läßt sich konstatieren: Diese Versprechen wurden gebrochen. Von den insgesamt 540 Euro Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt seit 2011 entfallen laut dem IW Köln allein 350 Euro auf die Förderung von Öko-Strom.

So kommt allerhand zusammen. Denn die Netzentgelte sind seit 2011 ebenfalls gestiegen - ein Durchschnittshaushalt wird um 142 Euro stärker belastet. Kommt die Novellierung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wie geplant, fallen je 30 Euro mehr gegenüber 2011 an. Andere Posten wie die Haftungsumlage für den verspäteten Anschluß für Windanlagen auf hoher See sind seit 2011 ganz neu hinzugekommen. Kostenpunkt dieser Umlage: 17 Euro mehr für die Stromverbraucher.

Zweifel am Erfolg der Energiewende

"Die meisten Umlagen sind verteilungspolitisch bedenklich", sagt Chrischilles. Denn sie treffen vor allem ärmere Haushalte. "Gabriel hat nichts unternommen, um die Kosten für die Verbraucher zu drosseln", sagt Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer. "Erst herrscht bei der Energiewende über ein Jahr lang Stillstand. Und dann fehlen wesentliche Eckpfeiler im Gesetz wie eine Reform der Netzentgelte."

Auch die Wirtschaft macht sich Sorgen. "Mehrbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro in zehn Jahren sind nicht unrealistisch", sagt DIHK-Chef Eric Schweitzer. Die Politik solle die Notbremse ziehen und etwa auf die höhere KWK-Förderung verzichten.

Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie

sogar nur ein Prozent.

Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.

Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. "Selbst wenn alle Haushalte in Deutschland ihren Strom aus erneuerbaren Quellen bezögen, so wären erst 3,6 Prozent der Energiewende geschafft", sagt Studienautor Dirk Dubbers. Tatsächlich müßte der Klimaschutz eher bei der Heizenergie oder dem Verkehr ansetzen. "Wird im Verkehrssektor acht Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, so spart dies mehr Energie ein, als alle bestehenden Windkraftanlagen produzieren", so Dubbers.

Doch die Politik pickt sich lieber Daten heraus, die klimapolitisch weniger relevant sind, dafür aber den schönen Schein der Energiewende wahren. Im Ausland verfängt das schon lange nicht mehr. Beim Weltenergieerat diese Woche in Äthiopien bekamen die deutschen Vertreter viele Fragen gestellt - besonders zu den steigenden Kosten der Energiewende.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. November 2015: >>**Das zweite Reich**

Von Bismarcks Kampf um die (klein)deutsche Einheit, von der neuen Reichsgründung, von deren "Freunden" und deren "Feinden"

Karlheinz Weißmann

Für etwa zehn Jahre war Otto von Bismarck der bestgehaßte Mann Deutschlands. Die Zeitungen gifteten gegen ihn, die Karikaturisten übergossen ihn mit Hohn und Spott, man konnte den Eindruck haben, als ob kein anständiger Mensch sich mit ihm abgeben dürfe. Es kam sogar zu Anschlägen auf seine Person, die aber recht glimpflich endeten. Was war der Grund für soviel Ablehnung? Der Grund war, daß Bismarck, nach dem Tod des alten Königs im Jahr 1861, eine Chance erhielt, mit der er kaum noch gerechnet hatte. Denn der neue König, Wilhelm I., sah sich vor einem unlösbaren Problem:

Er wollte das preußische Heer modernisieren, aber dafür benötigte er Geld. Nach der neuen Verfassung Preußens mußte ihm die Volksvertretung dieses Geld bewilligen, aber die Volksvertretung tat das nicht. Die Sache war vertrackt, da die Verfassung diese Möglichkeit - daß sich König und Volksvertretung nicht einig wurden - gar nicht vorsah. Als Wilhelm I. schon soweit war, von seinem Amt zurückzutreten, kam einer seiner Berater auf den Gedanken, es in dieser verzweiferten Lage doch mit dem "tollen Bismarck" zu versuchen.

Die Idee, daß Bismarck etwas einfallen werde, war gar nicht falsch. Tatsächlich hat er dem König klargemacht, daß es nur die Möglichkeit gebe, ohne die Zustimmung des Parlaments die Maßnahmen zu ergreifen, die er für notwendig halte. Wohl war Wilhelm I. dabei nicht, aber schließlich gab er seine Einwilligung. Bismarck spielte damit ein riskantes Spiel, das wußte er genau. Aber er hoffte, daß die Zeit für ihn arbeite. Längst hatte er da seine alten konservativen Überzeugungen - daß die Dinge im Grunde so bleiben sollten, wie sie waren - beiseite geschoben.

Er hatte vor allem begriffen, daß die Einheit Deutschlands erreicht werden mußte, wenn die Deutschen nicht auf Dauer ein Spielball fremder Mächte, vor allem Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands, bleiben sollten. Bismarck wußte, daß auch die führenden Männer der Nationalbewegung das ähnlich sahen, und daß sie Preußen für die einzige Macht hielten, die in der Lage sein würde, die "Deutsche Frage" zu lösen. Weiter war Bismarck wie den Patrioten klar, daß man dieses Ziel nicht ohne die Anwendung von Gewalt erreichen konnte.

1866 war es soweit: Es kam zum Krieg zwischen Preußen und Österreich, auf dessen Seite

auch die meisten Staaten des Deutschen Bundes standen. Wenn damals Wetten auf den Ausgang angenommen wurden - und das war sicher der Fall -, dann standen sie sicher gegen Preußen. Aber Preußen siegte.

Das hatte nicht nur damit zu tun, daß an der Spitze der preußischen Armee der größte Feldherr seiner Zeit, Helmuth von Moltke, stand, sondern auch damit, daß Bismarck die Ausrüstung und Bewaffnung über die Köpfe der preußischen Volksvertretung hinweg verbessert hatte. Nach dem Sieg bat Bismarck übrigens nachträglich um Genehmigung der Gelder durch das Parlament und hat sich höflich dafür entschuldigt, es übergangen zu haben. Und das Parlament konnte ihm, dem Sieger, natürlich nichts abschlagen.

Man erkennt daran schon, wie weitsichtig Bismarck handelte. Und Weitsicht lag auch darin, daß er seinen König hinderte, den Triumph auszukosten. Österreich mußte nicht einmal Gebiete abtreten, und auch seine süddeutschen Verbündeten - Bayern, Baden, Württemberg - wurden geschont. Ansonsten ließ Bismarck diejenigen, die auf der Seite Österreichs gestanden hatten, durchaus büßen und schloß etwa das Königreich Hannover (ungefähr das heutige Niedersachsen) Preußen an, aber ansonsten beschränkte er sich darauf, den Deutschen Bund aufzulösen, einen "Norddeutschen Bund" zu gründen und mit den süddeutschen Staaten geheime Bündnisverträge zu schließen.

Der Hauptgrund für die Zurückhaltung Bismarcks war, daß er wußte, wie mißtrauisch die anderen Großmächte Europas seine Politik verfolgten. Das galt für Rußland wie für Großbritannien, aber vor allem für Frankreich. Daß Frankreich jedes Entstehen eines starken Deutschlands zu verhindern suchte, haben wir in den früheren Kapiteln gesehen. Und in diese Tradition fügte sich auch ein, was der französische Kaiser Napoleon III. - ein Neffe des ersten - nach dem Sieg Preußens über Österreich zu erzwingen suchte.

Mit einer Mischung aus Drohung und Lockung wollte er Bismarck dazu bringen, sich der französischen Politik unterzuordnen. Dabei war Bismarck sich längst darüber im klaren, daß ein Konflikt mit Frankreich unvermeidlich war.

Im Herbst 1870 erklärten die Franzosen den Krieg. Sie waren dabei so siegessicher, daß es sie vollkommen überraschte, in welchem Tempo - mit modernen Eisenbahnzügen transportiert - die preußischen Truppen in ihr Gebiet vordrangen. Dabei handelte es sich nicht nur um preußische Einheiten, sondern auch um sächsische, bayerische, württembergische, badische, die vier Jahre zuvor noch gegen Preußen gestanden hatten. Jetzt zeigte sich, wie klug es von Bismarck gewesen war, diese Länder nach der Niederlage, die sie erlitten hatten, nicht weiter zu demütigen.

Der Krieg ging erstaunlich schnell zu Ende. Auch in diesem Fall hatte man damit kaum gerechnet. Aber schon nach der Schlacht von Sedan und der Gefangennahme Napoleons III. war das Schicksal Frankreichs besiegelt, wenngleich es den Kampf noch bis zur Verteidigung von Paris tapfer fortsetzte. Wenige Kilometer von der französischen Hauptstadt entfernt, in Versailles, wo sich der Sonnenkönig Ludwig XIV. sein prächtiges Schloß errichtet hatte, schlugen die Deutschen ihr Hauptquartier auf.

Und im Spiegelsaal des Schlosses fand am 18. Januar 1871 eines der denkwürdigsten Ereignisse der deutschen Geschichte statt: Hier ließ Bismarck den preußischen König Wilhelm I. durch die anwesenden Fürsten und ihre Vertreter zum "Deutschen Kaiser" ausrufen.

Er wollte sich dabei natürlich zunutze machen, wovon am Anfang dieses Buches schon einmal die Rede war: daß sich eine Gemeinschaft immer dann besonders als Gemeinschaft empfindet, wenn sie weiß, gegen wen sie gemeinsam steht. Und der Krieg gegen den "Erbfeind" Frankreich und dann vor allem der in greifbare Nähe gerückte Sieg Deutschlands hatten genau dazu geführt.

Die Begeisterung in Deutschland war unbeschreiblich, und damit ist nicht nur das Kleindeutschland gemeint, sondern auch das Großdeutschland. Obwohl Österreich kurz zuvor in

einem Krieg gegen Preußen gestanden hatte, gab es dort eine Vielzahl von Bürgern, die eine Teilnahme auf preußischer Seite gegen Frankreich forderte. Demonstranten mit schwarzrot-goldenen Fahnen marschierten regelmäßig vor der Botschaft des Norddeutschen Bundes auf, und Bismarck mußte dem Botschafter ausdrücklich verbieten, auf dem Balkon zu erscheinen, um die Demonstranten zu begrüßen.

Er hat auch verboten, daß österreichische Freiwillige sich den deutschen Truppen anschlossen, und sicher hat er mißbilligt, daß das Denkmal Friedrichs des Großen, das noch heute auf der Straße Unter den Linden in Berlin steht, mit schwarzrotgoldenen Farben geschmückt war. Wenn, dann hat ihn milder gestimmt, daß daneben auch das neue Schwarz-Weiß-Rot angebracht wurde. Diesen "Dreifarb" hatte Bismarck für den Norddeutschen Bund eingeführt, weil er das Weiß-Schwarz Preußens und das Weiß-Rot in den Fahnen der Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck miteinander verband, die die Schiffe des Bundes stellten.

Schwarz-Weiß-Rot wurde auch die Nationalflagge des neugegründeten Deutschen Reiches. Selbstverständlich zeigte schon der Name, daß man sich in die Tradition des alten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation stellte, und dasselbe galt für den Titel des Kaisers und das Adlerwappen, aber es gab eben auch Unterschiede. Die Farben waren einer davon, der andere, daß man darauf verzichtete, den neuen Kaiser mit der alten Krone zu krönen.

Die lag immer noch in Wien, und Bismarck ging es nicht nur darum, das Verhältnis zu Österreich weiter zu verbessern, er wollte auch das Mißtrauen der europäischen Mächte besänftigen, die mit wachsender Sorge beobachteten, wie leicht die Deutschen Frankreich überwältigt hatten und welche Bedeutung das neue Reich zukünftig haben würde. Bismarck tat deshalb alles, ihnen zu versichern, daß Deutschland - abgesehen von Elsaß und Lothringen, die Frankreich abtreten mußte - keine weiteren Forderungen stelle und keine Vereinigung mit dem Habsburgerstaat bevorstehe.

Diese Linie hat Bismarck auch in den nächsten Jahren weiterverfolgt: Beschwichtigung des Auslands und Wachsamkeit gegen Frankreich, von dem er wußte, daß es jede Gelegenheit für eine "Revanche" - das französische Wort für Rache - nutzen werde. Er konnte sich dabei darauf verlassen, daß Großbritannien im Grunde kein Interesse für die Angelegenheiten auf dem europäischen Kontinent hatte, solange dort nicht eine Übermacht wie die Napoleons entstand. Zu Rußland hatte Preußen traditionell gute Beziehungen, die Bismarck noch vertiefte. Es gehörte wie Österreich zu den Verbündeten des Deutschen Reiches.

Die Ruhe in den äußeren Beziehungen erlaubte es Bismarck, seine Aufmerksamkeit der inneren Ordnung Deutschlands zuzuwenden. Die Verfassung, die das Reich erhielt, war dabei eine merkwürdige Mischung aus konservativen, liberalen und demokratischen Elementen. Konservativ war natürlich die Staatsform der Monarchie, liberal die große Bedeutung der Volksvertretung, des Reichstags, der über alle Gesetze abstimmen konnte, und demokratisch die Tatsache, daß dieses Parlament nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht gewählt wurde. Das war in Europa ganz ungewöhnlich.

Kein anderer Staat von Bedeutung hatte 1871 ein solches Wahlrecht. Aber Bismarck bestand auf dessen Einführung, weil er glaubte, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht das Nationalbewußtsein der Deutschen stärken werde.

Bismarck war noch für fast zwanzig Jahre Regierungschef oder Reichskanzler, wie man damals sagte. Natürlich waren die Zeiten vorbei, in denen er von aller Welt verachtet und gehaßt wurde. Jetzt war er der bewunderte "Eiserne Kanzler" und "Schmied des Reiches". Aber natürlich gab es auch Gegner. Eine Gruppe entstand unter den deutschen Katholiken. Sie bildeten eine Gruppe, die sich durch das Ausscheiden Österreichs aus dem Reich und die Tatsache, daß Preußen ein stark evangelisch geprägtes Land war, zurückgesetzt fühlte.

Ihre Partei - das Zentrum - ging deshalb im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches in die Opposition, das heißt, sie verweigerte der Regierung die Unterstützung. Bismarck wußte, daß dahin-

ter die einflußreiche katholische Kirche stand, und versuchte diese in die Knie zu zwingen. Er, der gemeinhin als Konservativer galt, wandte sich gegen eine christliche Kirche und erließ scharfe Gesetze, mit denen die Macht der Kirche immer weiter beschränkt werden sollte. Wirklichen Erfolg hatte dieser "Kulturkampf" nicht und wurde schließlich ohne Ergebnis abgebrochen. Nach einer kurzen Frist erklärte Bismarck die "Reichsfeinde" im Zentrum zu "Reichsfreunden" und beteiligte sie sogar an der Regierung.

Anders war das mit der zweiten Gruppe von "Reichsfeinden": den Sozialdemokraten oder Sozialisten. Sie hatten sich im 19. Jahrhundert als dritte politische Kraft neben Liberalen und Konservativen gebildet; sie waren jetzt die "Linke", die Liberalen bildeten die "Mitte", die Konservativen die "Rechte" nach den Plätzen, die ihre Abgeordneten im Parlament einnahmen. Der Grund dafür war eine große Veränderung, auf die bisher noch gar nicht eingegangen wurde. Denn neben den politischen Revolutionen dieser Zeit gab es noch eine andere: die "Industrielle Revolution".

Damit bezeichnet man die Einführung von Maschinenarbeit, die möglich wurde, nachdem am Ende des 18. Jahrhunderts die Bedeutung von Dampfkraft für den Antrieb von allen möglichen Geräten - Pumpen, Webstühlen, Eisenbahnen - entdeckt worden war. Die Maschinenarbeit ersetzte die Handarbeit. Das machte viele Handwerker, aber auch Bauern arbeitslos. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung stark an, was nicht nur an der verbesserten Ernährung, sondern auch an der medizinischen Versorgung vor allem der Kinder lag. Die Folge war ein großer Überschuß an Arbeitskräften.

Selbstverständlich fanden sie in den Fabriken, die mit der Industriellen Revolution entstanden, Arbeitsplätze, aber doch nicht alle. Und die Verhältnisse an den Arbeitsplätzen waren oft miserabel: Schmutz, Gestank, fehlendes Licht, Arbeitszeiten von sechzig Stunden und mehr in der Woche, Einstellung von Frauen und Kindern als billigere Arbeitskräfte, die für einen Bruchteil des Lohns arbeiteten, den ein erwachsener Mann bekam.

Es gab zwar einzelne Unternehmer, die auf diese Not reagierten und aus eigenem Antrieb zu helfen suchten. Außerdem gingen die Kirchen daran, etwas für die Arbeiter zu tun, und in Deutschland führte Bismarck Gesetze ein, die Kranken- und Unfallversicherungen für jedermann schufen. Etwas ähnliches gab es in keinem anderen Land der Welt (in manchen, etwa den USA, gibt es so etwas bis heute nicht). Allerdings entschloß sich Bismarck dazu erst unter dem Druck, der dadurch entstand, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen immer mehr Stimmen bekamen.

Die Sozialdemokraten verstanden sich als "Arbeiterbewegung" und hatten dem Staat mehr als einmal den Krieg erklärt: Ihre Führer erklärten offen, daß sie die Monarchie beseitigen und eine Republik einführen wollten, daß man den Wohlhabenden ihren Besitz wegnehmen und zukünftig die Wirtschaft durch den Staat - den sozialistischen Staat natürlich - organisieren sollte, der darauf zu achten hatte, daß niemals wieder in der Hand einzelner große Vermögen entstanden. Dieses Programm wurde von vielen Arbeitern unterstützt, die vielleicht keine Revolution wollten, aber doch ein Ende ihres Elends.

Wenn Bismarck ihnen entgegenkam mit den Sozialgesetzen, hat das ihr Mißtrauen gegen den neuen Staat sowenig beseitigt wie das von Bismarck ausgesprochene Verbot der Sozialdemokratischen Partei. Ihre Kandidaten durften bei den Wahlen weiter antreten und bekamen die Stimmen der Arbeiter. Schließlich mußte Bismarck einsehen, daß er auch auf diesem Gebiet gescheitert war. Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß sich die Lebenssituation der Arbeiter Stück für Stück verbessert hat und die Sozialdemokratie von ihren radikalen Zielen abließ (obwohl sie nach wie vor in ihrem Programm standen).

Trotzdem ist unbestreitbar, daß Bismarck größere Erfolge auf dem Gebiet der Außenpolitik als auf dem der Innenpolitik errang. Dafür bewunderten ihn die Deutschen - mit Recht - und natürlich für die Reichsgründung selbst. Als er 1890 von seinem Amt zurücktrat, schlossen

sich Bürger zusammen und begannen damit, ganz Deutschland mit Bismarcktürmen, Bismarcksäulen, Bismarcksteinen, Bismarckstatuen zu überziehen. Es gibt wohl keinen Deutschen, dem jemals so viele Denkmäler gewidmet worden sind wie ihm. Wahrscheinlich findet sich auch eins in Deiner Nähe.<<

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/...): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**

"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruptheit, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: *"Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche

Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

"Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen." (Nach Wikipedia: Politische Partei)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei*, *Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)

Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.

Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.

Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.

Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:

"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."

Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der *"Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen"*, also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern

des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort *"Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten"* drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar *"Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen"*. Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.

Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm

wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.

Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit* 44/15).

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.

Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.

Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.

Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprechen, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatz-

punkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es: "*Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären.*" Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.

Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertan* ausführlich behandelt.

Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen. Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauterer Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte scheindemokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA

und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<

Die "Schweriner Volkszeitung" (SVZ) berichtete am 21. November 2015: >>Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin

Heute ist Angela Merkel auf den Tag genau zehn Jahre Regierungschefin. Ein Blick auf die Anfänge der heute mächtigsten Frau der Welt.

Der Anruf von Chefredakteur Gerhard Deckl aus Neubrandenburg im Herbst 1998 klang wie ein Scherz. "Ein Vögelchen in Bonn hat mir gezwitschert, wer bei der CDU neuer Generalsekretär wird", raunte der knorrige alte Fuchs, der zuvor viele Jahre Korrespondent in der alten Bundeshauptstadt war. "Die Ändschie!" Unglaublich!

Die unscheinbare Frau aus der Uckermark hatte niemand auf dem Zettel. In die Politik war sie über die Bürgerrechtsbewegung "Demokratischer Aufbruch" und dann als Sprecherin des ersten und letzten frei gewählten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) gekommen. Helmut Kohl, übermächtiger Kanzler der Einheit, holte sie als Familienministerin in sein Kabinett, später war sie für Umwelt zuständig. Und erwarb sich zumindest Respekt mit ihrem Verhandlungsgeschick beim Weltklima-Gipfel im japanischen Kyoto. Höher hinaus aber dachte niemand, vor allem wohl nicht sie selbst.

Rückblick: Merkels Bundestags-Wahlkreis liegt eher zufällig in Vorpommern. Organisiert hatte ihr den Ost-CDU-Zampano Günter Krause, einst DDR-Chefunterhändler zum Einigungsvertrag, später umtriebiger "Sause-Krause" als Bundesverkehrsminister. Ihre Kandidatur vor Ort gegen drei West-Kandidaten eingefädelt hatte jedoch der damalige Landrat Wolfhard Molkentin.

"Ich wurde einem relativ strengen Verhör unterzogen", erinnert sich Merkel später an ihre Vorstellungsrunde in Vorpommern, "das gipfelte darin, daß ich sagen sollte, bei welcher Bodenwertzahl man Zuckerrüben anbaut."

Molkentin wollte sich später nicht mehr an solche Strenge erinnern. "Ich habe sie leicht in den Arm genommen, und habe gesagt: Frau Merkel, wenn Sie vor den Bauern stehen und etwas gefragt werden, dann sagen Sie lieber ehrlich, davon habe ich keine Ahnung, als daß Sie den Menschen etwas vorgaukeln." Bis heute holt sich Merkel ihre Weihnachtsgans vom inzwischen pensionierten Hobby-Landwirt Molkentin.

Um aber die derzeit dienstälteste Regierungschefin Europas heute zu verstehen, lohnt ein Blick zu den Anfängen. "Kohls Mädchen" sollte 1998 plötzlich die Volkspartei managen, die nach 16 Jahren Regierungszeit verschlissen und mit ihrem "ewigen Kanzler" Helmut Kohl ein Wahldebakel erlebt hatte. Der neue Partei- und Fraktionschef Wolfgang Schäuble, Kohls ewiger Kronprinz, holte sich ausgerechnet dessen Zögling Angela Merkel als Generälin - und nicht einen "Parteisoldden", der sich in üblicher Ochsentour hochgedient hatte.

Notbesetzung, hieß es denn auch in der politischen Männergesellschaft, die bleibt nicht lange. Die ist nur Übergang, bis die Herren sich sortiert haben. Doch denkste! Angela Merkel setzte sich fest und arbeitete beharrlich und akribisch am Neuaufbau der Partei, der angesichts einer dilettantisch gestarteten Rot-Grünen Regierung jederzeit drohte, unvermittelt wieder in Regierungsverantwortung springen zu müssen.

Doch Rot-Grün fing sich. Und fast genau ein Jahr später stürzte die CDU in eine existentielle Krise: Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendinggesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingeklebt hatten.

Doch trotz dieses Coups und ihrer Spitzenkandidatur zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 wurde sie immer noch nicht von allen für voll genommen. Legendär ist die "ARD-Elefantenrunde", als der gescheiterte SPD-Kanzler Gerhard Schröder in weingeschwängelter Trance sich über ihren Regierungsanspruch lustig machte.

Nun regiert Merkel bereits im zehnten Jahr. Sie konnte dank der rot-grünen Vorarbeiten, vor allem der Agenda 2010, die Ernte einfahren. Andererseits ist unstrittig, daß sie die Weltfinanzkrise für Deutschland erfolgreich managte. In der Ukraine- wie der Griechenland-Krise verschaffte sie sich international gewaltigen Respekt.

Doch nun wächst in der Flüchtlingskrise die Kritik an der Kanzlerin, vor allem in der CDU: 34 Parteifunktionäre verfaßten unlängst einen Brandbrief an die Kanzlerin. "Die gegenwärtig praktizierte 'Politik der offenen Grenzen' entspricht weder dem europäischen oder deutschen Recht, noch steht sie im Einklang mit dem Programm der CDU", hieß es darin. Starker Tobak. Ex-Generalsekretär und CDU-Rebell Heiner Geißler wies die Aufmüpfigen im Oktober öffentlich zurecht: "Hätte sie zuschauen sollen, wie diese Leute in Ungarn verrecken?" Geißler meinte gar: "Angela Merkel hätte den Friedensnobelpreis verdient. Nächstenliebe ist keine Gefühlsduselei und kein Gutmenschentum, sondern eine Pflicht, denen zu helfen, die in Not sind", sagte er in einem Zeitungsinterview.

Während das US-Magazin "Forbes" Merkl einmal mehr zur mächtigsten Frau der Welt kürte, liegt sie in deutschen Meinungsumfragen bei den schlechtesten Werten ihrer Kanzlerschaft. Noch vor wenigen Wochen hatte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig seiner SPD geraten, zur nächsten Bundestagswahl erst gar nicht mit einem Spitzenkandidaten anzutreten.

Momentan ist es auffällig ruhig um Angela Merkel. Mancher Kommentator beschwor schon die "Kanzlerdämmerung" herauf. Sie werden sich wohl wieder täuschen wie viele vor ihnen. Legt man die Erfahrungen zugrunde, dann tut Merkel, was sie immer tat: Sie läßt die Herren aller Ressorts "vortanzen", bis sich Spreu vom Weizen trennt, Loyalität und Apologetentum sich offenbart. Während sie selbst beharrlich internationale Diplomatie zur Bewältigung der Flüchtlings- und der Terrorkrise betreibt. Sorgen um potente politische Konkurrenz muß sie sich nicht machen - weder im eigenen Lager noch bei der SPD.

Sorgen dürfte ihr eher der massive Zulauf für die Rechtspopulisten bereiten. Selbst wenn sie wirklich vorgehabt haben sollte, selbstbestimmt zur Mitte ihrer dritten Kanzlerschaft an einen Nachfolger zu übergeben, so ist sie momentan dazu verdammt, das Zepter in der Hand zu behalten, bis die großen Krisen bewältigt sind. Denn als Verliererin wird sie sich keinesfalls verabschieden wollen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 28. November 2015: >>**Merkel zerreißt mit ihrer Politik das Land**

Die Flüchtlingskrise spaltet die Deutschen - und sie können darüber kaum miteinander reden. Wohlfeile Helfer-Ethik ersetzt Realitätssinn und Geschichtspolitik vergiftet das politische Klima.

Man erlebt das öfter in diesen Tagen. In der Familie, am Arbeitsplatz oder am Tresen. Da erzählt einer, wie er seine Garderobe aussortiert und noch brauchbare Kleidung in einer Flüchtlingsunterkunft vorbeigebracht hat.

Aha, sagt ein anderer, und wie ist es da so? Voll, sagt der andere. Werden ja auch immer mehr, sagt ein Dritter. Es reicht aber auch langsam, wirft ein Vierter ein - betretene Blicke, Schweigen, Ende des Gesprächs.

Das Thema Flüchtlinge ist ein Gesprächsblocker. Der Meinungsaustausch gelingt nur selten, weil er allzu oft zum Haltungswettbewerb mißrät - und weil da gleich ein Verdacht im Raum steht, auf beiden Seiten.

Der eine denkt, der andere halte ihn für zumindest fremdenfeindlich, und der andere tut das oft auch tatsächlich. Und weil es beiden Seiten gleichermaßen peinlich ist, verdächtigt zu werden und zu verdächtigen, fällt man gemein in Schweigen. Und das ist noch die zivilisierte Variante.

Zwei große Lager

Eine solche Alltagserfahrung ist kein Einzelfall. Schenkt man einschlägigen Umfragen Glauben, trennt ein grundsätzlicher Dissens die deutsche Bevölkerung in zwei nahezu gleich große Lager. Die einen befürworten die bislang schrankenlose Flüchtlingsaufnahmepolitik aus vollem Herzen, die anderen hegen dagegen grundsätzliche Vorbehalte.

Ein Gespräch zwischen den beiden Gruppen kommt vor allem deshalb kaum in Gang, weil, so die Umfragen, die Kritiker von Merkels Flüchtlingspolitik fürchten, in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Tatsächlich sorgen nicht wenige der Befürworter einer "Willkommenskultur" dafür, daß ihre Kritiker nicht auf moralische Augenhöhe gelangen können: sie werden mit Verweis auf die deutsche Vergangenheit von vornherein diskreditiert.

Die Situation ist also nicht nur stark polarisiert, sie ist zusätzlich kontaminiert durch eine geschichtspolitische Diskursblockade.

Kein Mut, das Asylrecht anzupassen

Das sind keine guten Voraussetzungen, um in einer fundamentalen Frage der deutschen Innen- und Außenpolitik einen dringend notwendigen Konsens zu erzielen. Die Frage, wie diese Diskursblockade in Sachen Flüchtlingspolitik überwunden werden kann, führt zu ihren geschichtlichen Hintergründen.

Die deutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik ist hierzulande immer noch durch die deutsche Nazi-Vergangenheit bestimmt. Sie gibt in ihrer weltweit einmaligen Unbegrenztheit ein Versprechen, das nicht einlösbar ist.

Das ging so lange mehr oder weniger gut, wie die Asyl- und Zuwanderungsquoten sich in überschaubarem Umfang hielten.

Dem Realitätstest des aktuellen Flüchtlingsandrangs hält dieses Versprechen aber keinesfalls mehr stand. Das weiß im Grunde jeder, aussprechen will das noch immer keine der im Bundestag vertretenen Parteien. Den Regierungsparteien fehlt der Mut, das deutsche Asylrecht endlich realistischen europäischen Standards anzugleichen.

Verdruckste Debatten über Obergrenzen

Die Opposition denkt erst recht nicht daran, weil sie aus taktischem Kalkül das ganze Flüchtlingsprojekt für die Regierung so teuer wie möglich machen will. Manche Aktivisten mißbrauchen Asylpolitik sogar als Werkzeug wirrer globaler Umverteilungskonzepte.

Dabei ist der Widerspruch im Land mit Händen zu greifen. Eine gesinnungsethisch begründete Asylpolitik, so verständlich ihr geschichtspolitischer Hintergrund sein mag, taugt nicht zum Management einer Einwanderungsgesellschaft.

Die Erkenntnis aber wird konsequent beschwiegen. Die Folge sind verdruckste Debatten über Obergrenzen und Kontingente, die allesamt auf unrealistischen europapolitischen Vorausset-

zungen fußen und deshalb zu gar nichts führen können.

Bevor die Deutschen in ihrer Gesamtheit in der Lage sind, ein fruchtbares Integrationsgespräch mit den Neubürgern aufzunehmen, müssen sie unter sich selbst einen tragfähigen Konsens darüber herstellen. Ein solcher Konsens setzte voraus, das Tätertrauma aus der Nazi-Zeit, welches im Grundgesetz-Asyl-Artikel 16 Gestalt annahm, zu rationalisieren und endlich das uneinlösbare unbegrenzte Aufnahme-Versprechen zurückzunehmen.

Wachsende Politikverweigerung

So wie Schweden seine Asylpolitik derzeit einem Realitätscheck unterzieht und mit Begrenzung der Aufenthaltsgenehmigung und Einschränkung des Familiennachzugs die Nähe zu europäischen Standards sucht. Davon ist die deutsche Politik derzeit noch weit entfernt. Im Ergebnis bedeutet diese Entfernung: Merkels Flüchtlingspolitik überdehnt und zerreißt das Land.

Doch dabei handelt es sich um kein Einzelversagen: Die regierungstragenden Parteien, die ja "zur Willensbildung der Bevölkerung" betragen sollen, sind offenbar mit ihrer internen Willensbildung und taktischen Manövern derart ausgelastet, daß ihr Beitrag bislang schlicht ausbleibt.

In das Vakuum, das mangelnder Realitätssinn und vorenthaltene Informationen über die materiell unweigerlichen Konsequenzen der aktuellen Flüchtlingspolitik haben entstehen lassen, drängen radikale und populistische Akteure. Mindestens ebenso besorgniserregend ist die wachsende Politikverweigerung all jener, die weder in der großen Flüchtlingskoalition noch in den rechtspopulistischen Wutbürgern eine angemessene Option sehen.

Diese politische Heimatlosigkeit führt unmittelbar zu Politikverdrossenheit. Dabei gehört es zu den mitunter tragisch anmutenden deutschen Widersprüchen, daß unsere (einst als Wiedergutmachung an der gesamten Welt gemeinte) Asylgesetzgebung sich nun als global wirkender Flüchtlingsmagnetismus erweist - somit das Flüchtlingsproblem, das sie heilen soll, erst mit erschafft.

Überfüllte Turn- und Messehallen

Bei der geschichtspolitisch bedingten Blockade der öffentlichen Diskussion prallt diese Utopie nun auf die Wirklichkeit überfüllter Turn- und Messehallen.

Das sind keine guten Vorzeichen für die zur Bewältigung der Masseneinwanderung unweigerlich anstehenden Ressourcenumwidmungen. Wenn Ethik auf Wirklichkeit trifft, stellt sich schnell heraus, daß auch die nobelste Haltung keine Wohnungen baut und keine Arbeitsplätze schafft.

Eine Grenzöffnung mag per Order des Kanzleramts durchzusetzen sein. Für die Integration von Millionen Flüchtlingen ist die Befehlsform unangemessen und schlicht falsch. Dafür braucht es den breiten Konsens. Noch gibt es keinen Beweis, daß die derzeitige Zuwanderungspolitik zu schaffen ist.

Kann er aber nicht erbracht werden, hat das Folgen für das Vertrauen der Bürger in die gesamte staatliche Ordnung. Dann scheitert nicht nur die Kanzlerin, dann scheitert, was Deutschland ausmacht und zusammenhält.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtete im November/Dezember 2015 (x853/...): >>**Dschihad und Terror. Ursprung und Entwicklung. Die Anleitung zum Kampf von Abu Bakr Naji**

Marie-Thérèse Kaiser-Guyot

Die Schwierigkeiten des Themas liegen in der Aktualität des Problems, also der fehlenden Distanz, und in den Texten, die nicht immer in europäischen Sprachen zur Verfügung stehen. Diese Schwierigkeiten wachsen noch, weil meist alles, was unwahrscheinlich, übertrieben oder ungeheuerlich klingt, ausgegrenzt wird. Man versucht nicht zu erkennen, ob die Phänomene zufällige sind oder im Gegenteil solche, die untrennbar mit den Stellungnahmen, Erklä-

rungen, Taten und Bezugnahmen der Akteure verflochten sind.

Wenn ein Islamist sagt, daß er aus religiösen Gründen handelt, dann muß man das ernst nehmen und nachforschen, ob, was er sagt, mit den Texten, auf denen der Islam gründet, und mit seiner Geschichte im Einklang steht. Aber das bedeutet, daß man zugibt, daß der Mensch heute wie gestern ein religiöses Wesen ist. Das zu leugnen, wäre ein folgenschwerer Irrtum.

Auf einem Teil der Gebiete von Irak und Syrien haben die Dschihadisten einen, wie sie es nennen, Islamischen Staat gegründet. Bevor man sagt: unmöglich!, muß man genauestens die Belege, die sie dafür anführen, anschauen und zu verstehen suchen, warum und wie sie handeln: Sind sie eine Bande, vielmehr: Terroristische Räuberbanden? Oder Männer, die ihres guten Rechts ganz sicher sind und ihrer sich daraus ergebenden Pflicht - selbst bei Akten extremer Gewalt, die zielstrebig und systematisch eingesetzt wird? Der Terror als herrschaftsmittel?

Der Begriff des Terrorismus ist allgegenwärtig in allen Reden über sie, ohne Präzisierung, Unterscheidung, Nuancierung und ohne tiefere Überlegung - ein einfaches und politisch völlig korrektes Etikett: Die Dschihadisten sind Terroristen, und damit scheint alles gesagt!

Fragen wir uns: entspricht dieses politisch Korrekte der Wirklichkeit, den Wirklichkeiten? Woher stammt das Wort Terror? Welche Vorläufer, nicht allein der Gewaltherrschaft oder gar der barbarischen Gewalt, sondern auch der gegenwärtigen Formen der Gewalt der Dschihadisten und des Islamischen Staates finden wir in der Geschichte der Menschheit?

"Terreur", das Wort, im politischen Sinne gebraucht, bezeichnet eine Phase der Französischen Revolution (1793/94). Der Terror war nicht aus der Not geboren oder ein geringeres Übel, sondern ein Triumph, verkündet in der Begeisterung für die totale Hingabe an die revolutionäre Idee. Von den Rednerbühnen, auf den Plakaten, in den Propagandablättern, überall pries man seine Helden, deren Radikalismus und Begeisterung.

Was für Ideen haben sie verteidigt, warum und wie? 1789 begann die "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" mit dem wohlbekannten, aber zu wenig beachteten Satz:

"Die Nationalversammlung erkennt und erklärt in Gegenwart und unter der Leitung des höchsten Wesens ...". Noch stand man auf dem Boden der Monarchie, aber der Dreieinige Gott und der Segen des katholischen Glaubens und der katholischen Religion waren beiseitegeschoben. Die Ereignisse rollten bald nach ihrer eigenen Logik ab, die zwar nicht immer einfach unter den vielen Ursachen auszumachen ist, aber unabweisbar erscheint.

Es wurde die Republik proklamiert. Am 2. Dezember 1792 wurde der Notstand des Vaterlandes ausgerufen. Machtergreifung und Verurteilungen folgten schnell einander. Die Köpfe rollten einer nach dem andern.

1793: Die Jakobiner sind an der Macht, *Robespierre* steht an ihrer Spitze. Das "Tribunal du Salut public" (Wohlfahrtsausschuß) ist die treibende Kraft der Regierung. Massenweise wurden Adlige, widerspenstige Priester, aber auch vereidigte Priester, ein ganzes Kloster wie das der Karmelitinnen von Compiègne, aber auch alle Verdächtigen, genauso wie solche, die als verdächtig denunziert worden waren, aufs Schafott geschickt und guillotiniert.

Es heißt, der Freund von Robespierre, *Saint Just*, habe den berühmten schlagwortartigen Satz geprägt, der die Atmosphäre gut widerspiegelt: "Keine Freiheit den Feinden der Freiheit". Das heißt übersetzt: keine Freiheit für die Feinde unseres politischen Systems und unserer neuen Religion, die Religion *Voltaires*, der einen tödlichen Haß auf die katholischen Religion hatte, die er "l'infame", die ruchlose, nannte und vor der er einen solchen Horror hatte, daß er sie in seinen Briefen nicht einmal mit Namen nannte.

Wer war *Robespierre*? Ein Fanatiker, der stets das Messer im Mund trug, ein Terrorist gierend nach Blut, Macht und Ansehen? Nein, ein kühler, überzeugter Advokat mit einem unerschütterlichen Glauben an seine Sendung. Voltaire und Rousseau waren die Väter seines Glaubens an das höchste Wesen, Voltaire durch seinen der Kirche gegenüber aggressiven Deismus,

Rousseau durch seinen sentimental Deismus der "Confession du vicaire savoyard". Robespierre stellte sich deswegen all denen entgegen, die gar keinen Gott mehr anerkannten, wie namentlich die radikalen Anhänger von Hébert. Robespierre konnte sich dafür auf die "Erklärung der Menschenrechte" von 1789 berufen.

Aber schon hatte man die Kirche Notre Dame in Paris in einen Tempel der Vernunft verwandelt, wo am 10. November 1793 der neue Kult, der Kult der Freiheit, zelebriert wurde. Vier Tage später gibt die Zeitschrift *Journal universel* eine Rede wieder, in der es heißt: "Wollt ihr 500.000 Köpfe? Ihr sollt sie haben. Wir brauchen Sühneopfer für die Tausenden von Republikanern, die ins Grab gestiegen sind".

Schließlich trugen Robespierre und das höchste Wesen den Sieg über die Anhänger von Hébert und die vergöttlichte Vernunft davon, dank des Protokolls und Dekrets vom 7. Mai 1794 über das höchste Wesen.

Laut dem Montagnard *Couthon* sollten das Protokoll und das Dekret über das höchste Wesen, "das wahre Glaubensbekenntnis des französischen Volkes ... in alle Sprachen übersetzt und in der ganzen Welt verbreitet werden". Beim Fest des höchsten Wesens verkündete Robespierre in den Tuileries von seiner Rednertribüne herab: "Der Urheber der Natur hatte die Sterblichen mit einem Band der Liebe und der Glückseligkeit zusammengebunden.

Zugrundegehen sollen alle Tyrannen, die dieses Band zerschnitten haben! Franzosen, Republikaner, an Euch liegt es, die Erde von denen zu reinigen, die sie beschmutzt haben".

Soviel zur Erinnerung an das Wesen der Schreckensherrschaft! Man könnte entgegenen, daß die Menschheit schon immer mit solchen Gewalttaten konfrontiert war, die von den Regierenden ausgeübt wurden, etwa von Nero oder Iwan dem Schrecklichen und vielen anderen, aber nie gab es eine systematische, institutionelle Verankerung des Terrors, um eine Religion durch eine andere zu ersetzen, und eine Regierung, die auf dem Terror beruht.

Nach den allzu offensichtlichen Auswüchsen der Französischen Revolution wurde der politische Terror im 19. Jahrhundert Eher zum Mittel der Bekämpfung der bestehenden Institutionen, aber einerseits ohne diese selbst umzustürzen, andererseits ohne ein genügend ausgearbeitetes und vor allem praktisches Programm.

Im 20. Jahrhundert tauchen dann ähnliche Formen des Terrors wie jene von 1794 wieder auf. Nach den Kriegen gegen die Kolonialherren entwickelten die dschihadistischen Bewegungen zunächst punktuelle terroristische Aktionen; im beginnenden 21. Jahrhundert Sieht man nun, wie in Syrien und im Irak im Bereich des Islamischen Staates der Terror, vergleichbar dem von 1794, wieder auflebt.

Zwar will dieser Staat eine Wiedergeburt des wahren Islam sein, desjenigen des 7. Jahrhunderts und der arabischen Eroberungen, die das Ergebnis des im Koran definierten und verkündeten Dschihads gewesen wären (auch die hadithen und die *Sirah* werden aufgeführt, obwohl sie ganz sicher später sind). Zwar hat der Islamische Staat keine unmittelbare Verbindung mit der Revolution von 1789, es sei denn die Schreckensherrschaft gelte als Verbindung - aber dieselben Ursachen bewirken dieselben Folgen.

Was wir in der Phase der "Terreur" während der Revolution gesehen haben, findet sich im Islamischen Staat wieder. Er wirkt dadurch weniger überraschend und weniger unvorhersehbar. Besser verstanden, ist es leichter, sich ihm entgegenzustellen.

Der Jihad im Koran, in den Hadiths und der Sirah

Die Wurzel von *Jihad* bedeutet Anstrengung, Kampf zur Verteidigung und Ausbreitung des Islam. Der Kämpfer wird mit einem Namen der gleichen Wurzel als *mujahid* bezeichnet. Eine andere Wurzel bedeutet sich in den Kampf werfen, was im allgemeinen mit dem Ausdruck "Weg Gottes" übersetzt wird. Der Ausdruck bezeichnet nicht, wie manche Ausleger wollen, den Weg des geistlichen Kampfes.

Der geistliche Kampf ist eher ein Ersatz für alle, die nicht kämpfen können: Frauen, alte oder

krankte Männer. Außerdem gilt: eine Frau oder Frauen und Kinder zu haben ist keineswegs ein Grund, sich dem Engagement des heiligen Kampfes zu entziehen, weil die Frauen und Kinder des im Dschihad getöteten Familienvaters von der muslimischen Gemeinde versorgt werden - und das ist keineswegs ein vages Versprechen.

Die Hilfe in diesem Falle gehört zum gegenseitigen Beistand der Brüderlichkeit, wie sie im Islam praktiziert wird. Ein gegenseitiger Beistand für die gesamte Menschheit? *Alfred-Louis de Prémare* hat meisterhaft gezeigt, daß die "Charta von Yathrib" (häufig ungeschickt "Verfassung von Medina" genannt) ein "Text ist, von dem wenigstens einige Teile alt sind und gut den ursprünglichen Geist der Bewegung Mohammeds und seiner Gefährten widerspiegeln". In dieser Charta bedeutet das Wort *mumin*, ein Schlüsselbegriff, nicht Muslime, sondern "diejenigen, denen man vertrauen kann."

Prémare hat es deswegen mit "Vertraute" übersetzt. Die Brüderlichkeit hat sich für einen Anhänger Mohammeds also niemals auf die ganze Menschheit bezogen. Heute wie früher gilt sie nur zwischen Mitgliedern der islamischen Gemeinschaft, der *umma*.

Die *umma* umfaßt alle Mitglieder der islamischen Gemeinschaft, selbst wenn die Sunniten die Schiiten ausschließen und umgekehrt, um nur von den beiden größten Richtungen zu sprechen. Die *umma* hat theoretisch immer einen Kalifen an ihrer Spitze. Das Problem des Kalifats verlangte, gerade heutzutage, eine eigene Untersuchung, die aber in diesem Artikel nicht geboten werden kann.

Ein anderer paralleler oder vielmehr ergänzender Begriff betrifft die Aufteilung der Welt in die beiden Zonen *Dar al-islam* und *Dar al-harb*. Im ersten Gebiet herrschen die Religion und die Politik gemäß den Gründertexten des Islam sowie die Scharia, das muslimische Recht in der Form, wie es mehr oder weniger von den verschiedenen muslimischen Rechtsschulen anerkannt ist. Dort herrscht, was der Islam Friede nennt. Um den *Dar al-islam* zu bewahren oder vielmehr auszudehnen, muß die islamische Gemeinschaft zweierlei Arten von Dschihad praktizieren.

Die offensive Art, unter einem Kalifat, ist eine kollektive Aufgabe und bestens strukturiert. Wenn ein Kalif fehlt, übernehmen die *ghasi*, die Glaubenskrieger die Initiative. Die defensive Form greift, wenn der *Dar al-harb*, das Gebiet des Krieges, d.h. der Ungläubigen, ein Gebiet des *Dar al-islam* angreift. Der Herrscher der angegriffenen Region ist dann für die Organisation des Dschihad verantwortlich. Das war der Fall Saladins am Ende des 12. Jahrhunderts, als die Kreuzfahrer kamen, um das heilige Land und die Pilger zu schützen. Und heute?

Beginnen wir mit dem Gestern, d.h. mit der Zeit vor der Wiedererrichtung des mehr oder weniger anerkannten Kalifats, als man den defensiven Dschihad immer radikaler auslegte. Im Zuge des Kampfes und der Siege in der Phase des Antikolonialismus wurde jedweder westlicher Einfluß als Angriff auf *Dar al-islam*, das Gebiet des muslimischen Friedens, betrachtet. Man attackierte die muslimischen Führer als Kollaborateure des Westens, den Schah im Iran oder Anwar as-Sadat in Ägypten.

Rasch ging man vom defensiven zum offensiven Dschihad über, ohne Kalifen, in selbstorganisierten Kleingruppen. Diese haben und hatten nur eine Schranke: den Erfolg, ein Kriterium des Korans. Der Kampf gewann an Heftigkeit. Er nahm sich die Anfänge der arabischen Eroberungen zum Vorbild. Er war indessen immer von der Hoffnung auf ein Kalifat getragen. Der Kalif mußte ein *Ghasi* sein, der imstande war, dem Prophet nachzufolgen, wie der Kalif der Abbasiden in ihren Anfängen. Ist das heute schon oder für die Muslime: endlich erreicht? Als Naji schrieb, nach 2001 und vor 2004, scheint er nicht an eine unmittelbare Wiedererrichtung des Kalifats gedacht zu haben. Jedoch erstrebte er sie.

Am 29. Juni 2014, dem ersten Tag des Ramadan, ist der Emir *Abu Bakr al Baghdadi* zum Kalifen proklamiert worden. Er hat den Namen Ibrahim angenommen. Ist er der erwartete Kalif? Das wäre in einer Untersuchung über das Kalifat zu erörtern. Beschränken wir uns hier darauf,

in die Korantexte über den heiligen Krieg einzutauchen.

Die Texte zum Dschihad sind über den ganzen Koran verstreut, entsprechend der fehlenden Ordnung der Suren, die, abgesehen von den Suren 1 und 97, regelrechte *composita mixta* sind. Manche Suren enthalten indessen hier und da einen wichtigen Vers oder wichtige Verse zum heiligen Krieg; besonders aufschlußreich sind die Suren 8 und 9. Die Sure 9 wird geradezu Dschihad-Sure genannt.

Die im Folgenden zitierten Textstellen stammen wegen der leichteren Verfügbarkeit aus der Reclam-Ausgabe des Korans. Eine gute französische Übersetzung ist die von *Denise Masson*. Wir beschränken uns hier auf die bezeichnenden Stellen, die in verschiedenen Suren oft wiederholt werden, ohne diese Wiederholungen und Abwandlungen des Themas innerhalb eines einzigen Verses wiederzugeben.

Sure 2, Verse 190-191: Dschihad zur Ausdehnung und Verteidigung des Islam: "Und bekämpft in Allahs Pfad, wer euch bekämpft: doch übertretet nicht; siehe, Allah liebt nicht die Übertreter. Und erschlagt sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wannen sie euch vertrieben; denn Verführung ist schlimmer als Totschlag."

Sure 4, Verse 95-96: Dem Dschihadist, der im heiligen Krieg stirbt, wird ein anderer, höherer Himmel versprochen, in der Gegenwart Gottes, und nicht bloß die Freuden der anderen, einfachen Muslime. "Und nicht sind diejenigen Gläubigen, welche (daheim) ohne Bedrängnis sitzen, gleich denen, die in Allahs Weg streiten mit Gut und Blut. Allah hat die, welche mit Gut und Blut streiten, im Rang über die, welche (daheim) sitzen, erhöht. Allen hat Allah das Gute versprochen; aber den Eifernden hat Er vor den (daheim) Sitzenden hohen Lohn verheißen. Rangstufen von Ihm und Vergebung und Barmherzigkeit; denn Allah ist nachsichtig und barmherzig."

Sure 9: Die Dschihad-Sure genannte Sure und wichtigster Beleg für Naji müßte für diese Arbeit im Grunde ganz zitiert werden; halten wir nur folgende Verse fest:

Vers 29: "Kämpfet wider jene von denen, welchen die Schrift gegeben ward, die nicht glauben an Allah und an den Jüngsten Tag und nicht verwehren, was Allah und Sein Gesandter verwehrt haben, und nicht bekennen das Bekenntnis der Wahrheit, bis sie den Tribut aus der Hand gedemütigt entrichten."

Vers 73: "O du Prophet, streite wider die Ungläubigen und Heuchler und verfahre hart mit ihnen. Und ihre Herberge ist Dschahannam, und schlimm ist die Fahrt (dorthin)."

Vers 123: "O ihr, die ihr glaubt, kämpfet wider die Ungläubigen an euern Grenzen, und wahrlich, lasset sie Härte in euch verspüren. Und wisset, daß Allah mit den Gottesfürchtigen ist."

Sure 47, *Vers 35*: "Werdet daher nicht matt und ladet (sie) nicht ein zum Frieden, während ihr die Oberhand habt; denn Allah ist mit euch, und nimmer betrügt er euch um eure Werke."

Wer auch nur diese wenigen Verse des Korans über den Dschihad kennt, ist in der Lage, der 2004 im Internet erschienenen Anleitung zum Kampf von Abu Bakr Naji entgegenzutreten.

Abu Bakr Naji, *Gestion de la barbarie*

Auf Arabisch im Internet seit 2004 abrufbar, ins Englische übersetzt im Jahre 2006 und online verfügbar, erschien diese Abhandlung 2007 in französischer Übersetzung. Sie dient als Grundlage für die folgenden Zitate. Der Verfasser heißt wahrscheinlich nicht Abu Bakr Naji: Man vermutet, daß mehrere bekannte dschihadistische Theoretiker diesen Namen übernommen haben und daß nicht einer Verfasser war, sondern mehrere Verfasser wirkten. Wie dem auch sei, es ist ein sehr gut ausgearbeitetes, gut durchdachtes und dokumentiertes, wenn auch viele Wiederholungen enthaltendes, in klarer Sprache verfaßtes Werk.

Es ist ein Manifest mit einer echten Beweisführung und gleichzeitig ein Handbuch für das religiöse, ja mystische Leben sowie für die Politik, in dem auch die praktische Erfahrung der Dschihadisten und eine enthusiastische Begeisterung zum Ausdruck kommen. Man kennt den Verfasser zwar nicht, aber man findet in seinem Buch lange Zitate von mehr oder weniger

bekannten Autoren, die den Islamisten bekannt sein müssen und die von ihnen als unumgängliche Autoritäten und Beweisstücke betrachtet werden. Einige kurze Zitate aus deren Werken helfen mehr als lange Erörterungen, die Zielrichtung der Schrift von Naji kennenzulernen:

"Die beste Arznei für die, die viel gesündigt haben, ist der Dschihad" (Scheich al-Islam Ibn Tamiyya, 1263-1318). "Wahrhaftig: der Koran offenbart seine Geheimnisse nur jenen, die sich in den Kampf stürzen mit dem heiligen Buch an ihrer Seite und die in einer Umwelt leben, die jener gleicht, als es gesandt wurde" (Saynid Qutub, 1901-1966).

"Wenn der Terror allgegenwärtig ist, dann unterwerfen sich die Seelen ihrem Schöpfer. ... Das Leben im Kampf ist das Leben, in dem der Gläubige das beste aus sich herausholt" (Scheich Muhammad al-Amin al-Misri, 1914-1977).

"Den Gesetzen des Krieges und den Interessen des Islam und seines Volkes folgen und all dem, was zur Scharia und zu den Lehren des Lebens von Allahs Boten und seiner Kämpfe gehört, ist zweckmäßiger als sich auf die Meinungen der Menschen zu verlassen" (Ibn al-Qayyin, 1292-1350).

"Die missionarischen Aktivitäten führen zum Irrtum und zerfallen in Stücke, wenn sie nicht aus dem Blut genährt und auf den Schädeln und den Kadavern gegründet sind" (Scheich Abd Allah Azzam 1941-1989).

"Die wahren Führer müssen den Preis bezahlen, die Qualen verkraften, die Wunden ertragen, Opfer bringen, Vater, Brüder und Verwandte verlieren, bis sie wirklich die Größe der Sache, die sie verteidigen, erkennen, die Wahrheit des Glaubens, den sie angenommen haben, und die Ideen, für welche sie sich opfern.

Ohne das gibt es niemals eine tragfähige Grundlage für den Islam" Warum verwendet Naji den Begriff der Barbarei, der Grausamkeit ("savagery" in der englischen Übersetzung)? Er spricht auch von der "Macht der Erniedrigung und Erschöpfung" oder den "Akten der Erniedrigung und beständigen Beunruhigung ... durch den Dschihad." Das ist "eine in den Versen des Korans beschriebene Etappe ... Sie töten und werden getötet" (Anklang an die Sure 9, Vers 111).

Naji erinnert an die historischen Vorläufer dieser Barbarei:

zuerst an Yathrib, ohne allzu sehr dabei zu verweilen, denn er fühlt sich vielleicht unwohl angesichts des rein kriegerischen Charakters der "Charta von Yathrib" und auch angesichts der positiven Rolle, die darin die Juden spielen, die auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die Soldaten Mohammeds, weil sie wie diese "Vertraute" waren. Dann spricht er von den Kreuzfahrern, die, sagt er, durch kleine dislozierte Kriegerscharen besiegt worden waren.

Ohne die chronologische Reihenfolge zu beachten, kommt er dann auf eine gut bekannte und gut dokumentierte Erscheinung des 9. Jahrhunderts zu sprechen, die Niederlassung arabischer Krieger bei La Garde Freinet bei Fréjus in der Provence. Für Naji waren die Razzien damals nichts anderes als das gerechtfertigte Eintreiben der *jizya*, der Steuer; die muslimischen Regierungen nahmen und nehmen sich das Recht, sie von den *dhimmis*, den Juden und Christen, zu erheben.

Schließlich gab es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die vorübergehenden sunnitischen Bewegungen im Raume von Indien, Pakistan, Kaschmir und Afghanistan, eine Quelle der Inspiration und eine erste Verwirklichung der Formen des Dschihad, die man in den dschihadistischen Bewegungen dieser Länder im 20. und 21. Jahrhundert feststellt. Allein deren Feind ist ein anderer, einst England, dann die Sowjetunion, dann Rußland, jetzt die Vereinigten Staaten.

Warum hat sich die Idee einer notwendigen Phase der Barbarei in den Köpfen der Führungsgruppen des Dschihad, dem Oberkommando, von dem Naji so oft spricht, festgesetzt? Nach dem Scheitern des Anschlags vom 11. September 2001, von dem die Dschihadisten erhofft hatten, daß ein solcher Schlag die große Feindin Amerika völlig destabilisieren würde,

schwenkten die Dschihadisten um und entwickelten neue Strategien:

Einen Zustand der Barbarei zu schaffen und die Mittel, sie in ihrem Sinne zu "verwalten". Bezüglich des 11. Septembers hatten sie sich geirrt. Warum sollten sie nicht dabei sein, sich wiederum zu irren? Übertreibt Naji in seinem Werk nicht oft die Schwäche seiner Feinde?

Für die neue Taktik ist die von den Dschihadisten ausgeübte Gewalt das Schlüsselwort. "Der Dschihad ... ist nichts anderes als Gewalt, Grausamkeit, Terrorismus, Schreckensherrschaft und Massaker". Im 7. Jahrhundert haben Abu Bakr und Ali Tabib "Menschen lebendig verbrannt"; nach Naji und den *hadiths* haben sie die Situation gut verstanden und richtig gehandelt.

Der theologische Krieg

Auf die Gewalttaten, Grausamkeiten oder Terrorakte brauchen wir hier nicht weiter einzugehen; sie sind Leitmotiv in diesem Buch. Allzu sehr und allzu oft sehen wir, wie sie tagaus tag- ein in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Wichtiger ist es, den tieferen Ursachen dieser Akte nachzugehen, insbesondere den Beweggründen für jene, die in den Dschihad ziehen. Najis Beweisführung kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

"Zuerst müssen die Muslime den Versuchungen und dem Bösen der Ungläubigen entzogen werden", die sich "mit der Welt und ihrer Lust begnügen", Versuchungen des Alkohols und des Fernsehens zum Beispiel. Ein Missionar hat gesagt, so berichtet Naji: "Es genügt, daß eine einzige Tänzerin am Fernsehen auftritt und schon ist alles, was ich in einem Jahr aufgebaut habe, zerstört. ... Deswegen befiehlt uns die Scharia, diese Zerstörungen und Ablenkungen zu zerstören".

Denn "nur nach langen Prüfungen kommt Allahs Hilfe". Missionstätigkeit also? Ja, aber allein durch die wahren Missionare; "die Führerschaft muß aus den langen Kämpfen und tiefen Wunden hervorgehen, sonst ist alles verloren". Für einen solchen theologischen Krieg braucht man ein ganz besonderes Hilfsmittel, die Scharia.

Die Scharia

"Unter den Namen, die wir zur Bezeichnung der Scharia haben, ist auch der des Weges Gottes", von dem der Koran spricht. "Kein Zweifel, der Koran führt uns auf den engsten Weg (Sure 17, Vers 9)". "Es gibt keine Verdorbenheit in Allahs Scharia".

Die Scharia macht alle islamischen Bewegungen zu einer "Wesenheit, die sich unter dem Segen der Tat zur Unterstützung der Religion, unter dem Segen, der aus der Beachtung der Scharia fließt, und in Reinheit, Standhaftigkeit und Erhabenheit Stufe für Stufe auf Allah hin bewegt". Derselbe erstaunliche Optimismus gilt für die Regionen, die von Stämmen regiert werden. Naji versichert: "Man kann mit ihren Führern in Kontakt treten, indem man ihnen Geld oder ähnliches anbietet.

Dann, nach einer gewissen Zeit, wenn sich ihre Leute mit den unsrigen vermengt haben und ihre Herz dem Glauben offen stehen, werden ihre Führer sehen, daß ihre Leute nichts anderes mehr akzeptieren als das, was mit der Scharia übereinstimmt. Die Stammessolidarität bleibt natürlich bestehen, aber sie wird zu einer Solidarität der Gläubigen, die ganz anders ist als die sündhafte Solidarität, die die ihre gewesen ist".

Diese Methode, ungeschminkt dargestellt, um die Stammesführer zu gewinnen, ist kein Ausrutscher oder eine Ausnahme bei Naji: "Man muß die Gläubigen dazu bringen, ihr Geld auszugeben, um auf dem Weg Allahs zu gehen, und die Gesetze der Scharia betonen, die als Quelle des Kapitals das Almosen, das Beutemachen etc." bezeichnet. "Eine der wichtigsten Methoden, die Leute zu polarisieren und sie den Reihen des gläubigen Volkes zuzuführen (ist) die Polarisierung durch das Geld ...

Wir geben ihnen etwas Weltliches, um sie dazu zu bewegen, unsere Herrschaft anzuerkennen". Gerade um die Barbarei zu verwalten, "muß man die Herzen der Leute durch Geld vereinigen und die ganze Welt durch die Scharia". Naji geht noch weiter: "Die Politik der Scharia

kennt und nutzt den Kapitalismus als eine Art Bindeglied zwischen denen, die sich um das Geld scharen; er ist für manche Gläubige eine Art untergeordneter oder sekundärer Beweggrund". Im übrigen gilt: wenn das Geld fehlt, "wird Allah dank seiner Schätze im Himmel dafür sorgen".

Die Scharia verwirft nicht das Geld, verdammt aber den Wucher. Naji zitiert dazu die Sure 2, Vers 130: "Treibt keinen Wucher in doppelter Verdoppelung". Der Wucher bleibt ein solcher Greuel, daß in seinem Falle "die Gelehrten der *umma* den Gebrauch des Schwertes billigen". Im übrigen "werden sich die Leute bei ihren Geschäften der Scharia unterwerfen, wenn sie dazu durch freundlichen Druck der Prediger in den Moscheen aufgefordert werden". Daß der Druck immer freundlich ist, kann man bezweifeln. Naji erwähnt indessen in der "Verwaltung der Barbarei" nur selten wie hier die Rolle der Prediger.

Das ist um so erstaunlicher, als von den Theoretikern des Dschihads fast alle mehr oder weniger Prediger sind. Manche ihrer Predigten sind bekannt. Aber vielleicht ist es vorteilhafter, die politische Rolle der Moscheen zu übergehen.

Scharia und Krieg

Ist die Scharia im und für den Krieg nützlich? Ja, auf verschiedene Weise: muß man zum Beispiel ein Geheimnis wahren oder nicht? "Die Scharia legt darauf großen Wert in Bezug auf alles Militärische". Muß man die Bücher des Feindes über die Strategie zur Kenntnis nehmen und beurteilen? Nur wenn sie "mit den Zielen der Scharia übereinstimmen". Muß man rechtfertigen, was als "eine der Prioritäten" der Dschihadisten gilt? Ja, denn der Dschihadist betrachtet "rational ... seine Handlungen im Licht der Scharia und beweist, daß sie zum Segen für diese und für die zukünftige Welt da sind".

Wer hat Recht: die Dschihadisten oder die Muslime, die keinen systematischen Dschihad wollen? Dazu heißt es: "niemand kann einen Satz der Scharia anführen, ... der das dschihadistische Ideal entkräften könnte. Wir sagen nämlich nicht, daß das eine Lösung unter anderen ist, sondern im Gegenteil die Forderung der Scharia".

Die Muslime können deshalb ohne Sorge dem Dschihad beitreten, denn "das Gleichgewicht der Kräfte ändert sich mit der Erlaubnis Allahs in einem Maße, das der menschliche Geist sich nicht einmal vorstellen kann. Die feindlichen Truppen werden vor uns fliehen und keiner ihrer Soldaten wird sich uns entgegenstellen wollen.

Wir werden sehen ..., daß die besten unter ihnen sich uns anschließen wollen, ... wenn wir die Schlüssel finden, ihre Herz zu öffnen und ihren Geist, indem wir das zur Anwendung bringen, was uns Allah gelehrt hat". Wenn der Krieg zu Ende ist, "dann wird das Volk der Gläubigen sanft sein und wir werden den Leuten sagen: Geht, ihr seid frei!" Das utopische Ende klingt wie ein Echo auf die Marseillaise: "Geliebte Freiheit ... die sterbenden Feinde sehen deinen Triumph und unseren Ruhm" oder wie der Refrain der Internationalen:

"Das ist der Endkampf, vereinigen wir uns und morgen wird die Internationale das ganze Menschengeschlecht umfassen". Dann werden "die Opfer und Schrecken, denen die Dschihadisten begegneten, Frucht tragen für die Generationen, die dem Islam in den zukünftigen Zeiten beitreten werden ... Allah hat erlaubt, daß diese Schreckenstaten geschehen, damit unsere Feinde so viele Verbrechen begehen, daß sie unbedingt eine hundertfache Vergeltung verdienen, die Allah ihnen bereiten wird". Diese Vergeltung nimmt alle möglichen Formen des Krieges an: Religionskriege, Konfessionskriege, totale Kriege und Guerillakriege.

Religionskrieg und Konfessionskrieg

Der Religionskrieg, im Prinzip und nach seinem Zweck gesehen, ein theologischer Krieg, "schwingt sein Schwert gegen die Juden und Christen sowie die nicht-arabischen Polytheisten, bis sie sich zum Islam bekehren oder versklavt werden oder bis sie von den Arabern beherrscht werden". Der Satz ist nicht widerspruchsfrei, denn die arabischen Polytheisten, d.h. jene die an den dreieinigen Gott glauben, also die christlichen Araber, müßten eigentlich in

Frieden gelassen werden. Sie waren es nicht im Jahre 2004 und sind es noch weniger im Jahre 2015.

Und wer sind die Araber, die herrschen sollen? Hier liegt ein Echo des Korans vor, dessen Eigenheit es ist, in arabischer Sprache und für Araber geschrieben zu sein. Aber das steht im Widerspruch zu der Existenz von nicht-arabischen dschihadistischen Bewegungen, die über die ganze Welt verstreut sind. Indessen ist und bleibt die religiöse Sprache allein das Arabische unter Ausschluß jeder anderen Volkssprache. heißt das, daß die Anführer der Bewegung alle Araber sein müssen? Das ist durchaus denkbar, denn der Kalif Baghdadi beansprucht laut und deutlich, ein direkter Nachkomme eines Gefährten des Propheten zu sein.

Der Religionskrieg wird um einen *Konfessionskrieg* erweitert, der schwieriger als theologischer Krieg zu deuten ist. Deswegen spricht Naji wenig und möglichst indirekt von dem Gegensatz namentlich zwischen Sunniten und Schiiten. Aber er erinnert daran, daß "Allah mit Abu Bakr, dem Freund und ersten Nachfolger des Propheten zufrieden war, als er die Gefährten aufgerufen hatte, die Abtrünnigen abzuschlachten und zu besiegen, bevor sie an Macht gewannen und kampfbereit waren".

Nun aber sind für die Sunniten die Schiiten die Abtrünnigen und umgekehrt. Naji vermeidet es, sich mit den einzelnen Gruppen anzulegen, bleibt im Unbestimmten und erklärt, daß es in der *sunna* Leute gibt, die seiner Meinung nach Abtrünnige sind. Wenn ein "al-hakim, ... der dafür gesorgt hat, daß die Verfassung des Jemen angenommen wurde, dazu verurteilt worden wäre, niedergemetzelt zu werden, hätte ihm niemand eine Träne nachgeweint". Jetzt ist es zu spät, sagt er, jetzt ist er gefährlich geworden. "Wir bekämpfen einen Glaubensabfall, der vorgibt, der Islam zu sein".

Deswegen greift Naji auch die Muslimbrüder an und die islamische Gruppe Ägyptens: "sie haben vier Fünftel ihrer Kräfte zu Gunsten dessen, was man 'den missionarischen Flügel' nennt, vergeudet ... und haben Positionen bezogen, die mit der Scharia nicht im Einklang stehen"; desgleichen attackiert er Saudi-Arabien.

Er klagt die "unheilstiftenden Scheiche" an, sie hätten die muslimische Welt mit "satanischen Strukturen durchtränkt ... (daher sei) das Böse in seiner ganzen Ausdehnung eingebrochen und ... die islamische Hoffnung gleichsam auf Null geschrumpft". Sie sprächen "in dehnbaren Sätzen", um ihre "Unkenntnis und Feigheit zu verdecken".

Naji prangert auch den Typ des Anführers an, der "fälschlich die *umma* nutzt ... Er läßt sich keinen Augenblick außerhalb seiner klimatisierten Moschee oder außerhalb seines Büros und ohne Ventilatoren blicken".

Trotz der Sprache der Gewalt, die Naji benutzt, um den Kampf gegen die Abtrünnigen zu beschreiben, gleichgültig, ob Taktik oder Überzeugung, betont er, "daß die in den Sekten und im großen Publikum zu schonen seien, die auf den Dschihad hoffen und uns loyal ergeben sind ... Wenn die Verweigerung, Irrtümer anzuerkennen, mehr Verwirrung stiftet als Vorteile schafft, dann muß man eine Entscheidung treffen.

Aber den Irrtümern darf man keine Verbreitung erlauben ... (Man muß statt dessen) eine Medienpolitik und religiöse Propaganda betreiben, die die *umma*, die ganze *umma*, effektiv erreicht, ohne sich in den Komplikationen des Augenblicks, in dem wir unseren schrecklichen Kampf kämpfen, zu verlieren".

Es wird allerdings nicht gesagt, was aus dem Konfessionskrieg wird, wenn einmal der "schreckliche Kampf" vorüber ist. Ein einfacher Blick zurück in die Geschichte des Islam erlaubt es, ohne große Risiken des Irrtums, zu behaupten, daß der Kampf bis aufs Messer zwischen Sunniten und Schiiten, wenn er überhaupt jemals beigelegt werden kann, dann wieder ausbrechen würde.

Totaler Krieg und Guerillakrieg

Totaler Krieg

"Krieg ist Krieg und die Massen müssen sich daran gewöhnen". "Wir werden sehen, daß Millionen von Menschen ganze Regionen verlassen, um aus den Zonen des Kampfes gegen die abtrünnigen Regierungen, die Kreuzfahrer und die Zionisten zu fliehen, wie in Afghanistan und in Tschetschenien". Im Jahre 2004 konnte sich diese Aussage auf das stützen, was in diesen beiden Regionen geschehen war, aber es mußte utopisch scheinen für andere Regionen. 2015 wissen wir, daß es leider keine Utopie gewesen war. Das will nicht heißen, daß verschiedene und besser gezielte Interventionen den Vormarsch der Dschihadisten nicht hätten aufhalten können.

Warum und wie können die Dschihadisten, die überall verstreuten Kleingruppen, behaupten, daß sie einen planetarischen Krieg führen? Warum? "Wir sind eine *umma* und kennen keine Grenzen". Wie? Durch Selektion, Direktiven und Regeln der Kriegsführung. Welche?

Die Antwort auf diese Frage wird nicht nur in der "Verwaltung der Barbarei" gegeben, sondern auch in einem anderen Werk, das übers Internet verbreitet wird, wahrscheinlich auch seit 2004, vielleicht aber erst seit 2005, *L'appel à la résistance islamique globale*, ein Riesenwerk und eine wahre Enzyklopädie des Dschihad, verfaßt von *Setmariam Nasar*, bekannter unter dem Pseudonym *Abu Musal al-Suri*, geboren 1958 in Syrien und öfters als einer der gefährlichsten Terroristen angesehen.

Die beiden Schriften haben die gleiche Tendenz, könnten teilweise vom gleichen Autor stammen. Al-Suri gehört zu der zweiten Generation des Dschihad, der Generation nach dem 11. September 2001. Er kennt sehr gut die taktisch-strategischen Werke der Amerikaner und übernimmt sie, wenn sie ihm nützlich erscheinen, Neuheiten wie der Krieg der vierten oder vielleicht fünften Generation.

Naji entwirft Strategie und Taktik in Form von leicht den Dschihadisten zu vermittelnden Regeln: "Eines der besten Mittel, einen militärisch überlegenen Gegner zu besiegen, besteht darin, ihn militärisch und wirtschaftlich auszutrocknen". Und die Folgerung daraus lautet: "Die wirtschaftlichen Ziele des Feindes anzugreifen ist eine wirtschaftlich und politisch vollwertige Strategie". Ein wichtigerer Grundsatz wird lang und breit kommentiert: "Wenn die regulären Heere sich auf einen Ort konzentrieren, verlieren sie die Kontrolle (über den Rest).

Und wenn sie sich verteilen, verlieren sie ihre Schlagkraft". Man muß deswegen "die Elitetruppen des Feindes zwingen, sich an den Plätzen hoher wirtschaftlicher Potenz zu verbarrikadieren, um diese zu schützen". Weiterer Grundsatz: "Schlagt die Operationsbasen des Feindes mit aller Kraft, mehrmals und mit der höchsten Gewalt, deren ihr fähig seid".

Guerillakrieg

Nach dem Scheitern des 11. September verzichteten die Dschihadisten auf Operationen ähnlichen Ausmaßes, auf die sogenannten "quantitativen Operationen", und zogen ihnen die "qualitativen Operationen" vor, die gehaltvoll und medienträchtig sind. Trotzdem gilt: "Nach den Schlachten und Operationen geringeren Umfangs müssen wir unbedingt unsere Botschaft der ganzen Menschheit verkünden und sie darum bitten, eine Pause einzulegen, um das Ausmaß des Konfliktes zu verstehen.

Wenn wir das tun, können wir sicher sein, daß wir das Feuer des Kampfes schüren und zugleich unsere Botschaft verkünden". Vornehmliche Guerilla-Aktionen sind die Angriffe auf Banken, die Verwendung "von Explosionsstoffen in einer Menge, die nicht nur die Gebäude dem Erdboden gleich macht, sondern sie ganz vom Erdboden verschlingen läßt", die Geiselnahme: "Wenn sich zum Beispiel in einem Erdölförderland ... die Entführung eines Kreuzfahrers als schwierig erweist, kann man mit einem christlichen Araber vorlieb nehmen, der im Erdölbereich arbeitet. Man kann auch einen westlichen Journalisten als Geisel nehmen oder jede Person, die leicht zu entführen ist ...

Hauptsache ist, daß diese Aktion uns in der Medienszene nützt". "Ohne sich anfangs um die beschränkte Anzahl von Operationen zu kümmern, müssen wir in alle Richtungen hin arbei-

ten". Alles ist also erlaubt, wenn es nur der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden kann; so "muß ein entdeckter Spion so behandelt werden, daß andere abgeschreckt werden, ihn nachzuahmen ...

Man braucht auch keine Bedenken zu haben, falsche Gerüchte auszustreuen, indem man zu verstehen gibt, ein Spion hätte sich in unsere Reihen eingeschlichen ... Selbst wenn die Gerüchte unbegründet und aus der Luft gegriffen sind, verbreiten sie Zweifel und Verwirrung". hier glaubt man *Voltaire* zu hören:

"Lügt und nochmals lügt, es bleibt immer etwas davon haften". Alles, was im Guerillakrieg gemacht wird, muß öfters wiederholt werden, am besten eskalierend. Die Eskalation muß darauf abzielen, "eine lebendige und eine für die Weltöffentlichkeit, für die Massen und für die einfachen Soldaten des Feindes einsichtsvolle Botschaft zu vermitteln, und so bestätigen, daß die Macht der Dschihadisten auf dem Vormarsch ist". Alle diese Aktionen verlangen abgehärtete und in Guerillataktik ausgebildete Männer. Was macht den guten Dschihad-Kämpfer aus, den guten *mujahid*, der alles für den Krieg aufgegeben hat?

Die Dschihad-Kämpfer

Wie bringt man junge Männer dazu, sich freiwillig und tollkühn in solche Kämpfe, in eine Welt voller Schrecknisse und Grausamkeiten zu stürzen? Es ist unmöglich, vor ihnen zu verbergen, was sie erwartet, denn es ist nur allzu bekannt. Es ist ebenso unmöglich, sie nicht den Zweck des Dschihads zu lehren.

"Wenn wir im Dschihad nicht grausam sind, wenn sich unser die Sanftmut bemächtigt, dann ist das ein Faktor, der unsere Kraft unterminiert, die eine Säule der *umma* der Botschaft Mohammeds ist". Man hat den jungen Leuten auch beizubringen, daß, wenn die Dschihadisten zerstören, "dies für die Wahrheit, Gerechtigkeit, für den Sieg der Religion Allahs ist. Und damit Allahs Vergeltung nicht die *umma* treffe".

"Wir kämpfen", sagt Naji, "um die Feinde der *umma* und ihre Agenten zu beseitigen, die den Glauben in den muslimischen Ländern zerstört, ihren Reichtum geraubt und uns in den Zustand der Knechtschaft gestoßen haben". Hier könnte man eine gleichsam mystische Verherrlichung der Selbstmord-Attentate erwarten. Erstaunlicherweise tauchen sie in Najis Werk nie auf. Dagegen ist der Begriff des "Missionssoldaten" besonders betont.

"Es ist ein sehr überzeugender Beweggrund, für einen Menschen sich dafür zu entscheiden, in den Reihen der Glaubensgenossen zu kämpfen und aufrichtig zu sterben", denn "das Praktizieren des Dschihads ... ist einer der höchst segensreichen Akte der Verehrung durch die Diener Allahs, wenn nicht der segensreichste".

Das würde vielleicht nicht genügen, um junge Leute in großer Zahl anzulocken; darum stößt Naji in das Horn aller Aufruher zum Terror: Es geht um das glorreiche Ende. "Verkündet denen, die sich dem Dschihad anschließen, daß der Große Tag angebrochen ist". Ein fernes Echo der Marseillaise: *Le jour de gloire est arrivé*.

Nach der Rekrutierung werden die Dschihadisten ausgebildet:

"Die wirkliche Rolle der Gewalt und der Grausamkeit muß den jungen Leuten, die sich engagieren wollen, gezeigt werden. Sie sind anders als die Araber der Zeit, als der Prophet seine Mission begonnen hatte. Die Araber dieser vergangenen Zeiten waren Krieger und kannten die Realitäten des Krieges". In der Tat, und sie legten ihrem Vorgehen keine Zügel an. Der junge Dschihadist soll lernen, "daß er niemals gefangen genommen werden darf. Er muß bis zum Tode kämpfen, um der Gefangennahme zu entgehen, und den Kampf in ein Gemetzel unter denen verwandeln, die ihn gefangen nehmen wollen".

Aber nicht alle handeln nach dieser Regel, denn zahlreich sind die nach einer Verhaftung Eingekerkerten. Der Dschihadist muß auch "die Einzelheiten der Gesetze kennen, die es erlauben, die Herzen mit Hilfe von Geldzahlungen zu einen". Vor allem aber soll er "Allahs Boten und seine Gefährten nachahmen, die wahren Vorbilder für die *umma* und sein Volk".

Diese Gefährten waren "die beispielgebenden Vorbilder für Geduld, Stärke, Selbstverleugnung, Mut und Demut, zugleich erfüllt von Kraft, Macht und Gerechtigkeit". Wie viel Tugend! Naji geht des längeren auf das arabische Wort ein, das mit Geduld übersetzt wird, das aber auch Aushalten, Ausdauer bedeutet, eine der besonders notwendigen Tugenden.

Ein Kapitel trägt gar die Überschrift: "*La bataille de l'endurance*". Aber die Umsetzung gelingt nicht immer, so bei jenem Dschihadisten, der in einem Hinterhalt überrascht wird und nicht gehorcht und die Papiere, die er hätte zerstören sollen, bei sich behalten hat. Er "sprach den Namen Allahs aus und einige fromme Formeln, und alles ging gut ... (Trotzdem) kann sein sündhaftes Vergehen (und das der anderen) bei einem nächsten Mal die frommen Formeln wirkungslos machen".

Es gibt noch Schlimmeres. "In den Kampfgruppen kann Apostasie entstehen ... Dagegen gibt es nur ein wirksames und machtvolles Mittel: das Rezitieren des Buches (des Korans) und der *sunna*". Und wenn es nicht wirkt? "Die Dummen - um mit denen zu beginnen, die nicht auf Vordermann zu bringen sind - müssen aus unseren Reihen ausgeschlossen werden". Naji schreibt nicht genauer, wie das geschehen soll.

Die Erziehung zum Dschihad-Kämpfer folgt den in den heiligen Texten des Islam niedergelegten Methoden. Sie umfaßt die Definitionen der von den Dschihadisten gebrauchten Begriffe, denn es gibt zur Zeit eine "Krise der Wörter", weil "die großartigen Ausdrücke Allahs und seines Boten verdorben worden sind". Man hat sie benutzt, "um das Volk davon abzuhalten, sich dem Dschihad zu verschreiben".

"Nehmen wir das Wort Unglaube: Ist es nicht eine Schande, daß Gruppen von Jugendlichen, die jahrelang erzogen worden sind, seinen wahren Sinn nicht kennen?" Erzogen zu werden bedeutet, in den Moscheen der Scheiche und Imame, die Naji als verdorben betrachtet, unterrichtet zu werden.

Der Unterricht umfaßt "die Erziehung durch Geschichten" und die "Erziehung durch Sprüche", Geschichten und Sprüche, "die Allahs Bote seinen Gefährten erzählt hat". Sie finden sich in Überfülle im Koran und in den Hadithen, ohne die Geschichten von Allahs Wundern zu Gunsten seiner Krieger zu zählen.

"Allah ist der Einzige, er, in dessen Händen das Schicksal seiner Knechte liegt ... Wenn er will, kann er den Feind blenden, seinen Arm lähmen, die Kugel zurücklenken ... Unter den zahlreichen Zeugnissen anderer Wunder gibt es das der Riesenspinnen, die die amerikanischen Truppen und ihre Alliierten im Irak angegriffen haben". Selbst in Zeitungen der Ungläubigen soll die Rede davon gewesen sein, "von einer Art Geistern, die auf Seiten der Gläubigen gekämpft hätten, ohne daß die hochspezialisierte Technologie des Feindes ihrer Herr werden konnte".

Vorrangig bleibt indessen "die Erziehung durch Erlebnis". "Die Schreckensereignisse, die den Geist der Leute fesseln und die die Dschihadisten ertragen müssen, und die beispielhafte Festigkeit derer, die das alles bestehen müssen, bewirken, daß in den Herzen der Leute diese Ereignisse besser haften bleiben, als es in hunderten von Jahren ein friedfertiger Unterricht bewirken könnte".

"Die größte pädagogische Provinz ist das Schlachtfeld". Naji preist und lobt die dschihadistische Bewegung wegen dieser Ausbildung, die direkt mit dem Dschihad verbunden ist und "die alle Seiten der Menschenseele betreffen: die siegewillige, die besiegte, die starke, die triumphierende und die schwärmerische.

Der Dschihad verwandelt vollkommen die Persönlichkeit". Diese neu geschaffenen Menschen stehen uns nun als Soldaten vor Augen mit ihrem entsprechenden Verhaltenskodex, als Führer der Bewegung, denn "die politische Leitung, jedenfalls ihr größerer Teil, muß von Kriegern gebildet werden, die unter denen ausgewählt sind, die den politischen Führern beistehen. Diese müssen das Interesse der politischen Dimension erfassen, denn der Kampf ist ihr Kampf,

bevor er der Kampf der anderen ist". Sie kennen keine Schranken.

Zusammenfassung: Hoffnung auf das Kalifat, Kampf gegen welche Feinde?

Nach der Lektüre dieses Buches ist der Leser bestens über die Barbarei orientiert, bleibt aber im Ungewissen bezüglich ihrer Verwaltung (*gestion*). Wie die Barbarei herbeigeführt wird, erfährt er, aber was geschieht, wenn sie sich festgesetzt hat? Natürlich ist es einfacher niederzureißen als aufzubauen. Die Geschichte des Islam zeigt es in aller Klarheit, denn nach den arabischen Eroberungen hat er überall die vorhandenen staatlichen Strukturen, ja große Teile der vorgefundenen Kultur übernommen.

Wie sieht es diesbezüglich im Islamischen Staat aus? Wie steht es in der gegenwärtigen Phase mit der Hoffnung auf ein Kalifat? Ist der Kalif Baghdadi der Kalif der ganzen *umma* oder nicht, hat er wenigstens die Hoffnung es zu werden? Haben die Ereignisse Najis Hoffnungen und die vieler anderer nicht schon vor der Zeit erfüllt? Liegen Baghdadis Chancen allein in seiner Person oder ist alles inzwischen reif geworden für ein Kalifat nach Art des Kalifats der ersten Kalifen, der *Rashidun*, der Gefährten Mohammeds? Alle diese Fragen gehen weit über diesen Aufsatz hinaus.

Als sicher festzuhalten ist, daß *Gestion de la barbarie* von Abu Bakr Naji ein kohärentes Bild der Welt und der Glaubensvorstellungen der muslimischen Krieger entwirft, die 2015 mehr noch als 2004, beim Erscheinen des Buches, manche Regionen in die Barbarei geführt haben, begleitet von terroristischen Akten aller Art und fast überall in der Welt oder beinahe. Aber diesem kohärenten Bild fehlt die feste Grundlage. Es fehlt eine gründliche Quellenkritik, die zugleich historisch und exegetisch sein müßte, nicht in dem Sinne exegetisch, wie sie die Hadithen für den Koran praktizieren, sondern im Sinne der Bibelexegese.

Zwei Fragen verlangen nach einer theologisch fundierten Antwort ohne jedes a priori. Wer ist der wahre Gott, Allah der christlichen Araber oder Allah der muslimischen Araber? Hat Gott gezeigt, daß er auf Seiten der Muslime steht, indem er ihnen zu wahrhaft wunderbaren Siegen über ihre Feinde verholfen hat? Anders gesagt: ist Gott der dreieinige Gott der Christen oder der Gott des muslimischen Glaubens, wie die *Shahada* betont:

"Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet". Was die historischen Eroberungen der Araber betrifft, was war an den schnellen Eroberungen des 7. Jahrhunderts auf Kosten allseits geschwächter Mächte so wunderbar? Eine historische Untersuchung der relativ gut bekannten Ereignisse würde hier weiter helfen. Jedenfalls würde die apologetische Deutung der Anfänge der arabischen Eroberungen in sich zusammenfallen.

Es ist politisch nicht korrekt, die Siege der Christen über die Muslime zu erwähnen, doch sei hier an die Schlacht bei Poitiers 732 oder die Schlacht bei Lepanto 1571 erinnert.

In der französischen Ausgabe des Buches steht ein ausgezeichnetes, kurzes Vorwort des Historikers *Jacques Heers*, in dem das Problem der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Islam in der Neuzeit und der Zeitgeschichte aufgerollt wird. Über die kommenden Eroberungen des Islam wird die Zukunft entscheiden. Sicher erscheint, daß es ohne die wahrscheinliche Aussicht auf einen Sieg und ohne die andauernd wiederholte Behauptung einer angeblichen Unterstützung Gottes in einem so gefährlichen Unternehmen unmöglich wäre, zahllose junge Leute zu begeistern und in das Gemetzel zu schicken.

Lassen wir einmal Najis Ansichten über die innerislamischen Auseinandersetzungen beiseite und betonen nochmals, was er über die nicht-islamische Welt sagt. Seine Anschauungen sind durchaus in vielerlei Hinsicht zutreffend: moralische Dekadenz, Verweichlichung, Lustgewinn, Herrschaft der Medien etc. etc. Dagegen kennt er schlecht oder gar nicht die lebendigen Kräfte der westlichen Kultur. Es gibt sie noch, selbst wenn man sie suchen muß und oft geistig und geistlich darum kämpfen muß, daß sie sich zeigen.

In der Kirche zum Beispiel müßten die verbürgerlichten Kleriker und ein Teil der Christen, die ihnen folgen, ihnen ähneln oder ihnen gar den Weg zeigen, aufgerüttelt werden durch eine

lehramtliche Unterweisung, durch einen wahrhaft missionarischen Geist und ganz einfach und konkret durch Predigten und Ansprachen wie jene des seligen Kardinal Newman. Dann siegt das, was er für die Gläubigen als wesentlich bezeichnet hat: Ernst und Eifer.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtete im November/Dezember 2015 (x853/...): >>"Als Mann und Frau schuf er sie: Die Herausforderung der Gender-Ideologie"

Während der Familiensynode in Rom (Oktober 2015) sprach Kardinal Sarah bildhaft von zwei apokalyptischen Bestien, welche heute die Kirche bedrohen: die Gender-Ideologie und die Christenverfolger der ISIS. Die erste Sommerakademie des Linzer Priesterkreises, die von Dr. Helmut Prader (als Nachfolger von Dr. Franz Breid) im Sommer 2014 geleitet wurde, befaßt sich mit der Gender-Ideologie.

Das Vorwort des Herausgebers gibt einen kurzen Überblick über die Referate (S. 7-10). Am Beginn der Vorträge steht der Beitrag von Michael Ernst über "Mann und Frau in der biblischen Schöpfungsordnung" (S. 11-36). Die Verfasser beschreibt zunächst die äußere Ordnung des Verhältnisses von Mann und Frau im Alten Testament, die Liebe zwischen den Geschlechtern und die Störungen der Liebesbeziehung.

Die Darlegungen zum Neuen Testament befassen sich mit Jesu Stellung zur Ehe und mit der Haltung des hl. Paulus. Kritische Rückfragen weckt die Behauptung, wonach als Begründung für die eheliche Unterordnung der Frau bei Paulus "nicht eine unabänderliche Naturordnung oder ein ewiger göttlicher Wille erscheint" (S. 30, Anm. 34).

Dies trifft auf die knappen Aussagen des Kolosserbriefes zu, nicht aber auf den vom Autor gleich danach erwähnten Epheserbrief (5, 21-33), der die Aufgabe des Ehemannes als "Haupt" in der Familie mit dem Hinweis auf die Schöpfung verbindet (Genesis 2, 24; Epheser 5, 31; vgl. 1. Korinther 11, 2-16).

Kurz erwähnt wird sodann die "sakramental-symbolische Bedeutung der Ehe" (S. 34-36). Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz bietet anschließend eine philosophische Hinführung zu "Geschlechterdifferenz und Identität" (S. 37-54). Die lobenswerte Bekräftigung der Komplementarität zwischen Mann und Frau ist dabei verbunden mit einigen problematischen Aussagen. Die menschliche Liebe wird in göttliche Höhe enthoben mit der Behauptung: "Liebe schafft überhaupt den, der liebt, und das Gegenüber, das geliebt wird" (S. 49).

Ungenau scheint der Hinweis, wonach das Zweite Vatikanische Konzil "dankenswert die verschiedenen Ehezwecke umgestellt und die gegenseitige Liebe in die erste Bedeutung erhoben" habe (S. 52). Dagegen ist mit der von "Gaudium et spes" in den Fußnoten zitierten Ehe-Enzyklika Pius' XI. "Casti connubii" zu betonen: die spezifische Differenz der ehelichen Liebe (beispielsweise auch gegenüber Beziehungen zwischen Menschen des gleichen Geschlechtes) liegt in der inneren Hinordnung auf die Zeugung von Nachkommenschaft.

Sie erscheint darum als "erster Ehezweck"; diese Rangordnung wird vom Konzil nicht thematisiert, aber auch nicht gelehnet. Die Bedeutung des Nachwuchses zu betonen, scheint gerade angesichts des demographischen Niedergangs Europas unverzichtbar.

Einen hervorragenden Beitrag bietet schließlich der evangelische Philosophieprofessor Harald Seubert, der die Beziehung zwischen "Normativität und Natur" behandelt (S. 55-86). Seubert erinnert bereits zu Beginn an die höchst aktuelle Auseinandersetzung Platons mit den Sophisten, die das Wesen der Dinge als Machwerk des Menschen mißdeuteten. Der platonische Sokrates fragt dagegen nach dem "Wesen, das immer und überall so ist" (S. 56).

Die Tragweite der rationalen Erkenntnis zeigt sich im Ansatz des Heiden Cicero, wonach die Universalität und Ausnahmslosigkeit der "lex aeterna" nicht zu erklären ist ohne den göttlichen Logos (S. 58 f). Eine treffende Zusammenfassung findet sich auch über die Naturrechtslehre des hl. Thomas von Aquin (S. 60-64).

Die Gender-Ideologie, die eine beliebige Konstruierbarkeit des Geschlechtes behauptet, ist im

Grunde nichts anderes als Sophistik (vgl. S. 63). Die antike und mittelalterliche Lehre vom Naturrecht ist "bereits zugleich ein Vernunftrecht.

Denn in der Wirklichkeit selbst waltet eine Vernunft" (S. 64). Im Unterschied zur neuzeitlichen Konzeption, wonach das Sollen vom Sein getrennt wird, gründet Naturrecht im Sein. Nach Friedrich Marheinecke ist das Naturrecht der Polarstern, der dem Abendland vorausleuchte, dessen Licht aber in der Neuzeit verblaßt sei (S. 66).

Diese negative Entwicklung zeigt sich in der Verdrängung der Wesensfrage durch die Funktionalität und den Hinweis auf die jeweilige Situation. Die Gender-Ideologie ist eine logische Konsequenz dieser Dekadenz, die am Beispiel der Ideen von Judith Butler dargelegt wird (S. 78-82).

An die Stelle des Leibes setzt Butler "semiotische Materialitäten", "die sich jederzeit verändern lassen" (S. 82). "Die Gender-Studien sind wie eine Hydra, die immer weitergehende Ungeheuer mit vielen Köpfen aus sich gebiert" (S. 85). Aufgabe der Zeit ist dagegen die "Anknüpfung an die große naturrechtliche Überlieferung und ihre übergeschichtliche Kraft", die besonders im Lehramt der katholischen Kirche erscheint (S. 85).

Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Rede Papst Benedikts XVI. vor dem Deutschen Bundestag, an die Seibert zu Recht erinnert (S. 86). Erstaunlich sind die profunden Ausführungen eines evangelischen Theologen, der selbst anmerkt, daß die Naturrechtstradition im protestantischen Bereich einen "Bruch" erfahren hat durch das Sündenverständnis der Reformatoren und den von Ockham her kommenden Nominalismus.

Er meint aber, daß vor allem durch Melanchthon im deutschen Protestantismus die Lehre vom Naturrecht noch sehr nachhaltig präsent sei, was sich erst im historistisch imprägnierten Neuprotestantismus geändert habe (S. 69, Anm. 100).

Um die Gender-Ideologie zu treffen, ist bereits wichtig die Rückbesinnung auf die humanwissenschaftlichen Grundlagen der geschlechtlichen Prägung. Dies geschieht im Beitrag von Manfred Spreng über "Naturwissenschaftliche Grundlagen für die Zweigeschlechtlichkeit und ihre Bedeutung für gute Kindesentwicklung" (S. 87-114). Klare morphologische Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich bereits im Gehirn (S. 93-103).

Die darauf gründenden psychologischen Tendenzen werden in zwei Tabellen zusammengefaßt, in denen die "Polarität" und "Komplementarität" zum Vorschein kommt (S. 102-104). Kinder, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft aufwachsen, leiden darum im Vergleich zu Kindern in Ehen zwischen Mann und Frau an statistisch signifikant nachweisbaren häufigeren psychischen Störungen (S. 109-113).

Giuseppe Gracia, der Pressesprecher des Bistums Chur, weist auf die heikle Beziehung der Kirche zu den Medien: "Die heutigen Massenmedien und die Kirche: Fehler, Gefahren und Chancen" (S. 115-139). Die "säkularisierte Gesellschaft ... schützt sich vor Kritik, indem kritische Instanzen einfach selber zum Thema gemacht und so lange angeklagt werden, bis sie den Mund halten" (S. 120).

Hinzu kommt die wirtschaftliche Orientierung der Medien, die schon deshalb "kein Spiegel der Wirklichkeit" sein können, wie das Beispiel eines Schweizer Journalisten zeigt, der sich "eine gute Geschichte" nicht zerstören lassen will durch "zuviel Recherche" (S. 121).

Falsch wäre es, die Kirche zu verändern, damit sie in den verweltlichten Medien gut da steht. Zu ändern ist hingegen der Umgang vieler Verantwortlicher in der Kirche mit den Medien (vgl. S. 122). Die Grundspannung zwischen Zeitgeist und Kirche ist zu nutzen: "heutzutage sollten wir uns alle wie Außerirdische fühlen, wenn wir für den Glauben Zeugnis geben ... Denn Außerirdische sorgen immer für Schlagzeilen" (S. 138).

Angesichts der schon von Alexander Mitscherlich 1963 beschriebenen "vaterlosen Gesellschaft", deren Nöte heute noch viel stärker geworden sind, empfiehlt Christof Gaspari die "Wiederentdeckung der Vaterschaft in der vaterlosen Gesellschaft - um den zu finden, von

dem alle Vaterschaft ausgeht" (S. 140-153).

Dabei finden sich interessante Forschungsergebnisse zur Bedeutung des Vaters in der Erziehung. Es gibt aber auch theologische Hinweise, die das von der menschlichen Natur her Gegebene vertiefen: die Hinwendung des Vaters zum Kind, so wird etwa betont, ist weniger "naturgegeben" als die der Mutter, sondern stammt "aus einer frei getroffenen Entscheidung heraus ...

Sie ähnelt dem Bund, den der Herr mit seinem Volk geschlossen hat. Diese väterliche Zuwendung wird dann zur Brücke, über die das Kind dann schreiten wird, um langsam aus der Symbiose mit der Mutter herauszuwachsen, um den Wert der eigenen Persönlichkeit zu entdecken" (S. 147).

Einen instruktiven Einblick in das Unwesen der Gender-Bürokratie und die Notwendigkeit, der Ideologie auch auf juristischem Wege entgegenzuwirken, bietet Gudrun Kugler: "Die rechtlichen Auswirkungen von Gender und Antidiskriminierung" (S. 154-164). Mut macht etwa das Beispiel des norwegischen Komikers Harald Eia, der die Absurdität der Gender-Bürokratie so gelungen darstellen konnte, daß die Politiker daraus ihre Lektion gelernt haben und die Geldmittel für den Gender-Nonsens gestrichen haben (S. 157). Christen haben in alledem eine Chance, "wenn sie als kreative Minderheiten handeln" (S. 163).

"Gender und Ausmaß der Genderideologie" wird dann anschaulich dargestellt von Birgit Kelle (S. 165-184). Dieses fast unglaubliche Sammelsurium von Kuriositäten, die heute etwa die deutschen Universitäten mit Berlin an der Spitze tyrannisieren, konnte sich nur deshalb entwickeln, "weil keiner von uns gesagt hat: Stopp, bis hierher und nicht weiter!" (S. 174)

Für Eltern ist wichtig nicht zuletzt, "im Auge zu behalten, was in den Schulen gelehrt wird" (S. 180).

Dokumentiert sind am Ende auch die Predigten während der Tagung von Bischof Küng und Domkapitular Christoph Casetti (S. 185-192). Während die beiden ersten Vorträge trotz ihrer guten Gesamttendenz einige Schwächen aufweisen, sind die meisten Beiträge eine hervorragende Hilfe für alle engagierten Christen, gegen den Gender-Wahnsinn beherzt und mit guten Argumenten gestärkt vorzugehen.

In der theologischen Fachdiskussion der Gegenwart läßt sich ein geradezu inflationärer Gebrauch des Wortes "Dialog" feststellen. Der interreligiöse Dialog, insbesondere der islamisch-christliche, bildet hiervon keine Ausnahme.

Der vorliegende Sammelband des französischen Forscherehepaares Marie-Thérèse & Dominique Urvoy enthält z.T. ältere, aber auch jüngere Beiträge zu diesem hoch aktuellen Themenbereich, welche allesamt über den schmalen Tellerrand der engeren theologischen Fachliteratur hinausblicken und von besonderer politischer Brisanz für die stark säkularisierte französische Gesellschaft mit einer nicht unbedeutenden und nicht selten aggressiven muslimischen Minderheit sind.

Wenn zwei Partner gleichzeitig monologisieren, entsteht kein Dialog im strengen Sinne des geistigen Austausches. Daher beginnt das Herausgeberpaar zunächst mit der ernüchternden Feststellung einer Asymmetrie bzw. Einseitigkeit des islamisch-christlichen Dialogs im Orient (S. 10), Prof. Dr. Manfred Hauke.<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Dezember 2015: >>**1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.

München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. Der Großteil sei über Bayern eingereist, teilte Sozialministerin Emilia Müller (CSU) am Mittwoch in München unter Berufung auf das Erstaufnahme-System "Easy" ("Erstverteilung von Asylbegehrenden") mit.

Der Wille vieler Migranten, Europa zu erreichen, ist ungebrochen. Binnen einer Woche seien fast 30.000 weitere Menschen übers Mittelmeer in Griechenland oder Italien angekommen, so das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

UN-Hilfswerk: 3.735 ertranken oder sind vermißt

Damit seien in diesem Jahr mehr als eine Million Menschen über die Mittelmeer-Route geflüchtet. 848.000 kamen in Griechenland an, 153.000 Flüchtlinge landeten in Italien. 3.735 Menschen seien bei der Überfahrt gestorben oder würden vermißt. Damit nahmen mehr als viermal so viele Menschen wie 2014 die Reise über das Mittelmeer auf sich. Fast die Hälfte der Menschen kam laut UN aus Syrien, jeder Fünfte stammte aus Afghanistan, acht Prozent flohen aus dem Irak.

Einen Monat nach dem Gipfeltreffen der EU mit der Türkei reißt der Flüchtlingszustrom über das Meer nach Griechenland nicht ab. Am Mittwoch kamen erneut rund 3.000 Flüchtlinge an Bord von zwei Fähren im Hafen von Piräus an. Sie hätten zuvor von der Türkei hauptsächlich auf die griechischen Inseln Lesbos, Chios und Samos übergesetzt, wie die Küstenwache mitteilte. Täglich kommen fast 3.000 neue Flüchtlinge und Migranten hinzu, wie griechische Medien berichteten.

Überfahrt aktuell besonders gefährlich

Es ist kalt geworden in der Türkei. Dick eingepackt macht sich eine afghanische Familie auf, um mit einem Boot überzusetzen. Es fahren weniger Boote, seit dem Flüchtlingsgipfel von EU und Türkei, abgerissen ist der Menschenstrom aber nicht. Das Wetteramt warnte am Mittwoch, daß eine schlagartige Wetterverschlechterung mit starken Winden und eisigen Temperaturen in der Ägäis bevorstehe. Die Überfahrt werde dann äußerst gefährlich.

Die große Mehrheit der Migranten strebt von Griechenland aus über die Balkan-Route nach Deutschland. Rund 160.000 Flüchtlinge blieben nach Angaben aus München in Bayern, die anderen wurden nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel auf alle anderen Bundesländer verteilt. Müller bekräftigte: "Wir brauchen nun dringender denn je eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung, denn Deutschland kann diese Zugänge nicht dauerhaft schultern."

Genaue Zahl ist unklar

Unter Fachleuten ist umstritten, wie genau das "Easy-System" die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland widerspiegelt. Manche Experten gehen davon aus, daß die tatsächlichen Zahlen noch höher sind, da es wegen der Überlastung der Behörden inzwischen Wochen dauern kann, bis ein Flüchtling registriert wird. Andere glauben, daß die Zahlen niedriger sind, da Mehrfachregistrierungen ebenfalls vorkommen.

Bei dem Sondergipfel hatten die EU und die Türkei einen gemeinsamen Aktionsplan beschlossen, um den Zustrom von Flüchtlingen einzudämmen. Die Europäische Union hat Ankara dafür unter anderem Finanzhilfen in Höhe von drei Milliarden Euro, Visa-Erleichterungen und eine Wiederbelebung des EU-Beitrittsprozesses in Aussicht gestellt.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>... (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören

kann ... Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<
2016

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. Grundlage ist das Erfassungssystem der Länder zur Verteilung der Flüchtlinge (Easy), das jeden eingereisten Flüchtling zählen soll. Doppelerfassungen lassen sich aber nicht ausschließen, auch berücksichtigen die Easy-Zahlen nicht, daß etliche Menschen nach ihrer Registrierung in andere EU-Länder weiterreisen.

Der starke Zuzug habe das Land vor Herausforderungen gestellt, "wie es sie seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr gegeben hat", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Er dankte Haupt- und Ehrenamtlichen in Behörden, Kirchen und anderen Organisationen, "die teilweise bis zur Erschöpfung da waren, wenn ihre Hilfe gebraucht wurde". Auf allen Politikfeldern werde man jetzt darauf hinwirken, daß die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden "deutlich verringert wird", betonte der Minister.

Mehr als 476.000 Asylanträge gestellt

Auch die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden 476.649 formelle Asylanträge gestellt, davon etwa 442.000 als Erstanträge. Dies ist eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 135 Prozent. Die meisten Asylanträge wurden im Oktober gestellt.

Allein 162.510 Asylanträge wurden von Syrern gestellt, die mit 34 Prozent die größte Gruppe ausmachen. Unter den zehn Hauptherkunftsländern finden sich zudem vier aus der Balkanregion: Serbien, Kosovo, Mazedonien und Albanien. Zusammen mit den Asylbewerbern aus Bosnien-Herzegowina und Montenegro kamen im Jahresdurchschnitt etwa 30 Prozent aller Asylbewerber aus den sechs Staaten des Westbalkans. Allerdings verringerte sich deren Anteil in der zweiten Jahreshälfte nach Angaben des Ministeriums kontinuierlich und lag im Dezember nur noch bei acht Prozent. Zurückgegangen ist im Dezember auch die Gesamtzahl der Asylanträge und eingereisten Flüchtlinge.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Januar 2016: >>Es muß ein Exempel statuiert werden

Dieter Stein

Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.

Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migranten-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!

Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-

Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.

Ein nationaler Skandal

Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein FAZ-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.

Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulturrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), strafällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschieben, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.

Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

Wann endlich handelt diese Regierung?

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.

Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für

die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!

Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.

Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 24. Januar 2016 (x1.000/...): >>>Freund oder Feind? Die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der

Lupe

... Bundeskanzlerin Angela Merkel will deutlich mehr Geld für die Bundeswehr. Zurzeit steckt die Bundesregierung etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr. Das sind umgerechnet etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben sollen nun innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 2 Prozent aufgestockt werden. Das bedeutet also etwa 25 bis 30 Milliarden Mehraufwand. Was genau sind denn nun die Beweggründe der deutschen Kanzlerin für diese üppigen Militärambitionen?

Gab es dafür eine Petition, die von deutschen Bürgern gleich zig millionenfach an die Kanzlerin erging? Nichts dergleichen. Die US-Regierung und die NATO forderten diese Aufstockung. Zitat Merkels dazu: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten". - Dr. Alexander Neu aus dem Verteidigungsausschuß der Linkspartei im Bundestag kritisierte dieses Vorgehen der Kanzlerin wie folgt: "Merkel ist Dank der deutsch-amerikanischen Freundschaft der Meinung, daß wir dem nachkommen sollten".

Spätestens wenn es um das liebe Geld in Form von Forderungen geht, sollte man eine Freundschaft hinterfragen. Was verlangen denn die US-Freunde sonst noch so? Dieselben Freunde, die von dem deutschen Bürger zig Milliarden Militärausgaben fordern, forderten seinerzeit ebenso die nach wie vor anhaltenden Rußlandsanktionen. Dieser aufgedrückte Russenhaß beschert der deutschen Wirtschaft Milliarden schwere Verluste.

Hierüber berichteten wir in unseren Sendungen "Deutschland am Gängelband der USA" vom 15. Dezember 2014 und "Kriegstreiber in Aktion: US-Panzertransporte rollen gen Osten" vom 24. Juni 2015. - Die US-Freunde verweigerten außerdem den Grexit, das meint den Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Statt dessen fließen nicht enden wollende zig Milliarden schwere Rettungspakete, zu Lasten der europäischen und insbesondere der deutschen Bürger zu den Gläubigerbanken und dies, ohne daß es die Medien sonderlich erwähnten.

Ein Grexit hätte aufgrund der Bankenverflechtungen durch einen Dominoeffekt die US-Banken ruinös ins Wanken gebracht. Dann doch lieber die deutschen Freunde bluten lassen. Hierüber berichteten wir bereits in unseren Sendungen "Warum die USA bei einem Grexit Pleite geht" vom 02. September 2015 und "Derivatblase - Angst der USA vor einem Grexit" vom 09. September 2015. Schließlich haben die US-Freunde auch noch Europa, und auch hier wieder insbesondere Deutschland, eine gigantische Flüchtlingslawine beschert.

Zunächst wurden nordafrikanische und arabische Staaten durch gezielt herbei geführte Umstürze und Kriege unter US-Regie ins Chaos gestürzt. Dann Flüchtlingsströme auf Schiffen unter US-Flagge nach Europa gebracht. Hierüber berichteten wir in unserer Sendung "Die US-

amerikanische Handschrift hinter den Flüchtlingsströmen" vom 16. August 2015. –

Zu den konkreten Kosten der Flüchtlingskrise für die deutschen Bürger nannte der freie Journalist Udo Ulfkotte in seinem Interview hier auf Kla.TV vom 9. Januar 2016 bereits ernüchternde Fakten: Laut dem Institut für Weltwirtschaft lägen die Zusatzbelastungen für Deutschland pro Jahr bei ca. 55 Milliarden Euro ... Kosten!

Im Verbund mit den zig Milliarden schweren Eurorettungspaketen, den zig Milliarden für die Migrantenaufnahme, den ebenso Milliarden schweren Einbußen aufgrund der Rußlandsanktionen ergeben die nochmaligen zig Milliarden an Militärausgaben eine extrem rasante und wirtschaftlich absolut ruinöse Talfahrt für die deutschen Bürger.

A propos US-Freundschaft noch eines: Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 vergingen keine drei Wochen, bis das Merkel-Kabinett am 1. Dezember den Syrien-Einsatz der Bundeswehr verfügte. Im Eiltempo wurde der Beschluß nur drei Tage später durch den Deutschen Bundestag gepeitscht. So schnell wurde die Bundeswehr noch nie in einen Krieg geschickt, dazu weder mit Mandat des UN-Sicherheitsrates noch mit Zustimmung der syrischen Regierung.

Weil also jegliche internationale Rechtsgrundlage fehlt, ist der Kriegseintritt der Bundesregierung in Syrien völkerrechtswidrig. Die einzige Legitimation dabei erscheint offensichtlich: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten!"

Offenkundig ist, daß die USA als dauerkriegsführende Nationen selbst längst die finanzielle Belastungsgrenze überschritten haben.

Doch anstatt die Militärausgaben endlich abzusenken, setzt die US-Regierung weiterhin auf das Militär zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen, nämlich eine Neue Weltordnung unter US-Vorherrschaft. Hierüber berichteten wir bereits anschaulich in unserer Sendung "Instrumentalisierende Kriegsführung" vom 29. August 2015.

Aufgrund ihrer eigenen katastrophalen Finanzlage spannen nun die USA andere Staaten vor ihren Karren. Zum Beispiel fordern sie von Europa schon seit längerem eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Daß dieses "einfach mehr leisten" nicht allein finanzielle Mehrausgaben bedeutet, sondern auch das Kopf-hinhalten, wo es weh tut, sprich wo das Kriegschaos herrscht, machte Bundesverteidigungsministerin von der Leyen deutlich. Der "BILD-Zeitung" sagte die Ministerin, daß Deutschland im Kampf gegen den IS in Libyen helfen wolle.

Bei dem geplanten Auslandseinsatz gehe es schon nicht mehr um den Syrien-Einsatz, sondern im nahtlosen Übergang bereits um einen erneuten Einsatz in Libyen. Es gehe gemäß von der Leyen darum, das von Islamisten bedrohte Land zu stabilisieren und dafür zu sorgen, daß Libyen eine funktionstüchtige Regierung bekomme. Mit anderen Worten: Deutschland soll nun für die US-Regierung die Kartoffeln aus dem Feuer holen, schöngeredet als Stabilisierungs- und Friedensmission, aber ganz im Sinne der US-Regierung.

Denn mit "funktionsfähig" ist nichts anderes als ein Funktionieren im Sinne der US-Regierung, also eine US-Hörigkeit, gemeint, wie die ganze Palette des sog. Arabischen Frühlings zeigt. Vor dem Arabischen Frühling war Libyen unter Gaddafi ein sehr aufblühendes, autarkes Land. Erst die US-Regierung haben Krieg, Zerstörung und Chaos gezielt orchestriert. Dazu ebenso einen terroristischen Islamismus, der sowohl den Islam als auch alle anderen Religionen bis in den Tod bekämpft.

Darüber berichteten wir detailliert in unserer Sendung "Die gezielte Vernichtung Libyens - ein Augenzeugenbericht" vom 22. Oktober 2015. Unter Gaddafi waren einst alle auf Schriften gegründeten Religionen zugelassen, außer genau diesem terroristischen Islamismus. Über diese Hintergründe schweigen sich jedoch Politiker und Medien geflissentlich aus.

Wenn die deutschen Bürger nun nachweislich ruinös vor den US-Globalistenkarren gescharrt werden und die deutsche Kanzlerin und ihr Ministerteam dies nach allerbesten Kräften unter-

stützen, beantwortet sich die Frage fast von selbst, wer denn wessen Freund oder Feind ist.
...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 6 berichtete am 4. Februar 2016: >>**Flüchtlinge in Israel: Knast oder Ausreise**

Israels Umgang mit afrikanischen Zuwanderern zeigt, wohin eine Flüchtlingspolitik führt, die auf Abschottung setzt.

Mit gerade mal 21 Jahren ist Brahane Tesfay bereits aus zwei verschiedenen Ländern geflohen. Seit einigen Monaten lebt er in einem kleinen Dorf in Norddeutschland und wartet darauf, daß die Behörden über seinen Asylantrag entscheiden. Erstmals seit sechs Jahren fühle er sich wieder sicher, erzählt er. In seiner Heimat Eritrea sei das nicht so gewesen. Und auch nicht in dem Land, in das er zunächst geflohen war: Israel.

"Ich bin wütend. Fünfeinhalb Jahre habe ich in Israel gelebt, bin dort zur Schule gegangen, habe Hebräisch gelernt, aber das half nichts. Sie wollten, daß ich gehe, nannten mich einen Eindringling", sagt Tesfay. Viele Flüchtlinge, die in Israel waren, berichten Ähnliches. In den vergangenen Jahren haben um die 10.000 nach Israel geflohene Menschen das Land wieder verlassen.

Die meisten stammen wie Tesfay aus Eritrea oder aus dem Sudan. Sie fürchten, andernfalls in einem der zwei Spezialgefängnisse zu landen, die der israelische Staat eigens für Zuwanderer betreibt. Die Geschichte von Tesfay sagt viel aus über den Umgang Israels mit seinen Zuwanderern. Sie erzählt von einer harten politischen Linie, von Zäunen, Gefängnissen und einem Streit um rechtsstaatliche Grundsätze.

Schätzungsweise 45.000 afrikanische Flüchtlinge halten sich derzeit in Israel auf, einem Staat mit gerade einmal acht Millionen Einwohnern. Die meisten Schutzsuchenden leben in den Stadtvierteln Neve Scha'an an und Ha'tikva im Süden von Tel Aviv, andere in den Städten Arad, Aschkelon und Eilat. Regelmäßig kommt es dort zu Auseinandersetzungen mit der einheimischen Bevölkerung.

Viele verachten die Afrikaner, halten die oft jungen Männer für kriminell und gewalttätig. Ins Land gekommen sind die Flüchtlinge vor allem zwischen 2010 und 2012, illegal über die Grenze zu Ägypten, bis weit über tausend jeden Monat. Dann errichtete Israel einen Zaun. Im Jahr 2014 kamen nur noch 44 neue Flüchtlinge über Ägypten nach Israel. 2015 waren es 168. Der Zaun zeigt also Wirkung. Aber das ändert nichts daran, daß bereits Zehntausende im Land sind.

Kümmern sich die Behörden um sie? "Was ist das für eine Frage?", entgegnet Tesfay. "Als Eritreer bekommt man in Israel bestenfalls eine Busfahrkarte nach Tel Aviv. Anfangs habe ich dort auf der Straße geschlafen, später in einem Park. Manche finden schnell eine Wohnung oder einen Job, andere nicht." In Kfar-Saba, einer nördlich von Tel Aviv gelegenen Kleinstadt, bekam er schließlich Arbeit. Wie viele Eritreer oder Sudanesen verdiente auch Tesfay sein Geld in der Küche eines Restaurants. Doch solange ihm kein Asyl bewilligt worden war, mußte er alle zwei Monate zur Behörde, um seine vorläufige Aufenthaltsberechtigung zu erneuern.

Als es wieder einmal so weit war, habe ihm die Behörde mitgeteilt, daß er nach Holot gebracht werden solle. So erzählt es Tesfay heute. Holot ist ein Gefängnis für Asylsuchende. Grundlage für dessen Errichtung war das "Gesetz zur Verhinderung des Eindringens". Offizielle Stellen in Israel bezeichnen Immigranten aus Afrika als "Eindringlinge". Das entsprechende hebräische Wort mistanenim wurde schon in den fünfziger Jahren verwendet. Damals in Bezug auf Palästinenser, die nach dem Unabhängigkeitskrieg versuchten, nach Israel zu gelangen.

Die Behörden hätten ihn vor die Wahl gestellt, berichtet Tesfay: mindestens ein Jahr Haft in Holot oder 3.500 Dollar und die freiwillige Ausreise nach Uganda oder Ruanda. Er nahm das

Geld und flog im Januar 2015 nach Ruanda. In der Hauptstadt Kigali habe man ihm dann seinen Paß abgenommen, sagt er. Polizisten hätten gedroht, ihn zurück nach Eritrea zu schicken. Weil ihn die eritreische Armee aber als Deserteur betrachte, wäre er dort im Gefängnis gelandet. Für 1.000 Dollar Schmiergeld habe man ihn in den Sudan weiterreisen lassen. Und von dort schlug er sich über Libyen, das Mittelmeer und Italien bis nach Deutschland durch. Im April beantragte Tesfay hier Asyl.

Knast oder Ausreise nach Uganda oder Ruanda – das scheinen die Standardalternativen für viele Flüchtlinge zu sein. Allein im vergangenen Jahr seien 2.900 Sudanesen und Eritreer in eines der beiden Länder ausgereist, berichtet das israelische Innenministerium. Sabine Hadad von der israelischen Einwanderungsbehörde betont, daß all diese Menschen freiwillig gegangen seien.

Jeder habe ein Flugticket und 3.500 Dollar bekommen – genau so wie im Fall von Tesfay. "Eindringlinge aus dem Sudan und Eritrea werden von Israel nicht mit Zwang abgeschoben, obwohl das immer wieder behauptet wird, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen", sagt die Behördensprecherin. Das Verfahren sei nach internationalem Recht völlig in Ordnung.

"Panische Angst, Nichtjuden ins Land zu lassen"

"Aber welches Schicksal erwartet diese Menschen?", fragt Sigal Rozen von der israelischen Nichtregierungsorganisation "Hotline for Refugees and Migrants". Wie Tesfay bleiben die meisten nicht in Uganda oder Ruanda, sondern brechen erneut auf – und wählen einen noch gefährlicheren Fluchtweg. Einige fielen in Libyen Terroristen zum Opfer.

Andere starben beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Menschenrechtlerin Rozen macht ihrem Heimatland schwere Vorwürfe: "Israel hat panische Angst davor, Nichtjuden ins Land zu lassen. Dem werden selbst jüdische humanistische Werte untergeordnet, etwa der Schutz von Leben und Hilfe für Bedürftige. Dabei wurde Israel einst selbst von Flüchtlingen errichtet", sagt sie, "und heute kehren wir Flüchtlingen den Rücken zu?"

Asylanträge von Sudanesen wurden bislang ausnahmslos abgelehnt. Von den 5.573 Eritreern, die in Israel seit 2007 um Asyl bitten, waren nur vier erfolgreich. Das geht aus offiziellen Zahlen hervor, die ein Jahr alt sind. Zum Vergleich: In Europa liegt die Erfolgsquote für Eritreer zwischen 70 und 80 Prozent.

Israels Umgang mit Flüchtlingen ist das Ergebnis einer langen und heftigen Auseinandersetzung zwischen der Knesset und dem Obersten Gericht. Als die ersten Afrikaner ins Land kamen, war das israelische Rechtssystem darauf kaum vorbereitet. Nachdem sie bis zu 14 Tagen festgehalten worden waren, schickte man die meisten nach Tel Aviv – ohne zu wissen, ob sie dort jemals legal arbeiten könnten.

Im Jahr 2007 entschied der Gerichtshof, 500 Flüchtlingen aus dem sudanesischen Darfur einen besonderen Status zu gewähren. Das war zwar kein Asyl, zwang aber die Politik, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das tat sie auch. Und es folgte ein spektakulärer Schlagabtausch zwischen Legislative und Judikative. Dessen Ergebnis waren die sogenannten freiwilligen Abschiebungen nach Ruanda und Uganda.

Als die Zahl der Zuwanderer ein Jahr nach der ersten Gerichtsentscheidung langsam stieg, begann das Parlament über mögliche Gegenmaßnahmen zu debattieren. Doch Israel hatte 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben. Diese und andere internationale Vorschriften verboten es, Flüchtlinge aus Eritrea und dem Sudan in ihre Heimat abzuschieben. Also beschloß man, sie gar nicht erst ins Land gelangen zu lassen – und baute den Zaun an der Grenze zu Ägypten.

Außerdem richtete man das erste Spezialgefängnis in Saharonim ein, falls es doch jemand schaffen sollte. Die Regierung bezeichnete es als "offene Anstalt", weil die Insassen nur die Nächte dort verbringen mußten. Das allerdings wurde von der Justizverwaltung streng kontrolliert. Und da das Gefängnis weit entfernt von der nächsten Stadt liegt, bestand die Freiheit

für die bis zu 1.800 Insassen nur auf dem Papier. Für eine Dauer von maximal drei Jahren durften illegal Eingereiste dort festgehalten werden. Im Herbst 2013 entschied der Oberste Gerichtshof jedoch, diese Praxis sei unverhältnismäßig.

Als Reaktion auf das Urteil ließ Israel zunächst einige Gefangene frei, schaffte dann aber eine neue Rechtsgrundlage und errichtete 2013 in Holot ein zweites Spezialgefängnis. Wie das in Saharonim galt auch dieses offiziell als "offene Anstalt", lag aber abgelegen in der Wüste Negev. Eine zeitliche Obergrenze für die Unterbringung von Flüchtlingen gab es nun aber nicht mehr. Und wer sich nicht an die Regeln in Holot hielt, der mußte mit einem Jahr regulärer Gefängnisstrafe ohne Freigang rechnen – und ohne Gerichtsverfahren. Kritiker betrachten das als klaren Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien.

Der frühere Innenminister Gideon Sa'ar, der damals die Errichtung von Holot politisch vorantrieb, lehnte eine Bitte um ein Interview ab. Sabine Hadad von der Einwanderungsbehörde erläutert jedoch, daß Holot aus zwei Gründen gebaut worden sei: einerseits um Eindringlinge mit dem Nötigsten versorgen zu können, andererseits um sie davon abzuhalten, sich irgendwo im Land anzusiedeln und eine Arbeit aufzunehmen.

"Diese Maßnahmen sollen die finanziellen Anreize minimieren, nach Israel zu kommen", sagt sie. Wer die Konsequenzen kenne, werde sich das gut überlegen. Schließlich werde er die hohen Ausgaben für seine Reise nach Israel hier nie wieder erwirtschaften können.

Ende 2013 wurden auch die ersten jener Afrikaner nach Holot geschickt, die bereits lange im Land lebten, mittlerweile Hebräisch sprachen, Wohnung und Arbeit gefunden hatten. Menschenrechtler wandten sich erneut an das Oberste Gericht, Afrikaner demonstrierten vor der Knesset, und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kritisierte Israel. Im September 2014 entschied das Gericht, daß Holot widerrechtlich sei und binnen 90 Tagen geschlossen werden müsse, Haftstrafen ohne Prozeß erklärte es für nichtig.

Wieder blieb die Knesset bei ihrer harten Linie. Ende 2014 verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz. Asylsuchende sollten nach ihrer Ankunft drei Monate in Saharonim und anschließend 20 Monate in Holot festgehalten werden. Arbeiten dürften sie nicht.

Im August vergangenen Jahres ließ das Oberste Gericht das Gesetz zwar im Wesentlichen passieren, reduzierte die maximale Haftdauer jedoch auf ein Jahr. Holot und Saharonim blieben in Betrieb, doch Gerichtspräsidentin Miryam Naor kritisierte die Regierung scharf. Die Gesetzesänderung betreffe Menschen, "deren einziges Vergehen es war, illegal über die Grenze gekommen zu sein", schrieb sie in einer Stellungnahme. "Als eine Bürgerin Israels wünsche ich mir persönlich mehr Mitgefühl mit diesen Menschen, selbst wenn man sie als Eindringlinge betrachtet."

Das letzte Wort zum Umgang mit Flüchtlingen aus Afrika war aber auch das nicht. Vor wenigen Wochen trat eine weitere Fassung des Gesetzes in Kraft. Asylsuchende dürfen nun offiziell bis zu ein Jahr lang festgesetzt werden, ohne weitere Verlängerung. Neuankömmlinge werden für drei Monate in Saharonim eingesperrt und für die restliche Zeit in Holot. Danach gilt für sie, was für die meisten Schutzsuchenden bisher auch galt: In der Regel dürfen sie nach all der Abschreckung in Israel bleiben, selbst wenn ihr Asylbegehren abgelehnt wird.<<

Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtete am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>>**Merkels (Null-)Planwirtschaft**

Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. Wer sich von einer schüchternen Uckermark-Perle zur mächtigsten Frau Europas entwickelt, hat sicher viele Opfer gebracht. Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.

Symptomatisch dafür ist die Situation der Versorger, allen voran bei RWE. Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende war und ist nichts anderes als Improvisationspolitik aus wahltaktischen Gründen. Das Opfer bringen deutsche Unternehmen und Verbraucher, die im inter-

nationalen Vergleich mit die höchsten Energiekosten verkraften müssen. Ein Standortnachteil, der Deutschland Investitionen und am Ende viele Arbeitsplätze kostet.

Denn bei RWE – und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON – stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird.

Daß der planwirtschaftliche Irrsinn hierzulande nicht längst zum großen Knall geführt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß für Exportweltmeister Deutschland mit Nullzinsen und dem schwachen Euro die denkbar besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen. Nur deshalb und dank des damit verbundenen größten Steueraufkommens aller Zeiten kann sich Merkels Finanzchef Wolfgang Schäuble für seine schwarze Null auf die Schultern klopfen. Daß es bei diesen Rekorden nicht möglich ist, Schulden zu reduzieren, ist ebenso ein Armutszeugnis wie Schäubles Tragfähigkeitsbericht: Deutschlands Staatsfinanzen sind alles andere als zukunftsfest.

Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die konzertierte Attacke auf das Bargeld. Doch dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es müssen künftig eben noch mehr Opfer gebracht werden. In einem rein digitalen Finanzsystem können die Opferlämmer – die Steuerzahler – schneller zur Schlachtbank geführt werden.

Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. Ein Rückfall in Merkels sozialistische Jugendzeit entspricht nicht meiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 27. Februar 2016 über die Geheimpolitik der NWO-Finanzelite (x1.000/...): >>**Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt**

Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt Diese Dokumentation über das Netzwerk von Goldman Sachs zeigt auf, daß die Politik von der Finanzelite durchzogen ist und zu Gunsten weniger Geldherrscher eine ganze Welt finanziell in den Ruin getrieben wird. ...

"Goldman Sachs - eine Bank lenkt die Welt!": Unter diesem beunruhigenden Titel strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen, kurz ZDF, bereits am 13. November 2012 eine erhellende und äußerst aufschlußreiche Sendung aus. Doch was geschah seither?

Unterm Strich: gar nichts. Klagemauer.TV-Zuschauer fragten sich, warum das so ist. Die Antwort scheint eine einfache zu sein: Solange man dramatische Wahrheiten im Rahmen einer Unterhaltungssendung ausstrahlt, reagiert das Publikum nebst vielem Lachen auf weiter nichts.

In der Hoffnung auf das Eingreifen der Staatsanwaltschaften, erreichte uns eine eingegangene Klage in Form jener 2012 vom ZDF vermittelten Daten noch einmal in aller Ernsthaftigkeit. Hier geht es ganz offensichtlich nicht um eine Verschwörungstheorie sondern um Verschwörung-Tatsachen. Nicht weiter dürfen finanzielle zu Gunsten Interessen und Machtinteressen über dem Wohl des Volkes stehen. Nicht weiter darf weniger Plutokraten, sprich Geldherrschern, eine ganze Welt finanziell in den Ruin getrieben werden.

Doch sehen Sie selbst, welch unheimliches Netzwerk bereits 2012 sichtbar wurde. Die Frage stellt sich mit Recht: warum wurde bislang weder die Staatsanwaltschaft noch der Verfassungs- oder Staatsschutz aktiv. Sind auch sie Teil dieses verderblichen Netzwerkes? Neues aus der Anstalt 13.11.2012 - die Bananenrepublik (ausgestrahlt im ZDF).

Als Barack Obama wiedergewählt wurde, dachten viele, daß möglicherweise ein neues Zeitalter begonnen hat, weil am Ende doch nicht das große Geld entscheide. Denn immerhin hatten

die Wall Street, die Finanzindustrie und die Banken doch sehr auf Willard Mitt Romney gesetzt und viele Milliarden in diesen Wahlkampf gesteckt. Dennoch kam wie durch Zauberhand Obama auf den Thron. Und bevor sich falsche Hoffnungen einschleichen, soll Ihnen diese Dokumentation beweisen, daß da kein Anlaß zum Optimismus besteht und daß es für eine Bank wie Goldman Sachs wirklich keine Rolle spielt, wer da gerade jeweils den amerikanischen Präsidenten spielt. Warum das?

Ganz einfach, weil Goldman Sachs genug eigene Leute hat. Goldman Sachs ist stets ein großer Krisengewinner, der immer wieder milliardenschwere Quartalsgewinne ausweisen kann. Der US-Chef von Goldman Sachs ist Lloyd Blankfein, ein Mann der in der Bronx aufgewachsen ist und es daher recht gut versteht, andere zu übervorteilen. Der Deutschland-Chef von Goldman Sachs ist Alexander Dibelius und Vorsitzender für das internationale Geschäft bei Goldman Sachs ist der Ire Peter Sutherland. Ein Ire, ehemaliger EU-Kommissar und Mitglied in der trilateralen Kommission.

Die trilaterale Kommission ist eine kleine, private Politikberatung in Washington. Da sitzen 300-400 Leute mit sehr viel Macht; in der trilateralen Kommission sitzen z.B. Leute wie Lucas Papademos, der griechische Übergangs-Regierungschef oder bis vor kurzem auch noch, der italienische Regierungschef Mario Monti. Was verbindet Monti und Papademos darüber hinaus? Man höre und staune - beide waren einmal bei Goldman Sachs. In der trilateralen Kommission sitzt aber auch Paul Wolfowitz. Paul Wolfowitz war einmal Chef der Weltbank, mußte dann aber wegen eines gut bezahlten Job-Deals mit seiner Freundin seinen Posten abgeben und zurücktreten.

Sein Nachfolger wurde Robert Zoellick. Und wo war Zoellick vorher? Richtig - bei Goldman Sachs. Zoellick sollte aber nicht verwechselt werden mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz Robert Zollitsch. Aber auch Robert Zollitsch ist in diesem Netzwerk integriert. Peter Sutherland saß nicht nur im Vorsitz bei Goldman Sachs International und in der trilateralen Kommission, sondern war auch noch Berater der Apostolischen Güterverwaltung mit Sitz in Rom. Und dort ist auch Robert Zollitsch zu finden.

Goldman Sachs hat aber auch noch andere interessante Vernetzungen, zum Beispiel: Petros Christodoulou war bei Goldman Sachs und wurde Chef der griechischen Schuldneragentur. Oder: Charles Henri de Croisset war sieben Jahre lang bei Goldman Sachs und überwachte anschließend in Frankreich die Finanzaufsicht. Oder Philip D. Murphy, der 23 Jahre bei Goldman Sachs war und daraufhin US-Botschafter in Berlin wurde. Philip D. Murphy war auch Mitglied der Atlantikbrücke e.V.

Die Atlantikbrücke ist ein deutsch-amerikanisches Elitenetzwerk. Da sitzen Politiker, Finanzhaie und Journalisten, die zusammen eine Denkfabrik bilden. Diese Leute kümmern sich auch um den politischen Nachwuchs der Zukunft. Die Atlantikbrücke hat Young-Leadership-Förderprogramme. Von den Programmen der Atlantikbrücke profitiert haben zum Beispiel: Cem Özdemir von den Grünen oder Julia Klöckner von der CDU. Aber die Atlantikbrücke hat auch Christian Wulff und Silvana Koch-Mehrin gefördert.

Weitere Mitglieder der Atlantikbrücke sind: Goldmann Sachs-Chef Deutschland, Alexander Dibelius und Kanzlerin Angela Merkel, die sich allerdings auch ganz direkt von Alexander Dibelius beraten läßt. Und hier finden wir Robert Rubin. Er war einmal Finanzminister unter Bill Clinton. Wo kam er her? Genau, von Goldman Sachs. Was machte Robert Rubin anschließend? Er beriet Timothy Geithner, den 2012 amtierenden US-Finanzminister. Allerdings war Geithner nur bis Januar 2012 im Amt. Da Geithner selber noch nicht bei Goldmann Sachs war, hatte er wie durch einen Zufall einen ganz engen Mitarbeiter - Mark Patterson.

Wo kam Mark Patterson her? Von Goldman Sachs. Timothy Geithner war im übrigen auch Mitglied der trilateralen Kommission und Mitglied im Council on Foreign Relations. Das Council on Foreign Relations ist eine der mächtigsten Denkfabriken der Welt. Da sitzen

3.000-4.000 wirklich mächtige "Drahtzieher", die in ihren Sitzungen gezielt die Zukunft der Welt gestalten. Wer bezahlt die alle, wo kommt das Geld für das Council her? Unter anderem von Goldman Sachs. Mitglied im Council on Foreign Relations war 2012 auch Henry Paulson. Zuvor war er Finanzminister unter Georg W. Bush.

Und noch davor war er der alleroberste Chef von Goldman Sachs. Paulson war daher sehr gut vernetzt mit E. Gerald Corrigan. Corrigan war Chef der amerikanischen Notenbank. Dieser war anschließend bei Goldman Sachs und zugleich Mitglied des Council on Foreign Relations und ebenso Mitglied der Group of Thirty. Die Group of Thirty ist ein Nobelclub der Finanzelite, dem Corrigan angehört. Und wer ist noch in der Group of Thirty? Mario Draghi.

Auch Mario Draghi war zuvor bei Goldman Sachs. Anschließend wurde er Chef der europäischen Zentralbank, kurz EZB. Ebenfalls bei der EZB war der Würzburger Otmar Issing, ein jahrelanger Chefökonom und Berater von Kanzlerin Merkel. Anschließend beriet Otmar Issing Goldman Sachs. Und deswegen ist Issing vernetzt mit Jean-Claude Trichet - hier, die Verbindung, der Vorgänger von Draghi.

Anschließend saß er in der Group of Thirty und in der trilateralen Kommission. Und deswegen kennt er auch Lucas Papademos und Mario Monti, jeder kennt hier jeden. Und auch Robert Zoellick und diverse andere bekannte politische Persönlichkeiten konnten als Mitglieder der trilateralen Kommission und der Group of Thirty ausgemacht werden.

Wenn also die Politik derart von der Finanzelite durchzogen ist, darf sich niemand wundern, wenn die Völker nicht zu ihrem Besten, sondern zum Besten rücksichtsloser Geldspekulanten und Wirtschaftsbosse regiert werden. Angesichts stets neuer, milliardenschwerer Einbußen des Volksvermögens durch solche Großspekulanten, kann aus der Sicht des Bürgers nur noch von ständigen kapitalen Großverbrechen geredet werden. Doch welche Instanz setzt solchen Volksschädlingen ein Ende, wenn sich weder Staatsanwaltschaft, noch der Staatsschutz oder ein höheres Gericht dazu bewegen lassen?

Absolute Transparenz muß gesetzt werden! Die Völker haben ein Recht zu wissen, welcher ihrer Politiker in welchem Vorstand sitzt und mit wem er vernetzte Geschäfte treibt. Straftatbestände wie etwa kapitale Großverbrechen, Voreingenommenheit oder hochgradige Interessenkonflikte dürften hier gerade einmal als Spitze eines Eisberges an der Tagesordnung sein.

...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 6. März 2016 (x1.000/...):

>>Drohende Bargeldabschaffung: ZDF wirbt für die Totalüberwachung per RFID-Chip

Leider scheinen die warnenden Stimmen der angeblichen Verschwörungstheoretiker einmal mehr Recht zu bekommen: In einem äußerst propagandistischen Beitrag hat das ZDF kürzlich dafür geworben, daß die Zukunft des Zahlungsverkehrs bei implantierbaren RFID-Chips liege. RFID ist die Abkürzung der englischen Bezeichnung "Radio-Frequency Identification", was zu deutsch heißt "Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen".

RFID-Chips sind lediglich millimetergroße Mikrochips, die vorzugsweise unter die Haut der Hand eingepflanzt werden. Auf ihnen können Daten per Funk gespeichert und ausgelesen werden. In Schweden sei bereits ein Pilotprojekt zur bargeldlosen Bezahlung über solche RFID-Chips im Einsatz, schwärmte der Moderator Claus Kleber in der betreffenden Sendung und ließ einen Software-Entwickler unwidersprochen Werbung für die angebliche Sicherheit der RFID-Technologie machen.

Unter anderem behauptete dieser Folgendes: "Wenn man mit Leuten darüber redet, hört man immer wieder, die Regierung könne dann ja sehen, wo man sich befinde, daß man seine persönliche Unabhängigkeit verliere usw. Das sei aber nicht der Fall, denn diese Chips senden keine Signale aus, man braucht ein Lesegerät damit sie funktionieren, sie sind passiv."

Wirklich unabhängige Software-Experten widersprechen solchen Behauptungen vehement. Sollte die Bezahlung per Chip eines Tages tatsächlich zum Standard werden, dann wäre der

Standort jedes gechipten Bürgers bei jeder getätigten Bezahlung gerade durch das verwendete Lesegerät sofort nachvollziehbar.

Dadurch ließen sich nicht nur für Geheimdienste, sondern auch für professionelle Hacker und Verbrecher jeder Art, mit einfachsten Mitteln präzise Verhaltensprofile erstellen. Es würde dadurch völlig transparent werden, wer wann und wo einkauft, essen geht, das Kino besucht oder öffentliche Verkehrsmittel nutzt. Dies wäre die Geburt des absolut gläsernen Bürgers. Und leider besteht wenig Grund zur Hoffnung, daß diese Form der totalen Überwachung noch sehr lange auf sich warten läßt.

Denn was der Moderator Claus Kleber freundlich lächelnd ankündigt, steht seit vielen Jahren als fester Plan auf der Agenda globaler Elitenetzwerke. Und genau diesen Elitenetzwerken gehört Claus Kleber an, denn er ist ein Mitglied der sogenannten "Atlantik-Brücke". Dies ist eine Eliteorganisation, die als deutsche Filiale des unwahrscheinlich mächtigen globalistischen Eliteclubs CFR "Council on Foreign Relations" gilt.

Das heißt Folgendes: Der bekannte Hollywood-Produzent, Geschäftsmann und spätere Politikaktivist Aaron Russo, brachte kurz vor seinem Tod ans Licht, welche Ideen Nicholas Rockefeller vertrat, als er ihn zur Mitgliedschaft beim eben genannten CFR (Council on Foreign Relations) bewegen wollte: "Das Ziel der Agenda ist eine Weltregierung zu schaffen und jedem Bürger einen RFID-Chip zu implantieren. Alles Geld soll sich nur noch in diesen Chips (d.h. auf dem Konto) befinden.

Es wird kein Bargeld mehr geben. Rockefeller sagte mir direkt, daß sie das erreichen wollen. Das ganze Geld wird in deinem Chip sein. Wenn man anstelle von Bargeld, Geld auf seinem Chip hat, können sie jeden Betrag, wann immer sie wollen entnehmen ... Und wenn man dagegen protestiert, können sie den Chip ausschalten und Du hast nichts mehr. Du kannst kein Essen mehr kaufen, Du kannst nichts mehr tun. Totale Kontrolle über die Bevölkerung. Die wollen eine Weltregierung unter ihrer Kontrolle."

Dies war der Grund, warum sich Russo gegen die Mitgliedschaft beim CFR entschied, dessen Tochtergesellschaft nun über ihr aktives Mitglied Claus Kleber offene RFID-Werbung im deutschen Fernsehen betreibt.

Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, entweder wir erwehren uns dieser Entwicklung mit aller Entschlossenheit, oder die totale Überwachung wird unsere völlige Versklavung an die von Aaron Russo geschilderte Elite bedeuten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>**Feindbild Mutter**

_ von Tino Perlick

Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.

Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozess im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."

Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.

Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft

fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.

Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.

Angriff der Feministinnen

Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.

Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich.

Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch *Das Eva-Prinzip* zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.

Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch *Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müssen* kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.

"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."

Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgen-

der Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschwerten, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online. Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an. Besonders dreist:

Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschwerten, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."

Eva Herman

Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschäfte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion "*Wir haben abgetrieben*" teilgenommen haben.

Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauer-rang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hart-linker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.

Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschuß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungsideologie".

Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.

Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Kerner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettert Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Ber-gers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem

Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.

2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Terrorquelle Islam**

Wer die Ursachen des Fanatismus leugnet, führt Europa in eine Katastrophe

"Das hat nichts mit dem Islam zu tun." Diese immer gleiche Parole entblößt sich zunehmend selbst. Die Kritik wird lauter.

Wer ein Problem lösen will, muß zunächst dessen Quelle aufdecken. Deutschlands politische Führung versucht nach den Anschlägen von Brüssel, wie schon nach Paris und ähnlichen Bluttaten, dagegen alles, um den Blick auf die Quelle zu vernebeln.

Nach dem Pariser November-Massaker sprach Angela Merkel von "gottlosen" Tätern - dabei war es unübersehbar religiöser Wahn, der die Mörder angetrieben hatte. In ihrer Stellungnahme zum Massenmord von Brüssel verzichtete die Kanzlerin nun sogar ganz auf die Benennung des Täterkreises, als besäßen die Verbrecher weder Motiv noch Hintergrund. Statt dessen sprach Merkel nur vage von den Feinden unserer Werte, die das Blutbad angerichtet hätten.

Vizekanzler Sigmar Gabriel betonte nach Brüssel, daß die Täter "alles keine Flüchtlinge", sondern in Paris und Brüssel geboren seien, wo man sie "ohne Bildung und Arbeit gelassen" habe. So wird die Schuld klammheimlich auf die abendländische Umgebung der Attentäter geschoben, weil die sich nicht genügend um die jungen Muslime gekümmert habe.

Gabriel liegt in dreifacher Hinsicht falsch. Erstens ist mindestens ein Terrorverdächtiger von Paris über die "Balkanroute" eingesickert. Zweitens verfügen etliche unter den Verdächtigen über eine gute Ausbildung und Arbeit. Drittens wäre Europa längst im Blut ertrunken, wenn wirtschaftliche Perspektivlosigkeit junger Menschen zu Terror führte - allein in Italien oder Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit seit vielen Jahren auf astronomischer Höhe verharrt, müßte diesbezüglich der Teufel los sein - ist er aber nicht. Was Kanzlerin Merkel anstimmt und ihr Vize Gabriel fortspinnt, ist die gefährliche Ablenkungs-Parole, der Terror habe "nichts mit dem Islam zu tun".

Die öffentliche Debatte nach den Brüsseler Anschlägen deutet allerdings darauf hin, daß die Menschen in Europa der Vertuschung der Terror-Ursachen zunehmend überdrüssig werden. Selbst Mainstream-Medien und Staatssender, die unlängst noch auf Merkels oder Gabriels Linie schwammen, beginnen, kritische Fragen nach den Abgründen in den Lehren des Islam zu stellen. Und sogar innerhalb der islamischen Welt mehren sich kritische Stimmen, die das Wegschieben des Problems von seinem religiösen Kern nicht länger hinnehmen wollen.

Daß ein Zusammenhang zwischen islamischer Zuwanderung und wachsender Terrorgefahr in Europa besteht, muß die friedvollen Muslime schmerzen. Diesen Zusammenhang deshalb aber zu leugnen, ist unverantwortlich. Diese dauernde Leugnung zieht uns immer tiefer in eine Spirale von Haß und Gewalt, an deren Ende eine Eskalation wartet, die jede heutige Vorstel-

lungskraft sprengt. Die politisch-korrekten Nebelwerfer sind es, die den Weg in eine solche Katastrophe zu ebnen helfen. *Hans Heckel*<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Bundesregierung ahnungslos**

Rätsel um Drohnen-Relaisstation in Ramstein weiter ungelöst

Die Bundesregierung hat noch immer keine Ahnung, ob die USA von deutschem Boden aus ihren Drohnenkrieg führen. Das ist die Quintessenz der Aussage von Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor dem NSA-Untersuchungsausschuß.

Trotz intensiver Gespräche mit der US-Regierung habe man "bisher keine abschließende Antwort" auf die Frage erhalten, ob der US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein dafür als Relaisstation dient, so Steinmeier. Er sehe aber keinen Anlaß, den Angaben von US-Präsident Barack Obama zu mißtrauen, von deutschem Boden aus würden Drohnen weder gestartet noch gesteuert.

Obamas Angaben sind indes durch die Aussage des ehemaligen US-Drohnenpiloten Brandon Bryant erschüttert, der dem Ausschuß berichtet hatte, daß allein die Relaisstation in Ramstein den Einsatz über Afrika wie über dem Mittleren Osten überhaupt erst ermögliche.

Der Verdacht, Deutschland könnte in den Drohnenkrieg verwickelt sein, bezieht sich auch auf das US-Zentralkommando für Afrika (Africom) in Stuttgart. Es wird vermutet, daß die Flüge von dort aus befehligt werden. Laut Steinmeier allerdings muß mit Obamas Antwort auch der Verdacht gegen Africom als ausgeräumt gelten. Dessen Ansiedlung im Jahre 2007 hält er für richtig, weil damit die US-Präsenz in Deutschland gestärkt worden sei. Zum anderen hätten die USA damit ihr fortdauerndes Interesse am afrikanischen Kontinent bekräftigt. Welchen Nutzen Deutschland davon konkret hat, sagte Steinmeier nicht.

Weiter betonte der Außenminister, Deutschland, das selbst an Militäreinsätzen beteiligt sei, habe keinen Anlaß, "über die Amerikaner zu Gericht" zu sitzen. Vielmehr habe es "ein herausragendes Interesse, mit den Amerikanern gemeinsam Politik zu machen für die Beruhigung von Konflikten, die uns im Augenblick vor Augen liegen, und die keinen Aufschub dulden". Dies sei wichtiger "als alle Irritationen". Was wohl heißen soll, daß die Bundesregierung das Drohnen-Thema zu den Akten gelegt hat. J. H.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**"Sommerzeit überflüssig"**

Union und Linkspartei plädieren nach Studie für Abschaffung

Die Sommerzeit ist relativ überflüssig." Das ist das Fazit einer umfangreichen Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zur Bilanz der 1980 eingeführten Zeitumstellung. Mit seiner Meinung steht es offenkundig nicht allein. In der laufenden Legislaturperiode hat es zur Abschaffung der Sommerzeit bereits 571 Petitionen im Bundestag gegeben - so viele wie zu keinem anderen Thema.

Das deutsche Parlament allerdings kann aus rechtlichen Gründen allein nichts an der Zeitumstellung ändern. Denn jede Änderung am Wechsel zwischen Normalzeit und Sommerzeit erfordert grundsätzlich eine Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie. Und ob ein Änderungsverfahren eingeleitet wird, liegt allein im Ermessen der EU-Kommission.

Zuletzt hatte sich 2007 die EU-Kommission mit diesem Thema beschäftigt und herausgefunden, daß, abgesehen von der Begünstigung von Freizeitaktivitäten und der Erzielung geringfügiger Energieeinsparungen, die Auswirkungen der Sommerzeit kaum ins Gewicht fallen. Auch den aktuellen Erkenntnissen des TAB zufolge sind die Auswirkungen der Zeitumstellung weder in die eine noch in die andere Richtung in relevantem Maß meßbar.

Energieeinsparmöglichkeiten seien kaum feststellbar. Zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft lägen laut TAB praktisch keine konkreten Informationen oder quantitative Daten vor. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen seien, wenn es welche gebe, nur von vorübergehen-

der Dauer. Eine Erhöhung des Herzinfarkttrisikos durch die Zeitumstellung sei nicht nachweisbar.

Vertreter der Union und der Linkspartei plädieren dafür, die Sommerzeit abzuschaffen. Auch wenn die gesundheitlichen Auswirkungen noch so gering seien, seien sie möglicherweise vorhanden. Zudem koste die Zeitumstellung jedes Mal viel Geld, ohne daß Deutschland einen Nutzen davon habe. J. H.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Blanker Hohn**

Jan Heitmann

Vor drei Jahren schwadronierte der damalige WDR-Chefredakteur Jörg Schöneborn davon, daß die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten "das Funktionieren unserer Demokratie" sichern würden. Doch wie wenig sie tatsächlich staatsferne, unabhängige und objektive Berichterstattung bieten sollen, führt uns die rot-grüne Landesregierung in Bremen vor Augen. In aller Eile hat sie ein neues Radio-Bremen-Gesetz durchgepeitscht, mit welchem dem Sender vorgegeschrieben wird, was er zu senden hat.

Dort heißt es nämlich: "Die Angebote der Anstalt haben die besonderen Belange von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen ist nachhaltig zu unterstützen." Daß es dann weiter heißt, "die Gestaltung der Angebote der Anstalt" müsse "frei sein von Beeinflussung durch die Regierung oder von einseitiger Einflußnahme durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere Interessengruppen", wirkt wie blanker Hohn.

Bei der Gelegenheit haben die Regierenden auch gleich dafür gesorgt, daß die im vergangenen Jahr mit vier Abgeordneten ins Landesparlament eingezogene AfD aus dem Rundfunkrat fern gehalten wird. Denn wenn sich dieser Anfang Juni für die nächsten vier Jahre neu konstituiert, dürfen nur noch die Parteien Vertreter in das Kontrollgremium entsenden, die mindestens in Fraktionsstärke, also mit fünf Abgeordneten, ins Parlament eingezogen waren.

So ist das Paket, das Bremer SPD und Grüne für den ARD-Landessender geschnürt haben, ein Angriff auf dessen redaktionelle Hoheit, auf die Pressefreiheit und damit auf die Demokratie an sich.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**"Konfliktreiche Debatten sind Vergangenheit"**

Gundula Bavendamm, neue Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, im PAZ-Interview

Am heutigen 1. April tritt die Historikerin und Kulturmanagerin Gundula Bavendamm ihren neuen Posten als Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) an. Im Interview mit der PAZ erläuterte sie ihre Vorstellungen hinsichtlich ihrer Arbeit und der Zukunft der Stiftung. Die Fragen stellte Manuel Ruoff.

PAZ: In der Politik läßt sich der Versuch feststellen, das Schicksal der deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem heutiger Asylsucher aus Schwellen- und Entwicklungsländern gleichzusetzen. Wie wollen Sie darauf reagieren?

Gundula Bavendamm: Die Frage nach den Bezügen zwischen dem Flüchtlingsphänomen heute und zur Zeit des Zweiten Weltkriegs ist nicht von vornherein falsch. Vor allem die Größenordnung von rund 60 Millionen Menschen stellt eine Parallele dar. Auch das unmittelbare Erleben derer, die heute etwa als Kriegsflüchtlinge gegen ihren Willen ihre Heimat verlassen müssen, unterscheidet sich nicht grundsätzlich von dem, was die Deutschen 1944/45 erlebten. Allerdings liegen den heutigen Flüchtlingsströmen keine staatlichen Beschlüsse zugrunde. Neben den Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten gibt es Millionen Menschen, die ihr Land verlassen, weil sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen.

Ungeachtet der Ursachen und Motive für Migration bin ich davon überzeugt, daß die Aller-

meisten in ihrer Heimat bleiben würden, wenn sie dort eine Chance hätten. Jene 350.000 Menschen, die infolge der Jugoslawienkriege nach Deutschland kamen, kehrten weit überwiegend bis Ende der 1990er Jahre in ihre Herkunftsgebiete zurück, weil sie dort wieder sicher waren. Eine solche Rückkehrmöglichkeit hatten die Deutschen nach 1945 aus bekannten Gründen nicht.

PAZ: Es läßt sich eine Tendenz feststellen, die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auch dadurch zu relativieren, daß der qualitative Unterschied unterschlagen wird zwischen der Entvölkerung ganzer Provinzen, wie sie in Ostdeutschland oder dem Sudetenland erfolgte, auf der einen Seite und Vertreibungen einzelner Minderheiten durch die Mehrheitsbevölkerung, wie sie im 20. Jahrhundert häufiger vorkamen, auf der anderen. Wie wollen Sie dieser Tendenz begegnen?

Bavendamm: Jede Zwangsmigration weist ihre spezifischen Merkmale auf, die wir benennen sollten. Dies gilt natürlich auch für jene rund 12,5 Millionen Deutschen, die ab 1944 von Vertreibungen betroffen waren. Die Größenordnung und der unmittelbare Kontext des Zweiten Weltkriegs geben diesem Phänomen sein Gepräge. Doch bringt uns eine dichotomische Gegenüberstellung mit Zwangsmigrationen anderer Minderheiten nicht weiter. Flucht und Vertreibung der Deutschen bestand aus einem Spektrum von Erscheinungsformen mit deutlichen regionalen Unterschieden.

Das wird etwa mit Blick auf Ostpreußen und Rumänien deutlich. Bezogen auf die meisten der Einzelphänomene gab es im 20. Jahrhundert sehr wohl Parallelen: der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg mit 1,6 Millionen Betroffenen oder die Vertreibung von etwa 450.000 karelischen Finnen durch die Sowjetunion zwischen 1940 und 1944.

PAZ: Läßt sich die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als einzigartig bezeichnen?

Bavendamm: Man muß sich immer wieder den Kontext bewußt machen, gesamteuropäisch und nicht zuletzt auch global. Im Zuge der Teilung von Britisch-Indien 1947 etwa wurden 20 Millionen Menschen deportiert, vertrieben oder umgesiedelt.

PAZ: Glauben Sie, daß Sie mit dem Revisionismusvorwurf konfrontiert werden?

Bavendamm: Nein, das glaube ich nicht. Das Stiftungsgesetz und die Konzeption für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung bieten dafür keine Anhaltspunkte. Es gehört gewissermaßen zur DNA der Stiftung, daß wir nicht über Flucht und Vertreibung der Deutschen sprechen können, ohne diese einerseits in den Kontext der NS-Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und andererseits in den Kontext der Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen.

PAZ: Fürchten Sie - gerade auch im Angesicht des Schicksals Ihres Vorgängers -, auf einem Schleudersitz zu sitzen?

Bavendamm: Meiner Einschätzung nach liegen die konfliktreichen, schwierigen Debatten hinter der SFVV. Alle Beteiligten sind daran interessiert, daß die Stiftung jetzt nach vorne schaut. Wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen und durch positive Schlagzeilen von uns reden machen.

PAZ: Wo sehen Sie sich in der Kontinuität Ihres Vorgängers und wo möchten Sie eigene Schwerpunkte setzen?

Bavendamm: Ich betrachte die in der Ära Kittel verabschiedete Konzeption für die Stiftungsarbeit sowie die darin enthaltenen Leitlinien für die Dauerausstellung als Grundlage meiner Arbeit. Mir liegt vor allem daran, diesen wissenschaftlichen Text in eine überzeugende Ausstellung zu transponieren: sprachlich verständlich, dramaturgisch plausibel und anschaulich dargestellt. Der nächste Schritt ist ein "Drehbuch" für die Ausstellung, das hat bisher gefehlt.

PAZ: Was sind Ihre Erwartungen gegenüber dem Beirat und wie stellen Sie sich seine ideale

Zusammensetzung vor?

Bavendamm: Ich tendierte dazu, den Beirat zu verkleinern, was das Stiftungsgesetz auch zuläßt. Mit zehn oder zwölf Personen kann man eher arbeiten und diskutieren, als wenn 15 Experten zusammensitzen und man wegen der begrenzten Zeit im Grunde nicht über Statements hinauskommt. Es sollten Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen vertreten sein: Wissenschaftler natürlich, aber auch Museologen und Didaktiker. Ich kann mir auch einen "Querdenker" vorstellen, einen Intellektuellen, der nicht unbedingt Fachmann für Zwangsmigrationen sein muß. Unverändert wichtig ist die Internationalität des Beirats.

Ich werde mich in jedem Fall um Vertreter auch aus Polen und Tschechien bemühen, wohlwissend, daß dies nicht leicht sein wird. Last but not least ist es mir wichtig, auch qualifizierte Frauen für den Beirat zu gewinnen. Der Beirat sollte sich dem Wohl der SFVV verpflichtet fühlen. Es ist nicht seine Aufgabe, sich in das operative Geschäft einzumischen.

PAZ: Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit und den Medien? Welche Hoffnungen und Erwartungen haben Sie?

Bavendamm: Öffentlichkeit und ein guter Kontakt zu den Medien sind wichtige Erfolgsfaktoren, gerade für die SFVV. Es hat sich viel Mißtrauen aufgebaut durch die Querelen der letzten Jahre. Das beste Rezept dagegen sind meines Erachtens Transparenz und eine klare Kommunikation auf Grundlage des Stiftungsgesetzes und der Konzeption. Bewußt habe ich gleich nach meiner Wahl alle Medienanfragen beantwortet. Durch den positiven Grundtenor der bisherigen Veröffentlichungen fühle ich mich in dieser Haltung bestätigt.

PAZ: Was sind Ihre Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Opfern und deren Interessenorganisationen?

Bavendamm: Mein erster Adressat ist der Bund der Vertriebenen beziehungsweise sein Präsident Bernd Fabritius. Mit ihm hatte ich bereits ein gutes Gespräch. Nach Amtsantritt werde ich alle Stiftungsratsmitglieder persönlich treffen und so auch die einzelnen Landsmannschaften besser kennenlernen. Durch das Gespräch mit Herrn Fabritius ist mir deutlich geworden, daß in den Archiven der Landsmannschaften zum Teil Schätze liegen, die wir für die neue Dauerausstellung heben können.

PAZ: Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Vertreiberstaaten beziehungsweise den Staaten vor, zu denen heute die Vertreibungsgebiete gehören?

Bavendamm: Eine wichtige Ebene der Zusammenarbeit wird hoffentlich der neue Beirat sein.

PAZ: Erwarten Sie Unterstützung von der deutschen Politik?

Bavendamm: Sicher werde ich darüber auch mit der Politik in Kontakt sein. Im Stiftungsrat sitzen auch Vertreter des Auswärtigen Amtes, mit denen ich mich nach meinem Amtsantritt zum Gespräch treffen werde.

PAZ: Wie zukunftsfähig ist die Stiftung angesichts des heute herrschenden Zeitgeistes?

Bavendamm: Die SFVV ist in dem Maße zukunftsfähig, wie es ihr gelingt, das historische Phänomen von Flucht und Vertreibung der Deutschen im Kontext der NS-Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten und für ein internationales Publikum von heute überzeugend darzustellen und zu vermitteln. Dazu gehört auch, Bezüge zur gegenwärtigen Flüchtlingskrise herzustellen.

PAZ: Ist das jetzt Ihr Traumjob?

Bavendamm: Die Leitung der SFVV ist für mich eine hochinteressante neue Aufgabe, auf die ich mich freue.

PAZ: Welche Ihrer im Laufe Ihrer wissenschaftlichen Karriere erworbenen Erfahrungen und Qualifikationen möchten Sie in Ihrer neuen Funktion einsetzen?

Bavendamm: Ich werde die gesamte Breite meiner Erfahrungen und Qualifikationen einbringen. Auch als Direktorin des Alliierten-Museums war meine Arbeit im Spannungsfeld zwi-

schen Wissenschaft, Kulturpolitik und Diplomatie angesiedelt. Das gilt in der SFVV in gesteigerter Weise. Ich fühle mich daher für die neue Aufgabe gut gerüstet.

PAZ: Wenn Sie sich für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung etwas wünschen könnten, was wäre das?

Bavendamm: Ich wünsche mir, daß die SFVV zur Ruhe kommt und sich auf ihre anspruchsvollen Aufgaben konzentrieren kann. Die Stiftung sollte sich zu einer lebendigen Institution entwickeln, die sich mit einem erkennbar eigenen Profil zum Menschheitsthema der Zwangsmigrationen im öffentlichen Diskurs positioniert und diesen mit prägt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):
>>Die Täter nannten es "Aussiedlung"

Vor 70 Jahren wurden die Ungarndeutschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. In der 1949 entstandenen Bundesrepublik wurden 225.000 Ungarndeutsche amtlich registriert. Die dafür verantwortliche Vertreibung der deutschen Volksgruppe aus Ungarn ist leider nicht einzigartig, der Umgang des heutigen Ungarn damit hingegen schon.

In dem von Polizei umstellten Budapester Vorort Wudersch (Budaörs) wurden die "Schwabben" aus den Betten geholt. Nur das Allernötigste durften sie zusammenklauben, bevor sie zum Bahnhof getrieben wurden. In bereitstehenden Viehwaggons verließen 1.058 Bewohner die Ortschaft; zehn Tage später kamen sie in Aalen an. Ein zweiter Transport mit 1.054 Menschen erreichte Anfang Februar 1946 Göppingen.

Binnen fünf Wochen sahen sich 6.753 Wuderscher wie Vieh nach Württemberg und Baden verfrachtet. Das benachbarte Wudigess (Budakeszi) mußten 3.800 "Schwabben" im März 1946 in vier Transporten Richtung Süddeutschland verlassen.

Dorf für Dorf, Komitat (Bezirk) für Komitat, in denen die Schwaben (svábok), wie die Ungarndeutschen stets genannt wurden, seit Generationen lebten, leerte sich. In der Volkszählung vom 21. Dezember 1941 hatten 477.057 Personen "deutsch" als ihre Volks- oder Sprachzugehörigkeit angegeben; 161.636 ungarische Staatsbürger deutscher Nationalität verließen bis Dezember 1946 das Land.

Der US-amerikanische General Lucius D. Clay hielt 168.000 als Zahl der Ankömmlinge in seinem Besatzungsgebiet fest. Auf seine Anordnung hin endete am 1. Dezember 1946 die "Aussiedlung" in den US-amerikanisch besetzten Teil Deutschlands. Aber zwischen Frühjahr 1947 und Sommer 1948 verbrachte man noch einmal gut 50.000 Deutsche aus Ungarn in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), von denen viele den Weg in die Westzonen wählten.

In der 1949 entstandenen Bundesrepublik wurden 225.000 Ungarndeutsche amtlich registriert. Neben Vertriebenen gehörten dazu auch Heimkehrer aus der Sowjetunion. 6.4000 "Schwabben" waren dorthin zur Zwangsarbeit deportiert worden. 16.000 überlebten diese Deportation und Zwangsarbeit nicht.

Die "Aussiedlung" (kitelepités) - so der beschönigende amtliche Sprachgebrauch - war im Staatsanzeiger (Magyar Közlöny) Nr. 211 vom 29. Dezember 1945 veröffentlicht und über die Verordnung Nr. 12330 bekanntgemacht worden. Sie berief sich auf die Legitimierung durch die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945.

Aus Sitzungsprotokollen der Alliierten geht indes hervor, daß die Vertreibung der Ungarndeutschen ursprünglich gar nicht vorgesehen war, sondern von der damaligen ungarischen Regierung beantragt und erst nach "Genehmigung" - nicht "auf Weisung", wie Zoltán Tildy, ein reformierter Pfarrer, Ministerpräsident bis 1946, danach bis 1948 Staatspräsident, in der von ihm unterzeichneten Verordnung behauptet hatte - durch die Alliierte Kommission ermöglicht worden war.

Es sind auch nicht die Kommunisten allein gewesen, welche die Ungarndeutschen kollektiv büßen ließen. Alle den "Schwabben" geltende Maßnahmen - Entrechtung, Enteignung, Vertreibung, Umsiedlung Verbleibender innerhalb Ungarns - wurden zwischen 1945 und 1947 ergrif-

fen, als in Budapest überwiegend ungarisch-nationale Parteien das Sagen hatten.

Die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte, die in der Wahl zur Nationalversammlung am 4. November 1945 57,03 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bildete mit Sozialdemokraten (17,41 Prozent), Kommunisten (16,95 Prozent), Nationaler Bauernpartei (6,87 Prozent), Demokratischer Partei (1,62 Prozent) sowie den Radikalen (0,12 Prozent) eine (von der sowjetischen Besatzungsmacht angeordnete) Allparteienregierung, von deren 16 Ministern die Kommunisten vier stellten.

Den aus Moskau zurückgekehrten führenden ungarischen Kommunisten war der Gedanke kollektiver Bestrafung selbstredend nicht fremd. Enthalten war er im Konzept für eine radikale Bodenreform, das der nachmals berühmte Imre Nagy, seinerzeit Agrarreferent der "Moskowitz", vor Bildung der provisorischen Regierung in Debrecen 1944 ausgearbeitet hatte. Es sah vor, "Vaterlandsverräter, Kriegsverbrecher, Mitglieder des deutschen Volksbunds und Personen, die in der Wehrmacht gedient haben, vollständig und entschädigungslos zu enteignen".

Andererseits propagierten nationalistische Kreise die "Kollektivbestrafung der Schwaben". Besonders die Nationale Bauernpartei rührte die Trommel. Generalsekretär Imre Kovács wetterte am 7. April 1945: "Sie haben sich selber aus dem Körper der Nation herausgerissen und in allen ihren Taten bewiesen, daß sie mit Hitler-Deutschland fühlen. Nun sollen sie auch Deutschlands Schicksal tragen. Wir werden sie aussiedeln." Und das Parteiorgan der Kleinlandwirte "Kis Újság" stimmte ein:

Das "deutsche Gift" müsse "ausgeleitet, das deutsche Geschwür aus dem nun heilenden Körper der Nation herausgeschnitten" werden, hieß es in der Ausgabe vom 18. April 1945. Außenminister János Gyöngyösi überreichte schließlich am 26. Mai die formell an die Sowjetunion gerichtete Note:

"Die ungarische Regierung ist zu dem Entschluß gelangt, daß es notwendig ist, jene Deutschen, die die Sache Ungarns verrieten und in den Dienst Hitlers traten, aus dem Lande zu entfernen, weil nur auf diese Weise sicherzustellen ist, daß der deutsche Geist und die deutsche Unterdrückung nicht mehr darin Herr werden." Sie ersuche "die Sowjetunion um ihr Einverständnis, die zu entfernenden Deutschen – 200.000 bis 250.000 an der Zahl - nach Deutschland auszusiedeln."

Was während der kommunistischen Ära ein Tabu war, dafür hat sich das erste frei gewählte ungarische Parlament 1990 in aller Form entschuldigt. Und das ungarische Verfassungsgericht annullierte alle Bestimmungen, auf denen die Vertreibung fußte. Andernorts steht derlei aus, ja trotz EU-Mitgliedschaft sind in Tschechien sowie in der Slowakei die Benes-Dekrete, in Slowenien die Avnoj-Bestimmungen nach wie vor Bestandteile der geltenden Rechtsordnungen. Seit 1993 ist in Ungarn ein Minderheitengesetz in Kraft.

Alle Minoritäten, so auch die deutsche, verfügen seit 1995 über Selbstverwaltungsorgane. Laut der Volkszählung von 2011 bekennen sich knapp 186.000 Personen zur deutschen Nationalität, was 1,9 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. 92.000 geben Deutsch als ihre Muttersprache an.

Am 18. Juni 2006 wurde die Landesgedenkstätte zur Vertreibung der Ungarndeutschen auf dem Alten Friedhof zu Wudersch eingeweiht. Dort legte Viktor Orbán, der weithin im Westen verhaßte ungarische Ministerpräsident, aus Anlaß des von seiner Regierung vor zwei Jahren eingeführten Gedenktags für die vertriebenen Deutschen, den es in keinem anderen ehemaligen Vertreiberstaat gibt, auch dieses Jahr einen Kranz nieder.

Mit den Worten "Im Namen der ungarischen Regierung wünsche ich unseren in Ungarn lebenden deutschen Mitbürgern, daß sie das Andenken ihrer Ahnen bewahren und ihre Kinder als in der deutschen Kultur aufgewachsene gute Ungarn erziehen sollen. Ehrfurcht den Opfern. Gebührende Erinnerung an die Leidenden. Ein Verneigen vor der Erinnerung an die Un-

schuldigen. Anerkennung und Ruhm jenen, die den in Not geratenen Ungarndeutschen geholfen hatten. Alles Gute unseren mit uns zusammenlebenden deutschen Mitbürgern", schloß er seine Ansprache - dort, wo 70 Jahre zuvor alles begonnen hatte.

Reynke de Vos.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Nur Flüchtlinge?**

Zu: "Nazi-Keule" ist abgeprallt (Nr. 11)

Die Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemalige BdV-Präsidentin, Erika Steinbach, vertritt Menschenrechte, Rechte auf Heimat und Leben. Und sie bemüht sich auch, hinter die Kulissen zu schauen. So muß es ihr sicher schwerfallen, die Menschen, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur geflüchtet sind, sondern auch aus ihrer Heimat vertrieben wurden und unsagbares Leid in Form von massenhaften Vergewaltigungen hinnehmen mußten oder schlichtweg ermordet wurden, mit all den Menschen zu vergleichen, die heute als "Flüchtlinge" auftreten.

Gewiß, auch Frau Steinbach erkennt, daß Menschen aus Kriegsgebieten, die ähnlich denen der Nachkriegszeit in Deutschland um ihr Leben zu fürchten hatten, ein Recht auf Leben und Schutz haben. Doch sie unterscheidet zwischen den damals geflüchteten und denen, die heute in unser Land kommen.

Selbst wenn man unberücksichtigt läßt, daß in den Jahren ab 1945 Menschen der selben Nationalität, Kultur und Religion in das Restgebiet Deutschlands kamen, so ist doch ein Unterschied festzustellen, daß die Menschen, die jetzt zu uns strömen, nicht nur auf diesen drei Gebieten anders sind, es handelt sich zum Großteil nicht einmal um Flüchtlinge im eigentlichen Sinn, es sei denn sie werden als "Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnet. Dann aber passen sie nicht unter den Begriff, der auf Grausamkeit beruht, sie wollen schlichtweg ein besseres Leben. Dies ist auch zu verstehen, doch nur dann, wenn diese Menschen nicht unter dem Deckmantel "Flüchtling" illegal einreisen und Forderungen stellen.

Wir sind überzeugt, daß Steinbach eine Angst auszusprechen wagt, die sich jüngst bei der Drei-Länder-Wahl gezeigt hat. Anstatt sie auszugrenzen, sollte man ihre Befürchtungen ernst nehmen, denn sie spricht das aus, was bei einem nicht geringen, aber schweigenden Teil der Bevölkerung gedacht wird. Beginnen wir doch, auch auf die schweigende Gruppe unserer Mitmenschen zu hören, die ansonsten versuchen wird, sich bei anstehenden Wahlen in extremen Richtungen zu artikulieren.

Edmund Ferner und Gerhard Hahl, Burg auf Fehmarn.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Das Ende der DDR**

Rückblick auf das Jahr 1989

Sein ungläubiges Staunen über die Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR hatte SED-Politbüromitglied Horst Sindermann in die berühmt gewordenen Worte gefaßt: "Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Gebeten und Kerzen!" Ja, die DDR-Führung war auf jeden gewaltsamen Widerstand mit Sicherheitskräften, Polizei und Kampfgruppen bestens vorbereitet. Aber auf gewaltfreie Demonstrationen, die immer mehr answollen und am Ende das ganze Land erfaßten, wußte sie keine Antwort.

Nach dem KSZE-Abkommen von Helsinki 1975 war zwischen beiden deutschen Staaten ein Korrespondentenaustausch vereinbart worden. Die SED hätte das am liebsten bald wieder rückgängig gemacht, denn westdeutsche Journalisten in der DDR entwickelten bald eine für den Staat gefährliche Virulenz, kamen doch via Fernsehen ganz andere Informationen ins Land als die der SED-Propaganda.

Umgekehrt erfuhren westdeutsche Leser und Hörer viele Details über den DDR-Alltag. Lothar Loewe für die ARD, Joachim Jauer für das ZDF, die Zeitungsredakteure Karl-Heinz Baum

("Frankfurter Rundschau") und Peter Pragal ("Süddeutsche Zeitung") gehören zu den bekanntesten Namen.

Daneben gab es den Evangelischen Pressedienst "epd", der wohl am ausdauerndsten berichtete und wegen seiner Nähe zu den Kirchen in der DDR besondere Beachtung fand. Zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit haben Redakteure vom epd-Landesdienst Ost und Karl-Heinz Baum an die damaligen Ereignisse erinnert. In 46 Reportagen, Analysen und Interviews wird zunächst ein Rückblick auf die 80er Jahre in der DDR gegeben, als die Unruhe unter der Bevölkerung ständig wuchs, was sich in der wachsenden Zahl von Ausreiseanträgen und entsprechenden Repressalien der Staatsmacht zeigte.

Das Jahr 1989 zeichnen die Autoren Monat für Monat penibel nach; sie erinnern an die skandalöse Wahlmanipulation im Mai 1989, an die Grenzöffnung in Ungarn, an die überfüllte deutsche Botschaft in Prag, an die Gründungen von Sozialdemokratie und Neuem Forum im Herbst, an Honeckers Abwahl und Krenz' Nachfolge und an das unglaubliche Tempo der Entwicklung nach der Maueröffnung, der kein Jahr später die staatliche Einheit folgte.

Beispielhafte regionale Einsprengsel ergänzen die allgemeine Entwicklung: der letzte Kirchentag in der DDR, Besetzungen von Stasi-Zentralen in Erfurt und anderswo, die friedliche "Wiedereroberung" des jahrzehntelang für Zivilisten gesperrten Brocken im Harz. Zur besseren Orientierung finden sich für August bis Dezember 1989 jeweils eine Monatschronik sowie zwei Texte zur Berliner Mauer und zu den Opfern an dieser "Staatsgrenze".

Die meist nur drei bis vier Seiten umfassenden Beiträge ergeben in der Summe eine Dramatik, in die sich der Leser rasch hineingezogen fühlt. Die Autoren haben offensichtlich in vielen Fällen auf frühere Texte zurückgegriffen und, soweit erforderlich, Informationen ergänzt.

Ob dieses Buch wirklich, wie Manfred Stolpe in seinem Vorwort schreibt, "so umfassend und so lebensnah" geschrieben ist wie kein anderes über die Wende, sei dahingestellt; die intime Kenntnis der Autoren und der flüssige Stil machen das Buch aber in der Tat zu einer spannenden Lektüre und zeigen zugleich sowohl die Notwendigkeit als auch die Wirkung einer für jede Demokratie unerlässlichen Freiheit der Medien - was diese freilich auch in die Pflicht nimmt, nämlich wahrheitsgetreu, nicht übertrieben und hysterisierend zu berichten.

Dirk Klose

Karl-Heinz Baum, Thomas Schiller (Hg.): "Mit Kerzen haben sie nicht gerechnet. Das Ende der DDR - von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit". Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>Nato im Kalten Krieg

Über Stay-Behind-Organisationen im Nachkriegsdeutschland

Lediglich drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Sowjets mit ihrer Berlin-Blockade und 1950 verursachten sie den nordkoreanischen Kriegsüberfall auf den Südtel des Landes. Zunehmend befürchtete man nicht nur in Bonn, Paris und London, sondern speziell in Washington, Moskau werde versuchen, mit seinen insgesamt 45 Divisionen ebenfalls Westeuropa zu überrennen.

Nach den Erfahrungen der deutschen Wehrmacht mit den sowjetischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg begann die CIA, für einen solchen Fall überall eine Art Schattenarmee aufzubauen, die im Krieg als Partisanen und Funker gegen die sowjetische Besatzungs-Streitkräfte kämpfen sollten. Schon aus geographischen Gründen war dabei Deutschland der Schwerpunkt. Während sie in anderen Ländern auf entsprechende Militär-Einheiten und Widerstandskämpfer zurückgreifen konnte, standen in West-Deutschland nur Spezialisten aus Wehrmacht und SS zur Verfügung - ihre politische Vergangenheit war nunmehr kein Hinderungsgrund.

An bestimmten Punkten wurden in Wäldern Erdbunker angelegt, die in handkoffergroßen Blechcontainern Sprengstoff sowie Waffen nebst Munition enthielten; viele waren zudem mit

Zigaretten und Schokolade versehen sowie - nagelneu und wasserdicht verpackt - Verbandszeug mit Spritzen und Penicillin (noch vor wenigen Jahren wurden solche Waffenlager in Holland und Norwegen entdeckt).

Zur antikommunistischen Propagandaarbeit baute die CIA 1950 den Bund Deutscher Jugend auf, der bereits ein Jahr später über zwei Millionen Flugschriften im Bundesgebiet verteilte. Seine Behauptung, 1952 über 18600 Mitglieder zu haben, war indes stark übertrieben. Daß der BDJ auch heimliche Anhänger in der DDR hatte, entspricht den Tatsachen.

Zugleich entstand sein Technischer Dienst, dessen Mitglieder als Sabotagetrupps vorgesehen waren. Ihre Ausbildung umfaßte jeweils bis zu 14 Mann und erfolgte in einer Villa in Wald-Michelsbach im Odenwald, getarnt als Erholungsheim. Die Wirkung von Partisanen wird oft unterschätzt: Können sie doch feindliche Truppen binden, deren Soldaten durch Überfälle dezimieren und demoralisieren und ihren Nachschub gefährden. Behauptungen, der Technische Dienst solle bei inneren Unruhen unliebsame Persönlichkeiten beseitigen, führten 1953 zum Verbot. Damals besaß er mit seinen 7.000 Mitgliedern 12.600 Panzerfäuste, 560 Maschinengewehre und 140 Funkgeräte.

Viele von ihnen übernahm die Organisation Gehlen, die seit 1949 ebenfalls eine Stay-Behind-Gruppierung aufbaute. Bald konnte sie etwa 500 Deutsche eingliedern, welche bisher für ähnliche Organisationen der französischen, niederländischen und dänischen Spionage tätig waren. Bereits 1946 hatte Gehlen selber den Nachrichtendienst Kopenhagens mit dessen 30 Funkposten kontaktiert, der ihn bei der Einschleusung seiner Agenten nach Polen unterstützte.

Vier Jahre später bestanden engere Funkverbindungen zur Schweiz, zu Frankreich und Spanien. In der DDR arbeiteten 1954 rund 70 geheime Funker, davon sieben an Schlüsselpositionen an der Oder-Neiße-Linie, sowie einige in Polen und der CSSR. In der Bundesrepublik bestanden für den Ernstfall bereits 1952 an 65 Orten Erddepots mit Waffen und Sanitätsmaterial, 75 Funker waren bei wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Flugplätzen stationiert.

Für die Partisanen waren eine Versorgung aus der Luft sowie eine verstärkte Einschleusung von Agenten in den Osten per Kleinst-U-Booten und per Fallschirm vorgesehen. Luftangriffe der USA sollten sich vorrangig auf die Zerstörung von Brücken über die Oder und Neiße, auf Eisenbahnlinien durch Polen und auf die Aufmarschräume der Sowjetarmeen sowie deren Raketenstellungen konzentrieren.

Für das Zurückholen der Piloten von abgeschossenen US-Flugzeugen war eine Rettungslinie mit sicheren Unterkünften bis weit in die UdSSR vorgesehen sowie Abwurfpunkte für deren Versorgung aus der Luft. Der DDR-Stasi gelang es indes ab 1979, manche Funksprüche zu orten und auch zu entschlüsseln.

Auch gerade die Briten bauten sehr bald nach 1945 ihre eigenen Stay Behind-Organisation in allen Teilen Deutschlands und Österreichs auf und legten ebenfalls geheime Erdverstecke mit der erforderlichen Ausrüstung an. Von ihr wurde auch die unabhängige Schweizer Schattenarmee "P 26" in England ausgebildet, zur Unterstützung kamen wiederholt britische Offiziere in die Alpenrepublik.

Das äußerst interessante Buch mit seinen 863 Anmerkungen ist der erste Versuch, an ein fast vergessenes Kapitel des Kalten Krieges zu erinnern. Manche Dokumente sind verschwunden, Überlebende gibt es heute nicht mehr. Ob wir je die gesamte Wahrheit erfahren?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll: "Die Partisanen der Nato", Ch. Links-Verlag, Berlin, 2015 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Angst - aber die richtige!** / Wie Merkel den Massenansturm wieder in Gang bringt, wofür Schäuble den Etat verdoppelt, und was ein Asylbewerber von Schwarzen hält

Der Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Das haben sie aber geschickt eingefädelt, unsere weisen Regierenden. Irgendwie mochte man die Zahlen ohnehin kaum schlucken. Zwischen 18.000 und 72.000 Asylsucher sollten laut dem EU-Türkei-Abkommen von Anatolien in die Europäische Union verfrachtet werden.

Das sollte alles sein? Da hatten wir in Deutschland vergangenes Jahr schon pro Monat mehr! Mit so wenigen sollten sich Angela Merkel und ihre Schleppenträger von der schwarz-rot-grünen Koalition zufriedengeben? Außenminister Steinmeier rüttelt doch schon wieder heftig am mazedonischen Grenzzaun und will die "Balkan-Route" wieder aufkriegen, damit sie endlich wieder ungehindert nach Deutschland fließen können, die Menschenmassen. Statt dessen soll er sich mit 78.000 abspeisen lassen. Da dauert der Austausch des eigenen Volkes ja noch ewig.

Keine Sorge: Das wissen die schlaunen Leute in Berlin, Brüssel und Ankara natürlich auch und haben in den Handel einen interessanten Zusatz eingebaut, der erst ein wenig später bekannt wurde. In dem Zusatz haben sie vereinbart, daß die EU der Türkei darüber hinaus noch mehrere Hunderttausend abnimmt, und zwar direkt, also wohl per Flugzeug. Gemunkelt wird derzeit von einer halben Million Menschen.

Die sollen nach dem Freiwilligkeitsprinzip in der EU verteilt werden. Es nehmen also nur die Länder welche auf, die das wünschen. Angela Merkel muß sich dabei gar nicht groß vordrängeln. Alle außer den Deutschen haben sich das Hemd schon bis obenhin zugeknöpft: Sie werden höchsten ein paar Symbol-Syrer hereinlassen.

Nach den Brüsseler Terrorattacken ist die Vorfreude auf weitere Zuwanderer aus der islamischen Welt bei unseren europäischen Nachbarn sogar noch etwas weiter abgekühlt. Ja, die Angst geht um in Europa! Wovor? Wovor wohl: Die Co-Chefin der Grünen Jugend der Schweiz, Irina Studhalter, bringt unsere aufgewühlte Stimmung auf den Punkt. Sie schrieb gleich nach den Attentaten von Brüssel: "Ich habe Angst. Nicht vor dem Islam, nicht vor Terror - sondern vor der rechtspopulistischen Hetze, die folgen wird."

Damit ist sie beileibe nicht allein. Finanzminister Schäuble und Vizekanzler Gabriel haben gerade erst dieser Tage vereinbart, die Bundesmittel für den "Kampf gegen Rechts" von jetzt 50 im nächsten Jahr auf stolze 100 Millionen Euro zu verdoppeln. Es dürfte kaum einen anderen Haushaltsposten geben, der prozentual derart rasant wächst. "Das Programm unterstützt unter anderem zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die sich in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen", lesen wir in der "Zeit".

"Menschenfeindlichkeit" ist ein sehr dehnbarer Begriff, was ihn so unsagbar nützlich macht. Für gewisse "zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte" beginnt "Menschenfeindlichkeit" dort, wo man sich weder zu Multikulti noch zu offenen Grenzen, Bleiberecht für jedermann oder zum allgemeinen Linkssein bekennen will.

Da nach dieser Definition die Mehrheit im Volk als "menschenfeindlich" eingestuft werden muß, war die Verdoppelung der Bundesmittel eine dringend gebotene Maßnahme zur Herrschaftssicherung. Die geförderten "Initiativen und Projekte" sind sozusagen in die Rolle der Dragoner geschlüpft, welche einst die Obrigkeit vor dem unbotmäßigen Volk beschützt haben, um die bestehende Macht zu sichern. Das viele Steuergeld von Schäuble und Gabriel ist die Munition, mit der die neuen Dragoner schießen sollen auf den aufmüpfigen Pöbel.

Sollte sich ein Gewalt-Exzeß wie in Paris Mitte November oder in Brüssel Ende März wiederholen (was leider zu befürchten steht), dann wird unsere Staatsmacht die Pegida-Horden endgültig auseinander treiben müssen. Und folgt noch so ein Terroranschlag, der "nichts mit dem Islam zu tun hat", wird ein Verbot der AfD unausweichlich sein. Schließlich haben wir "Angst". Verblüffend ist nur, wie sich die "Angst" verändert, wenn die vermutete Gefahr konkret wird. Dann sind es plötzlich ganz andere Sachen, vor denen sich die Leute fürchten.

Hat eigentlich schon einmal ein Karikaturist, Journalist oder Kabarettist irgend etwas nicht gezeichnet, geschrieben oder gesagt, weil er sich vor Übergriffen "von rechts" fürchtet? Dar-

über ist in jüngerer Zeit nichts bekannt geworden, im Gegenteil: Wenn es einem Spinner gefallen sollte, jemanden zu bedrohen, weil er die NPD aufs Korn genommen hat, ist das für den "Bedrohten" wie ein Lottogewinn.

Damit kommt er in alle Kanäle und hat gute Chancen, viele hübsche Auszeichnungen für seine Zivilcourage zu ernten, ohne jemals wirklich in Gefahr gewesen zu sein: "Ich lasse mich vom rechten Mob nicht einschüchtern! Ich kämpfe weiter!"

Der eingefleischte linke Kabarettist Bruno Jonas bekannte demgegenüber schon vor acht Jahren, daß er mit Spitzen gegen den Islam eher vorsichtig sei, um keine gewalttätigen Reaktionen hervorzurufen. Der Zeichner der berühmten Mohammed-Karikaturen, Kurt Westergaard, steht seit 2007 unter massivem Polizeischutz, nachdem konkrete Mordpläne bekannt geworden waren. Am Neujahrstag 2010 konnte er trotzdem nur in einen eigens eingebauten Schutzraum in seinem Haus flüchten, nachdem ein somalischer Asylbewerber mit Axt und Messer in Westergaards Heim in Aarhus eingedrungen war, um den Zeichner zu massakrieren.

Übrigens: Das ZDF hatte im Mai 2010 ein TV-Gespräch mit Westergaard abgesagt aus Furcht vor möglichen Konsequenzen. Erst als der Däne dem deutschen Staatssender öffentlich Selbstzensur vorwarf, ließen ihn die hasenfüßigen Staatssender-Leute doch noch auftreten. Ein Ende des Polizeischutzes ist nicht absehbar, weil die tödliche Bedrohung unvermindert anhält.

Aber wir schweifen ab. Wovor hatten wir noch gleich Angst? Richtig: Vor den Rechtspopulisten, die solche Dinge ausschlachten, indem sie sie ohne Rücksicht auf den schönen Schein offen aussprechen. Und das auch noch ohne die Bekenntnisformel, daß das alles nichts mit dem Islam zu tun hat.

Wir verstehen die fremde Kultur einfach nicht, wofür wir uns schämen sollten. Neulich hat der DFB-Kontrollausschuß eine Drei-Spiel-Sperre gegen einen senegalesischen Fußballer von Werder Bremen beantragt, weil der einem Gegenspieler eine "Kopf-ab-Geste" gezeigt hatte, also mit dem Finger über seinen Hals gestrichen war als Andeutung von Kehle durchschneiden. Werders Sportchef hatte für die beantragte Sperre überhaupt kein Verständnis. Die Geste sei in Afrika "gebräuchlich". Eben, andernorts folgen die Sitten eben einem ganz anderen Schnittmuster als bei uns.

Und das wäre? Kommt ganz drauf an. Ein Journalist des Berliner "Tagesspiegel" hat sich in einem Asylheim kundig gemacht und allerhand zu hören bekommen. Über Schwarze sagte ihm ein Ägypter, einige "Affen" seien nett, die meisten aber eine Plage. Der Ägypter, ein Afghane und ein Syrer erklärten ihm obendrein, daß Frauen dem Mann gehorchen, Schläge seien erlaubt, aber unnötig, denn Frauen wollten ja gehorchen. Juden seien für das Elend in der Welt verantwortlich und hätten auch das Massaker von Paris angezettelt.

Der Syrer habe zudem erläutert, daß "nur Sunniten Muslime seien, Schiiten und Drusen seien Verräter, Zionisten, Teufel, und Gewalt gegen Teufel sei legitim". Was er bei Christen und Angehörigen anderer Religionen für "legitim" hält, hat der Reporter den freundlichen jungen Mann offenbar gar nicht erst gefragt.

Keine Frage, es ist höchste Zeit, daß die Balkanroute wieder geöffnet wird und daß Merkel die halbe Million aus der Türkei zu uns führt. Der Zustrom wird unser Land und unser Leben viel bunter und interessanter machen. Wenn da bloß nicht immer diese schreckliche Angst wäre - vor den Rechtspopulisten.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x341/79) = Zensur in der BRD. Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9, Seite 79.

x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x341	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Zensur in der BRD</u> . Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9. Werder (Havel) 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x854	https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/ - Oktober 2015.
x856	http://www.pi-news.net/2015/09/brief-eines-daenen-an-angela-merkel/ - Oktober 2015.
x881	http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x933	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html - Juli 2019
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ - Juli 2019

x969	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/10/07/volk-oder-bevoelkerung-von-den-quellen-der-deutschen-kultur/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021